



Marc Bartuschka

Das NS-Rüstungswerk REIMAHG im Walpersberg bei Kahla



Umschlag: Marina Fuchs, Foto: Geschichts- und Forschungsverein Walpersberg e.V.

Dieses Buch ist die gekürzte und aktualisierte Fassung einer 2006 – 2009 entstandenen und 2011 veröffentlichten Dissertation zum Zwangsarbeitereinsatz bei der REIMAHG, die dank der finanziellen Unterstützung des thüringischen Kultusministeriums entstand. Besonderer Dank gilt zudem dem „Geschichts- und Forschungsverein Walpersberg“ für seine Unterstützung sowie den ehemaligen Zwangsarbeitern, die bereit waren, über ihre oft traumatischen Erlebnisse zu berichten.

Diese Veröffentlichung stellt keine Meinungsäußerung der Landeszentrale für politische Bildung Thüringen dar. Für inhaltliche Aussagen trägt der Autor die Verantwortung.

Landeszentrale für politische Bildung Thüringen
Regierungsstraße 73, 99084 Erfurt
2. überarbeitete Auflage 2024
www.lztthueringen.de

ISBN: 978-3-910740-34-1



Inhalt

Einleitung	5
Die REIMAHG	9
Bau- und Technikgeschichte	17
Kooperation trotz Konfliktpotenzial – die REIMAHG als Projekt von Gau- und Reichsinstanzen	31
Die Deutschen bei der REIMAHG	38
Die ausländischen Kriegsgefangenen und Zwangsarbeiter der REIMAHG	51
Woher und wie sie nach Kahla kamen	51
Wo sie leben mussten	59
Zwangsarbeit für das „Dritte Reich“	65
Dreck, Hunger und Kälte – die Lebensbedingungen in den Lagern	73
Zusammenleben unter Extrembedingungen	84
Überlebensstrategien	89
Die Zwangsarbeiter und die deutsche Zivilbevölkerung	95
Das Verhalten des Lager- und Wachpersonals und die Strafpraktiken der Betriebsgruppe	99
Medizinische Versorgung	104
Die Toten der REIMAHG	110
Das Ende der REIMAHG und die ersten Nachkriegsjahre	119
Nachwirkungen im geteilten und im vereinten Deutschland	125
Literatur	133
Internetadressen	135



*Nach der schweren alltäglichen Arbeit,
Ist mir schwer zumute.
Jeden Tag bei Tagesanbruch,
Sehne ich mich nach meiner Heimat.*

(Aus einem Gedicht von Antonina (Tonja) Demjantschuk-Szalapaj,
mit 15 Jahren zur REIMAHG deportiert. Fragebogen vermittelt von der
International Organization for Migration (IOM))



Einleitung

Der 21. Februar 1945 war in Jena und Umgebung ein kühler, stark bewölkter Tag. Die Wetterstation Jena (Sternwarte) maß eine Luftfeuchtigkeit von über 80 Prozent, die durchschnittliche Windgeschwindigkeit lag bei einem Meter pro Sekunde. Auf dem etwa 20 Kilometer südlich gelegenen Walpersberg bei Kahla herrschte einige Aufregung. Seit gut vier Tagen stand ein Flugzeug auf dem provisorischen Rollfeld auf dem Bergrücken, mindestens ein Startversuch war wegen Fahrwerkproblemen gescheitert. Nun aber hob die Maschine unter dem ohrenbetäubenden Lärm ihrer Triebwerke ab. In einem halbfertigen Wohnlager aus Steingebäuden nördlich des Berges notierte der 14-jährige Altenburger Gert Amann die Ereignisse des Tages. Zusammen mit hunderten Altersgenossen hatte man ihn Anfang Februar zum Arbeitseinsatz am Walpersberg abkommandiert. An diesem Mittwoch war er 5.45 Uhr aufgestanden und hatte Stubendienst versehen. Mittags gab es Erbsensuppe vom Vortag, am Abend Graupensuppe, Brot, Butter und Sülze. Außerdem schrieb er „1. Turbojäger gestartet.“

Nur wenige Kilometer südöstlich von Gerts Quartier befand sich Lager E, eine Massenunterkunft für bis zu 1.500 Zwangsarbeiter, die am Walpersberg arbeiten mussten. Unter ihnen war der 24-jährige Belgier Marcel van den Steen, der ebenfalls Tagebuch führte. Im Eintrag zum 25. Februar vermerkte er, wie er sich in den vergangenen Tagen durch zusätzliche Arbeit bei einem Bauern, das Aufsammeln von Zigarettenkippen und dem Verkauf von mit Rote Bete und Haselnussblättern gestrecktem Tabak zusätzliches Essen und Geld „organisiert“ hatte. Auch Marcel wusste in etwa, was auf dem Walpersberg geschah: „Es ist ein erstes Flugzeug (V1) aufgestiegen. Sie fliegen fast 1.250 km und das ohne Propeller oder Benzin.“ Unmittelbar davor stand:



„Sie sterben jetzt schon längs des Weges. Jeden Tag sehen wir, wie Tote weggetragen werden, sie begraben sie jetzt bereits im Lager.“

Drei Wochen zuvor hatte der thüringische Gauleiter Fritz Sauckel, zugleich als Generalbevollmächtigter für den Arbeitseinsatz (GBA) verantwortlich für die Verschleppung von Millionen Zwangsarbeitern in das Deutsch Reich, in einem Bunker am Walpersberg eine Rede zum zwölften Jahrestag der „Machtergreifung“ der NSDAP gehalten. In der von Hetze gegen die Alliierten und Juden triefenden Ansprache hatte er dargelegt, wie er sich die Zukunft vorstelle. Wenn in tausend Jahren die Menschen hier zusammenkämen, dann würden sie sich daran erinnern wie hier trotz aller Schwierigkeiten gearbeitet wurde. Zwar sei die Arbeit hart gewesen, aber er habe sie alle so rücksichtslos antreiben müssen. Und schon bald, so prophezeite er, würden die Vögel – das hieß, die Düsenjäger – fliegen, unheimlich viele. In Sauckels Visionen sollte der Walpersberg künftig ein Berg der Liebe und der Treue zum deutschen Volk werden, aber auch ein Berg der Rache und des Hasses gegen die „Feinde“.

Sauckel mochte dieser 21. Februar wie ein Anfang erscheinen sein, der Start des ersten Düsenjägers vom Typ Messerschmitt Me 262, der in dem neuen verbunkerten bzw. unterirdischen Flugzeugwerk montiert worden war, das nach dem deutschen Luftwaffenchef „Reichsmarschall Hermann Göring“ (REIMAHG) hieß. Und auch ein Teil der unter zum Teil schwierigen, wenn auch selten lebensgefährlichen Bedingungen eingesetzten Hitlerjungen und erwachsenen deutschen Arbeitskräfte machten sich ähnliche Hoffnungen. Auf einige mochte es wie ein Beweis für die noch immer vorhandene Schlagkraft und Stärke des Deutschen Reiches wirken. Hier waren binnen zehn Monaten ausgedehnte Stollen- und Bunkeranlagen sowie die zugehörige Infrastruktur praktisch aus dem Nichts aufgebaut worden. Tatsächlich aber trafen die lakonischen Worte, die der junge belgische Zwangsarbeiter



notierte, weitaus besser den Kern dessen, was um den Walpersberg geschah.

Die REIMAHG blieb nicht als Fertigungsstätte von High-tech-Waffen in Erinnerung, von denen am Ende nur einige Dutzend zusammengesetzt wurden, sondern als Ort eines erbarmungslosen Zwangsarbeitereinsatzes von 14.000 Männern, Frauen und Kindern aus halb Europa, die unter Misshandlungen, Hunger und katastrophalen Lebensbedingungen litten und von denen bis zu 3.000 direkt oder mittelbar an den Folgen ihrer Gefangenschaft starben. Die Betriebsgruppe war einer der größten Einsatzorte ziviler Zwangsarbeiter und umfangreichsten unterirdischen Bauvorhaben des „Dritten Reiches“ in Thüringen.

Die Geschichte der REIMAHG umfasste zwischen Gründung und der Befreiung des Areals durch alliierte Truppen nur ein gutes Jahr. Doch eine Betrachtung dieser zwölf Monate bietet einen Einblick in die Auswirkungen mehrerer Entwicklungsstränge, die hier zusammenliefen. Dies galt für den Zwangsarbeitereinsatz in der deutschen Rüstungsindustrie und seine wachsende Radikalisierung, aber auch für die zunehmende Bedeutung lokaler Akteure und Initiativen, die Konkurrenz, viel häufiger aber Kooperation zwischen diesen und zentralen staatlichen Behörden. Die kriegswirtschaftlichen Strategien des „Dritten Reiches“, der Versuch, ohne Rücksicht auf Menschenleben kurzfristig einsatzbereite und produktionsstarke bombensichere Fabriken für Waffensysteme wie Düsenflugzeuge und Raketen zu schaffen, werden hier deutlich. Ebenso Verhaltensweisen der deutschen Zivilbevölkerung im letzten Kriegsjahr, die sich keineswegs allein auf passives Abwarten beschränkte. Dabei waren die Ereignisse in Kahla und Umgebung und ihre Folgen innerhalb Thüringens und darüber hinaus ein Extremfall. Sie kamen aber nicht von ungefähr, sondern waren im Wesen der NS-Ideologie und Kriegswirtschaft seit langem angelegt.





Die REIMAHG

Die Gründung der NS-Betriebsgruppe „Reichsmarschall Hermann Göring“ war eine Sache weniger Wochen, doch zugleich Ergebnis von Entwicklungen, die sich seit Jahren mit zunehmender Deutlichkeit abzeichneten. Anfang 1944 befand sich die deutsche Luftwaffe wie auch die Flugzeugindustrie in einer tiefen Krise. Allein 1943 wurden 3.500 deutsche Jagdpiloten getötet. Viele erfahrene Piloten waren gefallen. Ihr Ersatz wurde zumeist schlecht ausgebildet in den Einsatz geschickt, in Flugzeugen, die den alliierten Jägern immer weniger gewachsen waren. Die Folge waren steigende Verluste. In den ersten fünf Monaten des Folgejahres verlor die Luftwaffe mehr als 2.200 Jagdflieger, was ihrer gesamten Einsatzstärke entsprach. Wachsender Treibstoffmangel schränkte Ausbildung und Einsatzmöglichkeiten zusätzlich ein. Zudem fielen die deutschen Produktionszahlen trotz aller Bemühungen deutlich hinter die der Alliierten zurück. Dazu trug nicht zuletzt der strategische Bomberkrieg der Westalliierten bei. Allein die als „Big Week“ bezeichnete Bomberoffensive gegen die deutsche Flugzeugindustrie ab dem 19. Februar 1944 kostete die NSRüstung binnen weniger Wochen geschätzte 1.000 Flugzeuge Produktionsausfall. Zudem verzögerten die Angriffe den Fertigungsbeginn einiger neuer Flugzeuge erheblich, auf die Luftwaffe und NS-Führung große Hoffnungen gesetzt hatten. Revolutionäre – aber noch weitestgehend unausgereifte – Neuerfindungen wie Düsenjäger und -bomber, Raketenflugzeuge, aber auch moderne konventionelle Maschinen sollten helfen, im deutschen Vernichtungskrieg doch noch eine „Wende“ zugunsten Nazi-deutschlands herbeizuführen. Sie sollten die zahlenmäßige Unterlegenheit und sinkende Qualität der Piloten und bisher verwendeten Maschinen ausgleichen. Eine dieser „letzten



Hoffnungen“ war der erste einsatzfähige Düsenjäger weltweit, die Messerschmitt Me 262.

Messerschmitt Me 262

Die Entwicklung der Me 262, des ersten Düsenjägers im Kriegseinsatz, begann im April 1939. Vor allem Probleme mit der neuartigen Antriebstechnik führten dazu, dass der erste reine Strahlflug einer Me 262 mit den geplanten Einsatztriebwerken erst drei Jahre später am 18. Juli 1942 erfolgte. Mit einer Spitzengeschwindigkeit von rund 860 km/h weit schneller als alle konventionellen Jäger und mit vier 30-Millimeter-Kanonen, zum Teil ergänzt durch 24 ungelenkte Luft-Luft-Raketen, vergleichsweise schwer bewaffnet, war die Maschine theoretisch eine ernste Bedrohung für alliierte Flugzeuge. Probleme mit den störanfälligen Triebwerken, wachsender Mangel an Rohstoffen, Treibstoff und geschulten Piloten sowie Bombenangriffe auf die Fertigungswerke minderten diese Gefahr jedoch erheblich. Bis Kriegsende wurden bis zu 1.400 der Düsenjäger gefertigt, von denen jedoch nie mehr als rund 100 gleichzeitig im Einsatz waren. Die Schätzungen der Zahl der durch Me 262 zerstörten alliierten Flugzeuge schwanken erheblich und liegen zwischen 150 – 200 bis maximal 600 – 700. Die deutschen „Erfolgsmeldungen“ wichen häufig von den alliierten Verlustlisten ab. Die Me 262 war ein gefährlicher Gegner, aber im Kurvenkampf sowie bei Start und Landung sehr angreifbar. Amerikanische, britische und sowjetische Piloten schossen ca. 100 Düsenjäger ab, viele weitere wurden bei Luftangriffen am Boden zerstört oder fielen infolge technischer Defekte und Bedienungsfehlern aus. Die Me 262 war nie die potenziell kriegsentscheidende Waffe, als die sie nicht nur von der NS-Propaganda, sondern mitunter bis heute dargestellt wird.



Bundesarchiv, Bild 141-2497

Messerschmitt Me 262, April 1945 auf dem Flugplatz Dübendorf, Schweiz.

Zugleich wurden die Bemühungen intensiviert, die Flugzeugfertigung in versteckte bzw. bombensichere unterirdische oder eingebunkerte Standorte zu verlegen. Sowohl den Aufbau als auch den Betrieb dieser in großer Zahl geplanten und begonnenen Fabriken sollten zum erheblichen Teil ausländische zivile Zwangsarbeiter, Kriegsgefangene und KZ-Häftlinge übernehmen. Zehntausende wurden während der Bauarbeiten zugrunde gerichtet.

Bis 1944 war in erster Linie das Reichsluftfahrtministerium (RLM) für die Produktion von Flugzeugen zuständig gewesen. Angesichts der militärischen und kriegswirtschaftlichen Krise sah sich das RLM jedoch zunehmend gezwungen, Befugnisse an das Reichsministerium für Rüstung und Kriegsproduktion (RMRK) unter Albert Speer abzugeben, um mit dessen Unterstützung die Produktion aufrecht zu erhalten oder sogar zu steigern. Dieser Prozess beschleunigte



sich nach den schweren Angriffen der „Big Week“. Als neues gemeinsames Beratungsorgan von RMRK und Luftwaffe entstand am 1. März 1944 der so genannte Jägerstab. De facto gewann das RMRK damit erheblichen Einfluss auf die Flugzeugproduktion. Die Mitglieder des Stabes, Fachleute der Ministerien, der Industrie und SS, handelten mit umfassender Vollmacht. Der Einsatz von Gewalt und Terror bei der Rekrutierung von Arbeitskräften und ihrer Disziplinierung war wiederholt Gegenstand der Besprechungen, Einwände gab es wenn überhaupt dann aus „praktischen“ Gründen. Tatsächlich konnte der Jägerstab rasch Erfolge geltend machen, und wurde am 1. August 1944 zum Rüstungsstab erweitert, der für alle als vorrangig betrachteten Fertigungszweige der Kriegswirtschaft zuständig war.

Bereits in den Jahren zuvor hatten das Wirtschaftsverwaltungs-Hauptamt (WVHA) der SS und der am 21. März 1942 berufene GBA Fritz Sauckel an Bedeutung gewonnen. Da immer mehr deutsche Fachkräfte zur Wehrmacht eingezogen wurden, um die Kriegsverluste zu ersetzen, wuchs die Zahl der in der Rüstungsindustrie eingesetzten Zwangsarbeiter, Kriegsgefangenen und KZ-Häftlinge. Der GBA und das für den Arbeitseinsatz von KZ-Häftlingen zuständige WVHA wurden zunehmend zu wichtigen „Lieferanten“, die einzigen, von denen die Unternehmen in kurzer Zeit eine größere Zahl Arbeitskräften erhalten konnten. Dass die Männer, Frauen und Jugendlichen oft rücksichtslos ausgebeutet wurden und zahlreiche infolge von Misshandlungen, Krankheiten, Unternährung und Schwerstarbeit Gesundheit und Leben verloren, wurde in Kauf genommen. Dabei gab es von Einsatzort zu Einsatzort bzw. zwischen verschiedenen Nationalitäten mitunter deutliche Unterschiede.

Die neu geschaffenen Instanzen, aber auch „traditionelle“ Akteure wie das RLM, das Wirtschaftsministerium und die wichtigsten Rüstungsunternehmen agierten teilweise in Konkurrenz zueinander. Vielfach waren Kompetenzen ungenau abgegrenzt, die zunehmend knapperen Ressourcen



umstritten. In der Mehrzahl der Fälle herrschte jedoch eine Atmosphäre der Kooperation und Komplizenschaft. In der Entschlossenheit sich für die Ziele des NS-Regimes einzusetzen waren sich die Akteure einig. Ebenso waren sie bereit, gerade bei der Behandlung der ausländischen Arbeitskräfte und KZ-Häftlinge zumeist wenig Rücksicht auf die Überlebenschancen der Betroffenen zu nehmen.

Die Kriegswirtschaft des Dritten Reiches war jedoch keineswegs nur eine Angelegenheit von zentralstaatlichen Instanzen. Bereits im Zuge der Kriegsvorbereitung ab ca. 1936, verstärkt aber mit der Mobilmachung 1939 übernahmen regionale Stellen wichtige Aufgaben bei der konkreten Umsetzung reichsweiter Maßnahmen, die dabei an die lokalen Gegebenheiten angepasst wurden. Dies galt besonders für die Gauinstanzen. Die Gaue waren regionale Großgliederungen der NSDAP und ihrer Parteiorganisationen. Die Gauleiter verfügten meist über ein gut ausgebautes Netzwerk von Vertrauenspersonen auch in staatlichen Verwaltungsstellen. Dazu kam, dass der lokale Parteiapparat und die ortsansässige Industrie vielfach personell eng verbunden waren. Oft hatte ein und dieselbe Person staatliche und wirtschaftliche Funktionen inne und war zugleich ranghohes Mitglied in den NS-Parteiorganisationen. Ein Teil der Gauleiter übernahm wie Fritz Sauckel in Thüringen bereits ab dem 1. September 1939 den Posten eines Reichsverteidigungskommissars, die restlichen folgten im November 1942. Den Gauen unterstanden nun die örtlichen Wirtschaftskammern und Arbeitsämter, sie waren zuständig für Arbeitseinsatz und Luftschutz. In der letzten Kriegsphase gestanden auch die zentralstaatlichen Akteure offen ein, dass ohne die Zuarbeit der Gauleiter wenig zu erreichen war. So führte Hauptdienstleiter Karl-Otto Saur, nach Albert Speer der zweite Mann im Jägerstab, in einer Besprechung am 10. Juni 1944 aus, man habe die Wahl, die Gauleiter für oder gegen sich zu haben. Für ihn gäbe es nur eine Lösung, sie auf seiner Seite zu haben. Die Gauleiter seien die mächtigsten Männer „da draußen“, die man sich über-



haupt denken könne. Alle „wilden Touren“ gegen oder ohne sie hätten aufzuhören. Reichsminister Albert Speer bestätigte diese Sichtweise in einem Schreiben vom 22. Juni 1944, in dem er zwar die Weisungsbefugnisse der Zentralinstanzen betonte, zugleich aber auch klarmachte, er lege besonderen Wert darauf, dass man so eng wie möglich mit den Gauleitern zusammenarbeite.

Diese reichsweite Entwicklung war auch in Thüringen zu beobachten. Hier lagen zahlreiche Spezialfabriken, die Komponenten für Rüstungsgüter produzierten. Allein 1943 fertigte die einheimische Industrie Kriegsgerät im Wert von 1,6 Milliarden Reichsmark, vor allem Flugzeuge, Flugzeugbestandteile und optisches Gerät. In der thüringischen Industrie und Landwirtschaft waren 1939 – 1945 insgesamt bis zu einer halben Million ausländische Zwangsarbeiter und Kriegsgefangene im Einsatz, dazu kamen zehntausende KZ-Häftlinge. Der thüringische Gauleiter war nicht nur als GBA ein wesentlicher Akteur in der NS-Kriegswirtschaft. Gerade auf die regionale Rüstungsindustrie hatte er auch direkten Einfluss. Dies galt besonders für die halbstaatliche Industriestiftung „Wilhelm Gustloff“, in der er den Posten des Stiftungsführers innehatte. Enge Vertraute und Mitarbeiter besetzten wesentliche Positionen. Die Stiftung war im Mai 1936 gegründet worden. Zu diesem Zeitpunkt war ihr Kernbetrieb die Berlin-Suhler Waffen- und Fahrzeugwerke GmbH, zuvor Simson & Co., mit Hauptsitz in Suhl, die ihren deutsch-jüdischen Besitzern durch Erpressung geraubt worden war. Die Stiftung expandierte in den Folgejahren massiv und produzierte bereits vor dem Überfall auf Polen vor allem Rüstungsgüter. Neben der Marketing und Exportabteilung in Berlin umfasste sie auch ein Werk in Weimar, das erheblich ausgebaut wurde und ab 1943 Fertigungshallen unmittelbar neben dem KZ-Buchenwald nutzte. Werke in Schmiedefeld, Meuselwitz, im österreichischen Hirtenberg, Meiningen, Greiz, Lichtenwörth und Łódź kamen in den Folgejahren hinzu. Zwischen Ende August 1942 und Ende August 1944 lieferte die Stiftung rund ein



Sechstel der reichsweiten Gewehrand Maschinengewehrproduktion, dazu tausende Luft- und Panzerabwehrgeschütze, Granatwerfer, große Mengen weiterer Waffen, Munition und Zubehör. Das Ausmaß des Einsatzes von Zwangsarbeitern lag weit über dem Reichsdurchschnitt. Im Juli 1944 waren von über 24.000 Beschäftigten der Stiftungswerke in Suhl, Weimar, Hirtenberg, Meuschwitz, Berlin und Lichtenwörth rund 36 Prozent ausländische Zivilarbeiter, fast 3 Prozent Kriegsgefangene und mehr als 20 Prozent KZ- oder (in geringer Zahl) Justizhäftlinge. In dieser Situation wandte sich der thüringische Gauleiter Fritz Sauckel in seiner Eigenschaft als Stiftungsführer der Gustloff-Werke am 8. März 1944 an Luftwaffenchef Hermann Göring und informierte diesen, dass er Anweisung gegeben habe, in der ehemaligen Porzellansandgrube im Walpersberg bei Kahla Voraussetzungen für die Produktion von Flugzeugen zu schaffen. Welche Flugzeuge oder Flugzeugteile dort in welchem Umfang gefertigt werden und woher die Fachleute für eine solch spezialisierte Produktion kommen sollten, mit der die Gustloff-Werke keine Erfahrung besaß, war zunächst ebenso offen wie die Frage, ob die zentralen Reichsinstanzen dieser regionalen Initiative zustimmen würden.

Sauckel, Friedrich (Fritz) Ernst Christoph
* 27.10.1894 Haßfurt, † 16.10.1946 Nürnberg

Fritz Sauckel stammte aus einer kleinbürgerlichen Familie, heuerte mit 15 Jahren auf einem Handelsschiff an und verbrachte den Ersten Weltkrieg in französischer Internierung. Er schloss sich kurz nach seiner Heimkehr dem rechtsradikalen Lager an. Seit 1923 NSDAP-Mitglied, machte er sich vor allem als Organisator und Redner einen Namen. Sauckel übernahm am 28. September 1927 den Posten des NSDAP-Gauleiters in Thüringen. Der Wahlerfolg der Nationalsozialisten bei den thüringischen Landtagswahlen im



Juli 1932 war eine Vorwegnahme der Machtübertragung im gesamten Deutschen Reich. Als Gauleiter, Reichsstatthalter (damit Regierungschef Thüringens) und Stiftungsführer der Wilhelm-Gustloff-Stiftung wurde Sauckel auf Landesebene ein entscheidender Akteur der thüringischen Rüstungsindustrie. Mit der Ernennung zum Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz am 21. März 1942 rückte er endgültig in den Kreis der Führungskräfte der reichsweiten Kriegswirtschaft auf. Er war der Organisator der Deportation von Millionen ziviler Zwangsarbeiter in das Deutsche Reich, nicht zu Unrecht nannte man ihn deshalb später den „größten und grausamsten Sklaventreiber seit den ägyptischen Pharaonen“. Sauckel gab den entscheidenden Anstoß für den Aufbau der NS-Betriebsgruppe REIMAHG, für die er mit Hilfe seiner weitreichenden Befugnisse in kürzester Zeit Geld, Material, deutsche Fachkräfte, vor allem aber gut 15.000 Zwangsarbeiter und Kriegsgefangene mobilisierte. Er griff immer wieder direkt in das Baugeschehen ein und drängte unablässig zur Eile, wohl wissend, unter welch katastrophalen Bedingungen vor allem die ausländischen Zwangsarbeiter leben und arbeiten mussten. Nach Kriegsende in den Nürnberger Prozessen besonders in seiner Funktion als GBA angeklagt, versuchte Sauckel sich als unbedarfter Befehlsempfänger darzustellen, der nur seine Pflicht getan habe und am Leid der Deportierten schuldlos sei. Er wurde am 1. Oktober 1946 zum Tode verurteilt und zwei Wochen darauf gehängt.



Bau- und Technikgeschichte

Die Stollen im Walpersberg – die Porzellansandgrube Großeutersdorf im Südosten und die kleinere Melzer'sche Sandgrube im Südwesten – die den Decknamen „Lachs“ erhielten, waren stabil und trocken, was sie als Standort für ein unterirdisches Werk geeignet erscheinen ließ. Die vorhandenen Flächen, ca. 10.000 Quadratmeter, waren jedoch für eine Flugzeugproduktion in größerem Umfang vollkommen unzureichend. Der Höhenunterschied zur benachbarten Saalebahn wie das Fehlen ausgebauter Zufahrtstraßen für den LKW-Transport erschwerte das Vorhaben zudem erheblich. Auch im weiteren Umfeld des geplanten Werkes fehlten Voraussetzungen wie etwa ausreichend Quartiere für die Bau- und Produktionsarbeiter oder Startplätze für die fertigen Flugzeuge. Auf eine Produktion und den damit einhergehenden Zwangsarbeitereinsatz im geplanten Ausmaß war man vor Ort vollkommen unvorbereitet.

Von Anfang an räumte Fritz Sauckel dem Vorhaben höchste Priorität ein und forderte, dass Ausbau der Anlage und Produktionsanlauf zeitgleich und wenn nötig unter primitivsten Bedingungen erfolgen sollten. Zu diesem Zeitpunkt waren die Planungen noch bescheiden und gingen von einer Fertigung von 100 Maschinen monatlich aus, die binnen rund zehn bis zwölf Monaten erreicht werden sollte. Bereits für dieses Ziel wurde mit einer benötigten Fertigungsfläche von ca. 30.000 Quadratmetern gerechnet, die unterirdischen Bauarbeiten würden also ein erhebliches Ausmaß haben.

Seitens des RLM und RMRK war man dem Vorhaben gegenüber offenbar aufgeschlossen, hielt aber die Verlagerung eines bereits bestehenden Werkes für praktischer, anstatt ein neues mit eigenem Fachpersonal aufzubauen. Vermutlich auf Grund dieser Einwände wie auch in Erkenntnis der eige-



nen Schwächen bemühten sich die Gustloff-Werke ab Anfang Mai 1944, die AGO-Flugzeugwerke Oschersleben (AGO) zu erwerben. Bei diesen handelte es sich um ein mittelgroßes Flugzeugwerk mit einer Reihe Zweigbetriebe, das 1943 mehr als 7.000 Personen beschäftigt und 912 Flugzeuge produziert hatte. 1944 stieg der Ausstoß der AGO sogar auf ca. 2.100 Maschinen. Das Hauptwerk der AGO war kurz vor und während der „Big Week“ erheblich beschädigt worden. Spätestens in der zweiten Maiwoche hatten sich Fritz Sauckel und Hermann Göring grundsätzlich darauf geeinigt, dass der Gauleiter den Aufbau einer unterirdischen Fabrik für die Fertigung von monatlich bis zu 500 konventionellen Jägern vom Typ Focke-Wulf Fw 190 veranlassen würde. Das RLM wie auch das RMRK stellten sich hinter Sauckels binnen kurzem erheblich ausgeweitete Pläne und unterstützen den Erwerb der AGO durch die Gustloff-Werke. Bereits bevor die Planungen soweit gediehen waren, hatte der Gauleiter am 8. April 1944 den Beginn der Bauarbeiten am Walpersberg angeordnet, etwa ab dem 11. April wurde tatsächlich gearbeitet. Sauckel drang auf Schichtbetrieb rund um die Uhr und tägliche Berichterstattung an ihn persönlich. In einer Anordnung vom 15. Mai brachte der Gauleiter die Maxime der REIMAHG noch einmal auf den Punkt. Er ordnete an, dass die Arbeiten „mit der allergrößten Beschleunigung und unter Zurückstellung aller möglichen Bedenken ... durchgeführt werden“ sollten.

Die ebenfalls angeordnete vorbildliche Unterbringung und Verpflegung auch der ausländischen Arbeiter hingegen, die Sauckel sogar öffentlich bei einer Ansprache vor sowjetischen und italienischen Zwangsarbeitern Anfang Juli soweit als möglich zusicherte, blieb nicht zuletzt in Folge des geforderten Bautempos von Anfang an auf der Strecke.

Im Laufe des April wurde erstmalig die Bezeichnung „Reichsmarschall Hermann Göring“ für das Unternehmen verwendet, obwohl man die Bezeichnung „Lager Saaletal“ noch eine Weile parallel gebrauchte. Von Beginn an waren lokale und regionale Unternehmen angefangen von kleinen Hand-



werksbetrieben, aber auch reichsweit agierende Betriebe wie die Dyckerhoff & Widmann AG in das Vorhaben eingebunden. Insgesamt beteiligten sich rund 100 Firmen. Vielfach bekamen diese von der REIMAHG Zwangsarbeiter zur Verfügung gestellt, den unmittelbaren Arbeitseinsatz überwachten und kontrollierten die deutschen Beschäftigten.

Bis zum Sommer 1944 war die Übernahme der AGO durch die Gustloff-Werke weitestgehend abgeschlossen. Den für den Erwerb nötigen Kredit, der zunächst mit 6,625 Millionen Reichsmark belastet wurde, gewährte die Thüringische Staatsbank. Obwohl die Bauarbeiten wie auch ihre kaufmännische Absicherung auf vollen Touren liefen, waren wesentliche Punkte noch nicht geklärt. So war zunächst vollkommen unklar, wo die gefertigten Flugzeuge starten sollten. Ein vorläufiger Gesamtplan für das Vorhaben lag nicht vor Ende Juli 1944 vor. Dennoch war bereits von einer weiteren Steigerung der Planungen auf bis zu 1.000 Maschinen im Monat die Rede. Die Stollen im Walpersberg sollten auf fünf Meter verbreitert, die Strecken begradigt und mit Ausmauerungen, betoniertem Stahlgewebe und Spritzbeton gesichert werden. Neue Zugänge sollten entstehen, die Melzer'sche Sandgrube integriert und vollkommen neue Verbindungs- und Fertigungsstollen angelegt werden. Die Vorgaben für das Tempo des Ausbaus konnten nur als vermessen bezeichnet werden. So forderte Fritz Sauckel in einem Treffen der Spitzenmanager der Gustloff-Werke am 5. Juli, ab August die ersten kompletten Flugzeuge bei der REIMAHG montieren zu lassen. Bereits im September sollte der monatliche Ausstoß von 500 Flugzeugen erreicht werden. Da abzusehen war, dass der Stollenausbau noch mehr Zeit erfordern würde und sich im weiteren Verlauf der Vortrieb als schwieriger als gedacht erwies, wollte man die Fertigung zunächst in Holzhallen unterbringen. In einer Rede vor REIMAHG-Angestellten Anfang August bestätigte der Gauleiter öffentlich, dass man noch 1944 sogar 1.000 Maschinen monatlich fertigen wolle. Es gäbe keine Planungen und Termine mehr, so Sauckel, es müsse „fertiggemacht“



werden. Entschlossenheit und Rücksichtslosigkeit sollten jedes Problem überwinden helfen, der Erfolg des Vorhabens wurde als entscheidend für den Kriegsausgang dargestellt und mithin zur Frage von „Sein oder Nichtsein“ stilisiert.

Erst zu diesem Zeitpunkt lagen erste Gesamtentwürfe für den Ausbau des Stollensystems vor, die zudem in der Folge noch mehrfach modifiziert wurden. Einschließlich von zuletzt vier geplanten großen unterirdischen Montagehallen mit einer Fläche von insgesamt 27.000 Quadratmetern sollten die unterirdischen Anlagen über acht Haupteingänge verfügen und ca. 150.000 Quadratmeter Fläche umfassen. Davon wurde bis Kriegsende weniger als ein Drittel fertiggestellt, ein weiteres Viertel war teilweise ausgebrochen und wurde für die Nutzung vorbereitet. Etwa achtzig Prozent der Untertage eingesetzten Arbeitskräfte waren Zwangsarbeiter.

Parallel zum Stollenvortrieb liefen umfangreiche oberirdische Bauvorhaben. Dies galt etwa für die Startbahn, die kurzerhand auf dem Rücken des Walpersberges angelegt werden sollte. So verkürzte man zwar die Transportwege erheblich, doch war eine gründliche Tarnung allein auf Grund des Umfangs der nötigen Erdarbeiten wie auch des geplanten Flugbetriebes undenkbar. Die Arbeiten, für die ca. 75.000 Kubikmeter Erde bewegt und zahlreiche Bäume mühevoll gerodet werden mussten, begannen frühestens im September 1944. Zu der Startbahn kamen Straßen- und Gleisarbeiten, die aber aufgrund übereilter Planung, schlechtem Material und Sabotage durch die Zwangsarbeiter oft nur langsam vorankamen. Die REIMAHG verfügte über ein intensiv genutztes Netz von Schmalspurbahnen für den internen Transport. Darüber hinaus mussten Baubaracken, Lagerhallen und natürlich Quartiere für tausende Zwangsarbeiter und die künftige deutsche Belegschaft des Flugzeugwerkes geschaffen werden.

Seit Beginn der Arbeiten waren in der Umgebung des Walpersberges und den umliegenden Ortschaften für die REIMAHG zahlreiche Gebäude und Grundstücke beschlagnahmt worden. Sie wurden als Quartiere bzw. Baugrund



benötigt. Dabei trat die Betriebsgruppe vielfach nicht direkt auf, sondern bat den örtlichen Landrat um die Beschlagnahme. Abraum der Bauarbeiten und vor allem die vielfach ungeklärt in örtliche Bäche eingeleiteten Abwässer der Lager stellten eine zusätzliche Belastung dar. Dennoch war das Verhältnis zwischen den Gemeinden und der REIMAHG keineswegs so einseitig negativ, wie die mitunter lange nach dem Krieg wiederholten Beschwerden andeuten. So erreichte die Stadt Kahla, dass ihre Wasserrechte im Leubengrund ausgeweitet wurden. Die Porzellanfabrik Kahla ließ sich große Mengen des beim Stollenbau anfallenden Porzellansandes liefern und erhielt zudem Baumaterial. Einwohner ließen sich REIMAHG-Zwangsarbeiter vermitteln, die für Lebensmittel auf Bauernhöfen, im Haushalt und Werkstätten arbeiteten. Dies war theoretisch strafbar, wenn die Zwangsarbeiter nicht in ihrer knappen Freizeit, sondern während der regulären Arbeitszeiten zum Einsatz kamen. So wurde im September 1944 gegen drei Einwohner aus Kleineutersdorf und Lindig Anklage erhoben, weil sie Italiener für Abrissarbeiten eingesetzt hatten. Der Gauleiter hatte jedoch angeordnet, dass man der Bevölkerung generell entgegenkommen sollte. In diesem Sinne wurden die Angeklagten freigesprochen. Andere Einwohner profitierten vom Schleichhandel mit Lebensmitteln, die das Küchen- und Verwaltungspersonal von den Rationen der Zwangsarbeiter unterschlug. Ein Teil der Bevölkerung war zudem auf das Rüstungswerk stolz und hoffte auf seine Auswirkungen auf den Kriegsverlauf. Wenn es den eigenen Zielen diene, verwies man gerne auf die REIMAHG. So beantragte der Betriebsführer der Porzellanfabrik Kahla eine Schusswaffe mit dem Hinweis, die augenblickliche Lage würde „erhöhte betriebliche Wachsamkeit und entsprechende Kontrollgänge“ erfordern. Ein Bäckermeister aus Kahla versuchte mit Verweis auf die hohe Arbeitsbelastung, unter der er und seine Frau durch den erhöhten Betrieb litten, eine Haftverkürzung für seine Tochter durchzusetzen. Diese war Anfang 1944 wegen Unterschlagung und Übergriffen in einem



Zwangsarbeitslager der Firma Carl Zeiss, Jena verurteilt worden. Tatsächlich wurde sein Kind vorzeitig entlassen.

Während die Bauarbeiten für das neue Flugzeugwerk noch liefen und weit von der Vollendung entfernt waren, gelang es der alliierten Aufklärung, erste konkrete Hinweise auf das Vorhaben zu erlangen. Bereits Ende August lagen Berichte über eine geplante Fabrik zur Fertigung von Düsenflugzeugen bei Kahla und Luftaufnahmen des Areals vor. Tatsächlich war zu diesem Zeitpunkt in deutschen Planungen noch keine Rede von der Produktion von Düsenjägern. Angesichts des langsamen Baufortschritts schätzte man die reale Gefahr auf alliierter Seite als überschaubar ein.

Am 7. Juli ordnete Fritz Sauckel an, dass der Umzug der AGO zur Produktionsabteilung der REIMAHG, der Stelle 0, und damit die konkrete Vorbereitung der Produktionsaufnahme binnen drei Tagen zu beginnen habe. Offenbar gab es Anlaufprobleme, denn noch am 22. August forderte Stelle 0 abschließende Baumaßnahmen, den Schutz der Arbeitsplätze vor Sprenggasen und der Störung durch Bauarbeiter, beides Folge der weiterhin andauernden Stollenarbeiten. Zudem fehlte es an sanitären Einrichtungen und Quartieren für die Produktionsarbeiter. Bis September 1944 waren erste Abteilungen der AGO komplett zur Stelle 0 verlegt worden. Vermutlich hätte der volle Anlauf der Massenproduktion noch einige Monate gedauert, denn die Startbahn wie auch die Infrastruktur und Fertigungsflächen des Werkes waren nicht einmal annähernd vollständig ausgebaut. Doch zur Serienproduktion konventioneller Maschinen sollte es nicht mehr kommen, denn Anfang Oktober wurden die Planungen ein weiteres Mal umfassend geändert.

In den vorangegangenen Monaten hatte sich die militärische Lage dramatisch verändert. Die Westalliierten waren am 6. Juni in Frankreich gelandet, und trotz begrenzter Rückschläge gelang es, die Wehrmacht bis Anfang Oktober unter hohen Verlusten bis an die Grenze des Deutschen Reiches zurückzuwerfen. An der Ostfront hatte die Rote Armee am



22. Juni ihre Großoffensive in Weißrussland gestartet und den Deutschen die wohl schwerste Niederlage des ganzen Krieges bereitet. An allen Fronten und über dem Reichsgebiet fügten die alliierten Piloten der deutschen Luftwaffe hohe Verluste zu. Auch die Auswirkungen der ab Mai 1944 laufenden Angriffe auf die deutsche Treibstoffindustrie trafen die deutschen Luftstreitkräfte schwer. In dieser Situation setzte die NS-Führung zunehmend auf noch unausgereifte technische Neuentwicklungen, um die unausweichliche Niederlage doch noch abzuwenden. Vor diesem Hintergrund fiel offenbar im Rüstungsstab die Entscheidung, die REIMAHG in Zusammenarbeit mit der Firma Messerschmitt neben dieser zu einem zweiten Zentrum der Düsenjägerproduktion zu machen. Als Fernziel sollte sie vollkommen unabhängig von Zulieferungen arbeiten. Planungsbesprechungen am 3./4. Oktober legten fest, dass Gauleiter Sauckel die Steigerung der Me 262-Produktion um 1.000 Maschinen monatlich einschließlich der benötigten Triebwerke übernehmen sollte. Der Rüstungsstab sollte jede erforderliche Hilfe leisten.

Sauckel nahm die neue Aufgabe mehr als bereitwillig an. Binnen kurzem wurde mit dem Transfer von Fachleuten, Material und Vorrichtungen von der Firma Messerschmitt nach Kahla begonnen. Ein auf den 12. Oktober datierter „Führerbefehl“ ernannte Fritz Sauckel zu einem Anlaufbeauftragten für die Me 262, einer aus der kleinen Gruppe von Sonderbevollmächtigten, deren Auftrag es war, Schwierigkeiten für den Fertigungsanlauf als besonders wichtig angesehener Flugzeuge mit allen Mitteln aus dem Weg zu räumen. In Analogie zu diesem Verfahren ernannte Sauckel seinerseits innerhalb der REIMAHG einen Betriebsdirektor zum Verantwortlichen für die Fertigung der Me 262, der direkt ihm unterstand. Wie in früheren Appellen wurde einer schnellen Umsetzung der Pläne absolute Priorität eingeräumt, die besondere Bedeutung des Flugzeugwerkes ausdrücklich noch einmal betont. Zum Teil wurden nun Ressourcen aus anderen Fabriken der Gustloff-Werke zur REIMAHG umdirigiert. Geld sollte keine



Rolle spielen, längere Beratungen waren zugunsten von direkten persönlichen Absprachen zurückzustellen. In den folgenden Wochen wurde die Organisationsstruktur der REIMAHG noch mehrfach modifiziert. Sie wandelte sich mehr und mehr zu einer auf direkter Kommandobasis funktionierenden Betriebsgruppe mit einer Reihe von Sonderbevollmächtigten, auch wenn der Gauleiter stets betonte, dass er die oberste Entscheidungsgewalt inne habe. Vermutlich führten die Veränderungen in der Befehlsstruktur zu einigen internen Konflikten aufgrund unklarer Zuständigkeiten. Planänderungen wurden den Baufirmen verspätet oder gar nicht mitgeteilt. Die organisatorischen Veränderungen waren auch Ausdruck wachsenden Zeitdrucks und zunehmend knapper Ressourcen. Zugleich kooperierten die verschiedenen Instanzen jedoch zumeist recht gut miteinander, verbunden durch das gemeinsame Ziel und die gleichfalls geteilte Geringschätzung gegenüber den ausländischen Arbeitskräften. Diese waren es, die in besonderer Weise unter dem hohen Arbeitstempo und der erbarmungslosen „Produktionslogik“ der REIMAHG zu leiden hatten, die Ergebnisse über alles stellte.

Bereits in den Vormonaten hatte sich abgezeichnet, dass der Stollenvortrieb und -ausbau nicht so schnell wie gewünscht erfolgte. Als zeitweilige Alternativen hatte man den Bau von Holzhallen und eines Produktionstunnels angeordnet. Auch der Rüstungsstab sprach sich für die Einrichtung eines „Waldwerkes“ aus, einer improvisierten oberirdischen Fertigungsanlage. Diese sollte aus einem Großbunker und mehreren verbunkerten Holzhallen bestehen. Anders als der Ausbau der Stollen und Bahnanbindungen wurden diese Arbeiten tatsächlich abgeschlossen, auch wenn die Qualität und Sinnhaftigkeit der Bauausführung zum Teil kritisiert wurde. Wie beim Stollenbau wurden mehrfach tausende Männer und Frauen in Sondereinsätzen für Arbeiten an den Gebäuden und der Startbahn mobilisiert, in einem Einsatz Mitte November sollten 10.000 „Mann“ eingesetzt werden. Sauckels Anweisungen konkretisierten, dass Deutsche vor



allem als Aufsichtskräfte zu agieren hatten. Zu den „Männern“ gehörten auch polnische und sowjetische Frauen. Die geforderten Arbeitsleistungen und gesetzten Fristen waren vielfach unrealistisch. Zusammen mit den verlangten scharfen Kontrollen und der „vollsten Ausnutzung“ der Arbeitskraft musste das Arbeitstempo katastrophale Folgen für die eingesetzten Zwangsarbeiter haben.

Trotz rücksichtsloser Antreiberei blieben viele Bauvorhaben hinter den Plänen zurück. Dies galt auch für die Startbahn, die mit einer befestigten Piste von etwa einem Kilometer Länge und 30 Metern Breite für die Landung von Strahljägern zu kurz war. Wie sich später herausstellte waren auch Starts nur mit Hilfsraketen möglich. Die Lage auf dem Bergrücken erschwerte zudem den Transport zur Startbahn. Ein Schrägaufzug diente dem Transport von Arbeitsgerät und Baumaterial, ein zweiter sollte Flugzeuge von den Fertigungsbunkern zum Bergrücken befördern. Bereits im Oktober 1944 hatte Fritz Sauckel die Fertigung von 24 Luftabwehrkanonen des Kaliber 3,7 Zentimeter für das Werk in Kahla durch die Gustloff-Werke gefordert. Die im weiteren Verlauf notgedrungen halbierten Planungen konnten jedoch zumindest bis Januar 1945 nicht umgesetzt werden, da sich die benötigten Zusatzlieferungen an Einzelteilen verzögerten. Dass die NS-Rüstungswirtschaft nicht einmal für ein angeblich „entscheidendes“ Werk kurzfristig für einen notdürftigen Luftschutz sorgen konnte, zeigte wie groß die Ressourcenknappheit inzwischen war. Für eine nennenswerte Luftabwehr vor Ort gibt es auch aus Augenzeugenberichten keinerlei Belege. Vermutlich aus Tarnungsgründen wurde die oberirdische Nacharbeit größtenteils eingestellt. Trotz dieser Maßnahmen und obwohl einige Außenanlagen mit Tarnanstrichen versehen wurden, fiel es den Alliierten nicht schwer, weiterhin den Überblick über den Fortgang der Bauarbeiten zu behalten. Ende Dezember 1944 gelang es alliierten Fernaufklärern, Fotos von recht guter Qualität zu machen. Auf den Aufnahmen waren nicht nur die Startbahn, sondern auch die



Schrägaufzüge zum Bergrücken und mehrere Stolleneingänge zu erkennen. Spätere Aufnahmen waren so genau, dass sogar Flugzeuge ausgemacht werden konnten.

Die ersten Me 262 in vormontierten bzw. rohbaufertigen Großbauteilen sollten bis Ende Oktober bei der REIMAHG eintreffen. Beginnend ab dem Januar 1945 sollte die Fertigung von zehn Maschinen im März und 20 im April auf 80 Maschinen im Juni steigen, und dann auf den vollen Umfang erweitert werden, der im Dezember 1945 bei ca. 750 im Monat liegen sollte. Andere Planungen hielten sogar bis zu 1.000 Maschinen im Monat für möglich, und es scheint, dass einzelne Zielsetzungen sogar den Bau von 1.250 Düsenjägern monatlich vorsahen. Schrittweise lief die Verlegung weiterer AGO-Werkstätten zur Stelle O, doch existierte bis Kriegsende keine abgeschlossene Raumplanung, weil die Stollen nie in ihrer Gesamtheit fertiggestellt wurden. Teile des Stollensystems wurden schrittweise mit Maschinen bestückt, doch blieb die Frage der Belüftung ungeklärt.

Eine ebenfalls lange Zeit offene Frage war die Fertigung der Triebwerke für die im Walpersberg montierten Flugzeuge. Ende September 1944 fiel der Entschluss, diese in Erzstollen der Maximilianshütte Unterwellenborn bei Großkamsdorf herzustellen, die den Decknamen „Schneehase“ trugen. Zuvor hatten die Gustloff-Werke geplant, dort ihre bis zum Sommer 1944 neben dem KZ Buchenwald gelegene Waffenproduktion unterzubringen. Der bisherige Standort war durch einen alliierten Luftangriff schwer getroffen worden. Nun sollte ein BMW-Betrieb aus dem besetzten Frankreich von der REIMAHG übernommen und in Großkamsdorf untergebracht werden. Nach Umstellung der Planungen für Kahla auf die Fertigung von Me 262 mussten auch dieses Vorhaben überarbeitet werden, um statt Kolbenmotoren Düsentriebwerke fertigen zu können. Die REIMAHG überließ die Baudurchführung in Großkamsdorf weitestgehend der Organisation Todt (OT). Sie stellte allerdings einen Großteil der Zwangsarbeiter für den Aufbau des Werkes REIMAHG E und der als Ersatzwerk



geplanten Anlage im benachbarten Krölpa (REIMAHG F). Die Arbeiten in Krölpa (Deckname „Pikrit“) kamen über Ansätze nicht hinaus. Es ist ungewiss, ob einige wenige Düsentriebwerke in Großkamsdorf gefertigt wurden. Wie beim Hauptwerk in Kahla, das auch als REIMAHG A bezeichnet wurde, waren die Arbeiten noch längst nicht abgeschlossen, als die Amerikaner in Thüringen einmarschierten. Daran änderte auch der Umstand nichts, dass man wie in Kahla zunächst ersatzweise oberirdische Fertigungsstätten nutzen wollte.

In den letzten Kriegsmonaten gab es Planungen, die Zitt- Werke der Firma Junkers in den Walpersberg zu verlegen, um die Produktion der Düsentriebwerke sicherzustellen oder zu steigern. Zu einer tatsächlichen Verlagerung dieser Werke, die ebenfalls Zwangsarbeiter und KZ-Häftlinge in großer Zahl ausbeuteten, kam es nicht mehr. Auch die geplante Übernahme der Fertigung weiterer Flugzeugmuster durch die REIMAHG fand nicht mehr statt. Und selbst für die eigentliche Hauptaufgabe, die Montage von Me 262-Düsenjägern, waren die Bauarbeiten noch lange nicht abgeschlossen. Weitere Masseneinsätze änderten daran nur bedingt etwas. So wurde am 5. Februar gefordert, umgehend die Arbeiten an der Startbahn und den Bahnanlagen abzuschließen. Tatsächlich zogen sich die Rollbahnarbeiten aber wohl bis Ende Februar hin. Auch beim Stollenbau wurde einmal mehr die Forcierung von Vortrieb und Ausbau rund um die Uhr gefordert, die Belegung der Stollen mit Fertigungsanlagen sei zu beschleunigen.

Die Flugzeuge der REIMAHG

Die NS-Betriebsgruppe REIMAHG erlangte ihre Bekanntheit vor allem als Fertigungsstätte für den Düsenjäger Messerschmitt Me 262, das einzige Modell, von dem am Walpersberg nachweislich einige Dutzend Exemplare montiert wurden. Für Flugzeuge anderer Typen bestanden jedoch



zumindest Planungen, zum Teil wurden auch Bestandteile angeliefert und erste Arbeitsschritte durchgeführt.

Ursprünglich sollte das Werk bei Kahla konventionelle Jäger der Firma Focke-Wulf fertigen. In Erwägung gezogen wurde kurzfristig die Ta 154, ein zweimotoriger, zweisitziger Nachtjäger, von dem aufgrund von Problemen mit der geplanten Holzbauweise reichsweit nur einige Dutzend Exemplare gefertigt wurden. Es gibt keinen Beleg, dass bei der REIMAHG ernsthaft mit den Vorbereitungen für eine Fertigung begonnen wurde. In der ersten Hälfte der einjährigen Geschichte der NS-Betriebsgruppe konzentrierten sich die Planungen auf den deutschen Standartjäger Focke-Wulf Fw 190, der in großer Zahl bei der AGO gefertigt wurde, und die Weiterentwicklung dieses Modells, die Focke-Wulf Ta 152. Bauteile von Focke-Wulf-Maschinen wurden tatsächlich nach Kahla geliefert, möglicherweise auch dort produziert. Es ist jedoch sehr zweifelhaft, dass wie vereinzelt behauptet am Walpersberg Maschinen dieser Typen montiert wurden. Der „Geschichts- und Forschungsverein Walpersberg“ konnte zudem einzelne Fundstücke der Messerschmitt Me 163 zuordnen, einem noch vollkommen unausgereiften Kurzstreckenraketenjäger der deutschen Luftwaffe, der übereilt produziert und vereinzelt in den Einsatz geschickt wurde. Welche Rolle die REIMAHG bei seiner Fertigung übernehmen sollte, ist bisher unklar. In den letzten Kriegsmonaten ab etwa Februar 1945 plante die REIMAHG auf Wunsch von Luftwaffenchef Hermann Göring und in Abstimmung mit dem Rüstungsstab zudem die Fertigung von Nurflügel-Maschinen der Firma Horten, deren Produktion ursprünglich bei der Gothaer Waggonfabrik lag. Diese sollte von der REIMAHG übernommen werden. Die Planungen beinhalteten auch die Fertigung der Horten XVIII, eines nur im Entwurf vorliegenden riesigen Düsenbombers mit sechs Triebwerken. Die zunehmend unrealistischen Vorhaben wurden nicht einmal in Ansätzen verwirklicht.



Tatsächlich wurden in den Stollen niemals Flugzeuge montiert. Laut Augenzeugen fanden dort möglicherweise Arbeiten an Flugzeugteilen statt, etwa an elektronischen Einrichtungen und Leitwerken. Die eigentliche Montage spielte sich bis zuletzt in den verbunkerten Fertigungshallen ab. Die Angaben, wann das erste Flugzeug vom Walpersberg startete, schwanken zwischen Januar und März 1945, doch der wahrscheinlichste Termin ist der im Tagebuch des 14-jährigen Gert Amann festgehaltene 21. Februar. Auch andere Quellen legen einen ersten Start um diesen Termin herum nahe. In den nächsten Wochen wurde eine Reihe weiterer Flugzeuge fertiggestellt. Der Start vom Rücken des Walpersberges war jedoch nicht einfach. Die Maschinen brauchten zum Abheben Startraketen, warfen diese dann ab und flogen in westlicher Richtung zum rund 150 Kilometer entfernten Flughafen Zerbst. Die Saale diente bei dem ca. 15 Minuten dauernden Flug als Orientierungshilfe, wohl auch deshalb fanden die Flüge tagsüber statt, denn ein Teil der Instrumente für den Flug nach Geräten kam erst in Zerbst an Bord. Die Jäger wurden sehr wahrscheinlich komplett oder zum größten Teil aus den 25 von der Firma Messerschmitt gelieferten vormontierten Bausätzen zusammengebaut. Wie viele Me 262 bei der REIMAHG tatsächlich starteten, ist unklar. Die Schätzungen von deutschen und ausländischen Augenzeugen schwanken zwischen 14 – 15 und bis zu 30, wahrscheinlich waren es etwa anderthalb bis zwei Dutzend. Einige Jäger waren offenkundig von minderwertiger Qualität und nur für die Ausbildung geeignet, mindestens eine, vielleicht auch zwei Maschinen verunglückten bei der Überführung, wobei ein Pilot ums Leben kam. Die genaue Absturzursache blieb unklar. Zu einem Anlaufen der Massenfertigung aus selbst produzierten Bestandteilen, gar von Jägern, die mit in den Nebenwerken der REIMAHG gefertigten Triebwerken angetrieben wurden, kam es nicht mehr. Und selbst falls dies geschehen wäre, die Betriebsgruppe wäre weiterhin auf funktionierende Transportwege angewiesen



gewesen. Die deutsche Infrastruktur brach jedoch unter den alliierten Luftangriffen zunehmend zusammen. Auch wenn die REIMAHG mehr Flugzeuge hätte fertigen können, hätten für diese weder ausgebildete Piloten in angemessener Zahl zur Verfügung gestanden, noch wäre die Treibstoffversorgung gewährleistet gewesen. Dank der rechtzeitigen Entdeckung durch die alliierte Luftaufklärung wäre, falls der Krieg länger gedauert hätte, jederzeit ein Angriff auf das halbfertige Werk, vor allem aber auf seine Infrastruktur möglich gewesen.

Letztendlich produzierte die Betriebsgruppe nur eine Handvoll Flugzeuge unter hohem Material- und finanziellem Aufwand. Darüber hinaus war die Betriebsgruppe ein Quell für Propagandaparolen und Illusionen, man könne den alliierten Sieg noch abwenden. In erster Linie aber „produzierte“ die REIMAHG schier unermessliches Leid und tausendfachen Tod. Die erbarmungslose Ausbeutung der ausländischen Zwangsarbeiter und Kriegsgefangenen, besonders der Angehörigen der Bauabteilung, war direkte Folge der rücksichtslosen Produktionslogik, die Fritz Sauckel vorgegeben und zahlreiche Akteure auf mittlerer und unterer Ebene verinnerlicht hatten. Die NS-Rüstungswirtschaft bewies hier wie bei ähnlichen Projekten ihre systemimmanente Brutalität und ihren verbrecherischen Charakter.



Kooperation trotz Konfliktpotenzial – die REIMAHG als Projekt von Gauund Reichsinstanzen

Um zu verstehen wie der Aufbau und anlaufende Betrieb der REIMAHG funktionierte, muss man sich die Rahmenbedingungen des Vorhabens vergegenwärtigen. Von Anfang an waren Baumaterial und qualifizierte Fachkräfte knapp, und dies verschärfte sich im Laufe der Zeit noch. Das deutsche Transportnetz brach zunehmend zusammen, der Materialtransport vor Ort wurde durch die wachsende Treibstoffknappheit behindert. Die Eile, mit der das Vorhaben umgesetzt werden sollte, verschärfte diese Probleme noch. Die bei der REIMAHG erzielten Ergebnisse können niemals losgelöst von ihrem Ziel – einem Beitrag zum Sieg im deutschen Vernichtung und Eroberungskrieg zu leisten – und den angewandten Methoden, namentlich der rücksichtslosen Ausbeutung der ausländischen Zwangsarbeiter und Kriegsgefangenen, betrachtet werden. Die Art und Weise wie diese Ergebnisse erzielt wurden gibt aber zugleich Auskunft, wie und warum NS-Rüstungswirtschaft und „Heimatfront“ des „Dritten Reiches“ im Allgemeinen so lange relativ effektiv funktionierten, zum Teil bis fast zum Einmarsch alliierter Bodentruppen.

Zwar waren bei der REIMAHG „Endabnehmer“ und Förderer zentralstaatliche Instanzen wie die Luftwaffe und das RMRK, die auf die Planungsentwicklung erheblichen Einfluss nahmen. Initiatoren und Handlungsträger vor Ort waren aber in erster Linie regionale Instanzen. Die Person des thüringischen Gauleiters Fritz Sauckel sticht besonders heraus. Er war als GBA Mitglied im engsten Führungskreis der deutschen Kriegswirtschaft auf Reichsebene, doch auch seine regional verankerten Funktionen als Gauleiter und Stiftungsführer der Gustloff-Werke waren für die Betriebs-



gruppe von entscheidender Bedeutung. Dennoch dürfen die Wirkungsmöglichkeiten einer Einzelperson nicht überbewertet werden. Selbst ein Sonderbevollmächtigter und Multifunktionär konnte nur in dem Maße wirksam werden, wie seine Befugnisse und die Zuarbeit über- wie untergeordneter Akteure es erlaubten. Sauckel konnte auf gut ausgebaute Kontakte auf allen Ebenen zurückgreifen. Er war nicht nur Koordinator, er initiierte das Vorhaben und betonte wiederholt seine Position als Hauptverantwortlicher, auch wenn er auf die Unterstützung von Hermann Göring, Albert Speer und natürlich die Billigung Adolf Hitlers angewiesen war. Die Motive des Gauleiters für sein Engagement lassen sich nur erraten. Mit Sicherheit ging es ihm angesichts seiner bereits erreichten Position nicht um realen Machtzuwachs. Als Gauleiter, Reichsstatthalter und Reichsverteidigungskommissar war er in Thüringen die zentrale Instanz, als GBA reichsweit ein Spitzenfunktionär. Wahrscheinlich waren nur Albert Speer und vielleicht Heinrich Himmler für die NS-Rüstungsindustrie von gleicher oder höherer Bedeutung. Sehr wahrscheinlich beabsichtigte Sauckel mit der Gründung der REIMAHG unter anderem eine Aufwertung „seines“, des „Mustergaus“ Thüringen und der Gustloff-Werke als Modellbetrieb für eine neue Form von NS-Betrieb in der Volksgemeinschaft, als Beweis für deren Überlegenheit gegenüber traditionellen Unternehmensformen. Vor allem aber lag jede Anstrengung zugunsten des Regimes in seinem eigenen Interesse, nicht nur weil er dessen verbrecherische Ziele in vollem Umfang teilte. Für den Fall einer Niederlage hatte er kaum mit Gnade zu rechnen. Auf persönlicher Ebene schließlich mag ihm die REIMAHG als Möglichkeit erschienen sein, sein Selbstwertgefühl durch einen weiteren wichtigen Beitrag zum „Endsieg“ zu bestätigen. Sauckel war nie Soldat gewesen, was er als Manko empfand. So wurde der Aufbau der REIMAHG zu seiner „Schlacht“, bei der er sich als Befehlshaber fühlen konnte. Die militarisierte Rhetorik, die er wiederholt gebrauchte, legt diese Einschätzung nahe. Mit einer Flut von Anordnungen



griff Sauckel immer wieder in das Geschehen vor Ort ein, von dem er sich bei zahlreichen Besuchen ein Bild machte. Stets trat er als Antreiber auf. Dieser Aktionismus wurde ihm von einigen deutschen Beteiligten und Augenzeugen negativ angekreidet. Sie malten das Bild eines inkompetenten Choletrikers, der das eigene Vorhaben durch blindwütigen Aktionismus geschädigt habe. Die tatsächlich verheerende Wirkung von Sauckels Wirken, die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Zwangsarbeiter, wurden dabei freilich niemals kritisiert. Diese rücksichtslose Ergebnisfixierung teilten die technokratischen Experten zweifellos mit dem Gauleiter und seinen Vertrauten.

Zwar waren etliche der angeordneten Sofort- und Masseneinsätze in der Tat vom bautechnischen Standpunkt betrachtet wenig sinnvoll, das übereilte Vorgehen führte zu mangelhafter Durchführung und Missverständnissen. Andererseits ignorierte die Kritik an Sauckel, dass dieser im letzten Kriegsjahr zu den wenigen Akteuren gehörte, die überhaupt so viel Geld, Material und Arbeitskräfte in so kurzer Zeit mobilisieren konnten. Die Fachleute, die den Aktionismus des Gauleiters nachträglich kritisierten, hatten vorher in vollem Umfang von den auf diese Weise beschafften Ressourcen profitiert.

Die GBA-Behörde und das Sauckel unterstehende thüringische Gauarbeitsamt waren dafür verantwortlich, dass binnen kürzester Zeit tausende Zwangsarbeiter zusammengezogen, in oft noch halbfertigen Lagern eingepfercht und rücksichtslos zur Arbeit angetrieben wurden. Ihnen fiel es auch relativ leicht, ungelernten „Ersatz“ für benötigte externe Fachkräfte zu mobilisieren, ob Bergarbeiter oder geschultes Personal für die Produktion von Flugzeugteilen der Firma Messerschmitt. Im Schnitt wurden den Herkunftsunternehmen im Austausch für eine Fachkraft zwei ungelernte Arbeiter zur Verfügung gestellt, sehr wahrscheinlich Zwangsarbeiter. Die Dienstverpflichtung deutscher Arbeitskräfte war ebenfalls kein Problem, nicht zuletzt weil sich die Gauinstanzen das



Vorhaben mit erheblichem Engagement zu eigen machten. Die REIMAHG genoss innerhalb Thüringens eine so hohe Priorität, dass es Beschwerden etwa von der Organisation Todt gab, die Bauwirtschaft werde noch zusammenbrechen, wenn nicht zusätzliche Arbeitskräfte zur Verfügung gestellt würden. Der thüringische Staats- und Parteiapparat organisierten mehrfach Masseneinsätze deutscher Jugendlicher. Auch die lokalen Kreisleiter waren organisatorisch in das Vorhaben eingebunden, zudem wurden mindestens rund 100, wahrscheinlich aber mehr Parteifunktionäre niederen Ranges aus ganz Thüringen als Aufsichtspersonal für den Zwangsarbeitseinsatz herangezogen. Diese so genannten Politischen Leiter traten vielfach in Parteiuniform auf, oft mit Pistolen und Knüppeln bewaffnet, von denen einige erbarmungslos Gebrauch machten. Die SA stellte Wachpersonal für Lager, Marschkolonnen und Arbeitskommandos der Zwangsarbeiter. Auch die Lokalverwaltung unterstützte das Vorhaben, indem sie Grundstücke beschlagnahmte und Anwohner als Hilfskräfte zur Verfügung stellte. Freilich brachte man eigene Bedenken, Beschwerden und Vorstellungen ein, vertrat diese resolut und profitierte nicht selten von der Anwesenheit des Rüstungswerkes.

Das Verhältnis der REIMAHG zu den theoretisch übergeordneten zentralstaatlichen Akteuren war nicht frei von Konflikten. Die wiederholten Anordnungen zur Kooperation, die sich in den Protokollen des Jäger- bzw. Rüstungsstabes finden, deuten darauf ebenso hin wie die Anweisung von Hauptdienstleiter Saur, künftig keinen direkten Kontakt zwischen dem Hauptausschuss Flugzeugbau und Gauleiter Sauckel zuzulassen. Saur wollte wohl so Spannungen nach nicht näher ausgeführten Vorkommnissen „ungeschicktester Art“ abbauen. Sauckel wiederum lehnte entschieden eine führende Rolle der für zahlreiche andere Bauvorhaben zuständigen Organisation Todt beim Aufbau des Werkes in Kahla ab. Im Fall Großkamsdorf, wo man sich anders entschied, gab es dann auch erhebliche Konflikte zwischen REIMAHG und OT.



Auch gegenüber dem ursprünglichen Plan von Adolf Hitler und Albert Speer, einen BMW-Betrieb nach Kahla zu verlegen, setzte sich Sauckel mit seinen Einwänden durch, bot aber ersatzweise die Unterbringung in Großkamsdorf an. Dies war die Geburtsstunde der REIMAHG-Nebenwerke. Absolut waren die Wünsche des Rüstungsministers und sogar des „Führers“ offenkundig nicht. Im Allgemeinen einigten sich die Zentralinstanzen und die Betriebsgruppe, selbst wenn ihre Vorstellungen einmal auseinandergingen.

Wichtigster Partner oder besser Komplize der NS-Betriebsgruppe waren das RMRK bzw. die neuen Koordinationsinstanzen in Gestalt des Jäger-, später des Rüstungsstabes. Sie stellten sich von Anfang an hinter das Vorhaben, indem sie Sauckels Führungsrolle anerkannten und seine Befugnisse bestätigten. Sie leisteten auch direkte Materiallieferungen etwa in Form von Treibstoff, Holzgasgeneratoren und anderen Geräten. Freilich waren die noch zur Verfügung stehenden Ressourcen vielfach eng begrenzt. Die Organisation Todt bzw. das Transportkorps Speer unterstützten die Arbeiten am Walpersberg durch Fachkräfte und Transportleistungen. Auch bei der Finanzierung des Vorhabens zeigte man sich entgegenkommend. Im Fall der REIMAHG entschied man sich, das Vorhaben finanziell wie einen Bau mit vollständiger Reichsfinanzierung zu behandeln, obwohl die Betriebsgruppe in Eigenverantwortung der Gustloff-Werke aufgebaut wurde und diese auch den Baugrund erwarb, also als Besitzer der Anlage auftrat. Die Gustloff-Werke übernahmen derweil die unmittelbare Zwischenfinanzierung über ihren Kreditrahmen bei der Thüringischen Staatsbank. Da weder das Deutsche Reich noch die Gustloff-Werke ihre Verpflichtungen nach Kriegsende ausglich, blieb die Staatsbank letzten Endes allein wegen der REIMAHG auf gut 50 Millionen Reichsmark Schulden sitzen.

Neben dem RMRK und dem Jäger- bzw. Rüstungsstab wurde der Aufbau der REIMAHG durch zahlreiche weitere zentralstaatliche Akteure unterstützt. Es gab mehrfach



Kontakte zwischen Luftwaffenchef Hermann Göring und Fritz Sauckel, bei denen man sich in direkten Absprachen einigte. Göring akzeptierte anscheinend die alleinige Zuständigkeit Sauckels, der dafür versprach, in kürzester Zeit Flugzeuge in großer Zahl zu liefern und wiederholt seine Pläne zugunsten von Vorschlägen der Luftwaffe anpasste. Die für die Finanzierung von Luftwaffenvorhaben zuständige Bank der deutschen Luftfahrt war in großem Umfang an der Absicherung der Produktionskredite für die REIMAHG beteiligt. Einige Luftwaffenangehörige waren vor Ort präsent, etwa im Überführungskommando, dessen Piloten die montierten Maschinen nach Zerbst flogen. Die Wehrmacht stellte Teile der Wachmannschaften, die Reichsbahn übernahm Transportaufgaben, auch bei besonderen Anlässen wie den kurzfristig anberaumten Masseneinsätzen deutscher Jugendlicher, für die zum Teil Sonderzüge benötigt wurden. Noch intensiver war die Beteiligung der SS, der ein großer Teil der betriebs-eigenen Wachtruppen unterstand. Sie stellte zudem leitende Mitglieder des Verwaltungs- und „Sicherheitspersonals“. Gestapo und Sicherheitsdienst des Reichsführers SS waren ebenfalls vor Ort präsent. Sie bespitzelten die Deutschen, mehr aber noch die Zwangsarbeiter, und gingen erbarmungslos gegen jeden wirklichen und vermeintlichen Widerstand vor. Dutzende, vielleicht sogar noch deutlich mehr Häftlinge aus dem KZ-Buchenwald wurden pro forma entlassen und als zivile Zwangsarbeiter zur REIMAHG überstellt, eine nicht genau zu beziffernde Anzahl „straffälliger“ Zwangsarbeiter hingegen in Konzentrations- und Arbeitserziehungslagern oder anderen Haftstätten der SS und Gestapo eingesperrt. Das Reichwirtschaftsministerium schließlich bemühte sich, zusätzliches Fachpersonal für die Untertagearbeiten zur Verfügung zu stellen und nahm es hin, dass Sauckel mehrfach den normalen Instanzenweg verletzte.

Die stenographische Niederschrift einer Besprechung bei Reichsmarschall Hermann Göring am 12. Dezember 1944, an der auch Rüstungsminister Albert Speer, Hauptdienstleiter



Saur und zahlreiche hochrangige Militärs und Fachkräfte teilnahmen, gibt Auskunft, wie man an leitender Stelle über Sauckel und das von ihm initiierte Vorhaben dachte. Man sei, so Saur, bei der Me 262 einen geradezu revolutionären Weg gegangen, indem man mit Sauckel eine „Ehe auf Gedeih und Verderb geschlossen“ habe. Man werde zwar zunächst „sehr viel Scherben machen“, aber sonst nirgends mehr eine Möglichkeit haben, mit solcher „geballten Energie das Ziel zu erreichen“. Sauckel sei viel zu energiegeladen um sich hineinreden zu lassen, aber gerade dadurch sei er über alle Schwierigkeiten hinweggekommen. Saur bekundete in dieser internen Besprechung hundertprozentiges Vertrauen in den Gauleiter, er habe angeordnet, nichts anderes zu tun als zu helfen, aber möglichst wenig dabei dreinzureden. So werde man in kurzer Zeit seine „endgültige Freude“ erleben, Sauckel sein ein Mann „wie wir wenige in Deutschland haben“. Der Gauleiter habe bewiesen, dass er die Fachleute Lügen strafen könne, die seine Zeitpläne für unerfüllbar hielten. Hermann Göring stimmte dieser geradezu hymnischen Einschätzung zu.

Die großen Erwartungen an das Projekt waren sicher zum Teil Wunschdenken, schließlich kam aus dem Walpersberg niemals „das Flugzeug in Massen“, wie Saur versprochen hatte. Aus Perspektive der Luftwaffenführung und des RMRK erschien ein Vorgehen wie bei der REIMAHG jedoch vielversprechend, vielleicht sogar als die einzige Hoffnung. Man war deshalb bereit, die Entscheidungskompetenz in erheblichem Umfang aus der Hand zu geben und den Akteuren vor Ort Freiraum zu lassen, weil nur deren pragmatische, rücksichtslose und unkonventionelle Vorgehensweise unter Umgehung üblicher Vorschriften Ergebnisse in kurzer Zeit versprach. Kompetenzstreitigkeiten waren nicht auszuschließen, und über Detailfragen mochte es Differenzen geben. Doch zumeist überwog die Kompromissbereitschaft das Konfliktpotenzial. Dass die REIMAHG als Bauvorhaben, Produktionsstätte und Verbrechensschauplatz „funktionierte“,



war direkte Folge der Fähigkeit des „Dritten Reiches“, die im Laufe der Zeit entstandenen polykratischen Strukturen zu integrieren. Ausschlaggebend waren mobilisierende Faktoren, die zum Teil gerade aus der Schaffung von Sonderinstanzen mit großer Machtfülle wie der GBA-Behörde, dem RMRK, dem Jäger- und Rüstungsstab und dem Bedeutungsgewinn des Reichssicherheitshauptamtes und der SS resultierten. Verhängnisvollerweise war man sich auf allen Ebenen auch weitestgehend einig, für das gemeinsame Ziel wortwörtlich über Leichen zu gehen. Das Elend, Leid und letztlich der Tod hunderter, ja tausender Zwangsarbeiter fiel unter die „Scherben“, die man für ein so „revolutionäres“ Vorgehen bereitwillig in Kauf nahm. Verantwortung und Schuld für die bei der REIMAHG begangenen Verbrechen lagen deshalb nicht bei einer Instanz und Person, sie verteilten sich auf zahlreiche Akteure und Handlungsebenen und wurden auf allen Ebenen mitgetragen und umgesetzt.

Die Deutschen bei der REIMAHG

Ausländische Zwangsarbeiter und Kriegsgefangene stellten den Großteil der bei der REIMAHG Beschäftigten, und ihr Schicksal war das weitaus schlimmere. Neben, und in der internen Rangordnung zumeist „über“ ihnen arbeiteten jedoch tausende deutsche Jugendliche und Erwachsene beiderlei Geschlechts, deren Position und Befugnisse sich vielfach erheblich unterschieden. Die gesamte Führungsschicht und nahezu alle Personen im Mittelbau der Betriebsgruppe waren Deutsche. Aufbau und Betrieb des Werkes wie auch der massenhafte Zwangsarbeitereinsatz waren nur möglich durch die Mitarbeit von deutschen, zum Teil aber auch ausländischen Fachleuten, Vorgesetzten, Lagerpersonal und Wachmannschaften. Die deutsche Belegschaft bestand aus Einwohnern des Deutschen Reiches und aus „Volksdeutschen“ – ausländischen Staatsbürgern, die aufgrund ihrer



Vorfahren als deutsch eingestuft wurden. Es scheint nicht so, als ob in der Behandlung Unterschiede gemacht wurden, auch wenn der Anteil „Volksdeutscher“ in niedrigqualifizierten Arbeiten größer war. Einzelne Ausländer erhielten den Status „Volksdeutscher“ während der Arbeit bei der REIMAHG, in mindestens einem Fall wurde er einer ganzen Gruppe (Krimtataren) verliehen. Aufgrund der vielfach mangelhaften Meldepraxis und nur unvollständig erhaltenen Unterlagen der Betriebsgruppe fällt es schwer, Angaben über die Gesamtzahl deutscher Beschäftigter zu machen, zumal bis zuletzt Einstellungen wie Entlassungen erfolgten. Zudem war nur ein Teil der Personen, die beim Aufbau und Betrieb der REIMAHG tätig waren, wirklich bei der Betriebsgruppe angestellt. Zählt man die nicht direkt bei der Betriebsgruppe beschäftigten, aber in ihrem Auftrag tätigen Deutschen hinzu, dann dürfte die Gesamtzahl die 3.000 deutlich überstiegen haben. Dabei waren weder das Gros der für Arbeitseinsätze mobilisierten Jugendlichen mitgerechnet, noch diejenigen Ortsansässigen, die lediglich für Kurzeinsätze angefordert wurden. So wurden mehrfach Bauern für Fuhrdienste verpflichtet, doch scheinen sich viele dem entzogen zu haben.

An der Spitze der REIMAHG standen zumeist Personen aus Sauckels unmittelbarem Umfeld wie der Leiter der Gustloff-Werke in Weimar und Buchenwald, Walter Hornig. Sie waren seit Jahren Vertraute des Gauleiters, schon vor 1933 der NSDAP beigetreten oder hatten Kontakte zu ihr gehabt, und verdankten ihren raschen Aufstieg ihrer Ergebenheit und Nützlichkeit für das Regime. Anders als die klassischen Topmanager deutscher Unternehmen waren sie außerhalb der traditionellen Karrieremuster sozialisiert und glichen dem Typus des NS-Managers im RMRK.



Hornig, Walter

* 9.3.1902 Steinbach-Hallenberg, † 27.12.1992 Glonn

Walter Hornig stammte aus einer mittelständischen Familie, die konservativ-nationalistisch und antisemitisch eingestellt war. Als junger Kriegsheimkehrer nahm er 1920 am Kapp-Putsch teil und knüpfte offenbar schon frühzeitig Kontakte zur NSDAP, der er 1925 beitrug. Ab 1926 beruflich in Südamerika, trat Hornig auch dort für die NS-Bewegung ein. Ab Ende 1937/Anfang 1938 übernahm er den Aufbau der Werkzeugmaschinenfabrik der Gustloff-Werke in Weimar. Hornig war während des Zweiten Weltkriegs zuständig für die Stiftungsfabriken in Weimar und im KZ-Buchenwald, in denen im Sommer 1944 bis zu 4.800 KZ-Häftlinge und tausende Zwangsarbeiter ausgebeutet wurden. Misshandlungen, Verhaftungen und auch Hinrichtungen von Zwangsarbeitern und Häftlingen dieser Werke sind belegt, auch gegen politisch oder in anderer Hinsicht unangepasste deutsche Angestellte wurde rücksichtslos vorgegangen. Bei Aufbau und Betrieb der REIMAHG stand Hornig in der Rangliste an vierter Stelle, die Fabriken unter seiner Aufsicht stellten Personal und Material für die Betriebsgruppe. Nach dem Krieg für drei Jahre in amerikanischer Internierung, wurde er nie gerichtlich zur Verantwortung gezogen. Er verfasste 1984 seine unverändert von Antisemitismus und Nationalismus geprägten geschichtsrevisionistischen Lebenserinnerungen.

Auch Vertreter der Zentralinstanzen wie SS-Brigadeführer Karl Pflomm, der in den letzten Monaten die Wachtruppen kommandierte und als Betriebsobmann für die zentrale Lagerverwaltung zuständig war, hatten schon lange zuvor Kontakte zum thüringischen Gauleiter unterhalten. Vor seiner Tätigkeit für die REIMAHG war er unter anderem in Dresden, Erfurt und Weimar als Polizeipräsident tätig gewesen.



Zur mittleren Führungsschicht gehörten die der Oberlagerführung unterstehenden Lagerführer der REIMAHG, insgesamt vermutlich mehrere Dutzend, denn einige Lager hatten mehrere Führer. Die Lagerführer waren für die Organisation des Alltags innerhalb der Wohnlager verantwortlich, was auch die Verpflegung einschloss. Sie besaßen Strafhochheit im Lager. Entgegen der offiziellen Bestimmungen beinhaltete dies offenkundig vielfach auch körperliche Misshandlungen und sogar direkte Morde. Etliche der Lagerführer, meist Männer um die 40 oder älter, gehörten der NSDAP an, doch war dies keineswegs obligatorisch. Mehrere waren wie der Führer von Lager VII, Karl Schmidt, wegen krimineller Vergehen aus der Partei ausgeschlossen worden. Einige hatten bereits vorher als Aufsichtspersonen gearbeitet. Es fällt auf, dass weder eine besondere Ausbildung, Fähigkeiten oder gute körperliche Verfassung für den Posten notwendig waren, man musste auch kein „Vorzeige-Nazi“ sein. Gute Kontakte und gewisse Erfahrungen reichten vollkommen aus. Innerhalb ihres Machtbereiches hatten sie weitestgehend Handlungsfreiheit, die sie weit öfter zuungunsten der Zwangsarbeiter ge- und missbrauchten, als diesen im Rahmen der Möglichkeiten zu helfen, obwohl auch dies in Einzelfällen vorkam. Weit häufiger aber sind Unterschlagungen, Schikanen und Übergriffe belegt.

Schmidt, Karl Sebastian

* 27.10.1912 Schweina/Bad Liebenstein,

† 28.5.1967 Technitz/Döbeln

Karl Schmidt stammte aus einer Arbeiterfamilie und war gelernter Tischler. Er hatte spätestens seit Anfang der 1930er Kontakt zu rechtsradikalen Kreisen, war 1931 für elf Monate Mitglied der NSDAP und trat ihr 1937 erneut bei. 1932 arbeitslos geworden war, trat er dem freiwilligen Arbeitsdienst bei (ab 1935 Reichsarbeitsdienst). Schmidt



wurde im Mai 1942 wegen schwerem Diebstahl, Betrug und Freiheitsberaubung verhaftet, am 11. September 1942 zu anderthalb Jahren Haft verurteilt und später aus der NSDAP ausgeschlossen. Über Kontakte zu ehemaligen Bekannten ließ er sich im Herbst 1944 zur REIMAHG dienstverpflichten. Zunächst Aufseher über mehr als 100 Zwangsarbeiter beim Arbeitseinsatz, übernahm Schmidt spätestens Anfang November den Posten des Lagerleiters von Lager VII, den er bis Kriegsende innehatte. Eine Reihe von Augenzeugen berichtete, dass er die Lagerinsassen sehr schlecht behandelte, sie schlug, demütigte und darüber hinaus zu Hause mit dem Mord an einem Zwangsarbeiter prahlte. Anfang 1949 wurde Schmidt nach einer Anzeige seiner geschiedenen Ehefrau wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit verhaftet. Am 18. Mai 1949 wurde er mangels Beweisen freigesprochen und nach dem Scheitern des Revisionsantrags der Staatsanwaltschaft am 27. August 1949 aus der Haft entlassen.

Der Arbeitseinsatz der Zwangsarbeiter jenseits der notwendigen Arbeiten in den Lagern selber unterstand den Arbeitskolonnenführern, Politischen Leitern und den Meistern der beim Aufbau der REIMAHG beschäftigten Betriebe. Die Arbeitskolonnenführer, über 50 sind namentlich bekannt, waren bei Wecken und Morgenappell zugegen und brachten die Zwangsarbeiter zur Arbeit, wobei nicht selten Gewalt angewandt wurde. Am Einsatzort übernahmen dann die Meister und Politischen Leiter das Kommando. Sie kontrollierten die Arbeitsleistung und trieben die Zwangsarbeiter oft mit Beschimpfungen, Misshandlungen und der Drohung an, ihre Rationen zu kürzen. Auch in ihren Reihen überwogen Deutsche, obwohl es einzelne ausländische Arbeitskolonnenführer und Meister gab.

Die Betriebsgruppe unterhielt zudem einen eigenen Werksschutz, der wie im gesamten Reich dem Reichssicherheits-



hauptamt und damit der SS unterstand und Wachaufgaben und die Kontrolle der Lager übernahm. Die Männer erhielten spezielle Nummern innerhalb der REIMAHG-Registratur, namentlich sind etwa 250 Personen bekannt. Unter ihnen waren über 100 Deutsche und Volksdeutsche zumeist mittleren oder fortgeschrittenen Alters, etwa 100 Belgier und Flamen, gut zwei Dutzend Sowjetbürger und einige wenige Polen, Niederländer und Italiener. Es fällt auf, dass Belgier, Flamen und Deutsche zumeist ähnlich bezahlt wurden, Angehörige anderer Nationalitäten aber unter schlechteren Konditionen arbeiten mussten. Einige der Ausländer waren zuvor als Zwangsarbeiter im Einsatz gewesen, bevor sie zur Wachtruppe wechselten. Daneben gab es Aufseher, die nicht in die Registrierung des Werkschutzes einbezogen wurden. Namentlich sind etwa 30 Lager- und Barackenordner, Lagerwachen und Ordnungsmänner bekannt, davon je ein Drittel Deutsche und Italiener sowie einige wenige Polen und Sowjetbürger. Sie wurden deutlich schlechter bezahlt als der Werkschutz. Der Einsatz weiblicher Aufseher ist nur in einzelnen Augenzeugenberichten belegt. Berücksichtigt man mögliche Abgänge, dürfte die Gesamtzahl der bei der REIMAHG beschäftigten Wachmannschaften bei mindestens 400-500 Personen gelegen haben. Dazu kamen Angehörige betriebsfremder Verbände in großer Zahl. Zu ihnen gehörten Wehrmachtsangehörige, von denen etwa 40 in der Frühphase des Aufbaus des Werkes in Großbeutensdorf untergebracht waren. Später bewachten vermutlich einige Dutzend Landsturmangehörige ein Kommando slowakischer Kriegsgefangener. Zudem kamen in den letzten Wochen und Monaten wohl auch Volkssturmangehörige als Wachmannschaften zum Einsatz, in jedem Fall bei der Zwangsräumung der Lager. Die Wachkommandos der SA und anderer Parteiorganisationen sowie des militarisierten Wachdienstes der OT, deren Einsatz bei der REIMAHG teils sicher, teils mit großer Wahrscheinlichkeit belegt ist, waren ebenso wenig Angestellte der Betriebsgruppe, wie ein offenbar eigens abkommandierter



Zug von mehr als 30 Gendarmen, der zeitweilig in Kahla in einem REIMAHG-Lager stationiert war. Die Polizei in Kahla wurde eigens um einige Beamten verstärkt, die u. a. aus Jena kamen. Polizisten in Zeutsch und Orlamünde ermordeten im Zuge ihres Einsatzes als Wachmannschaften mehrere REIMAHG-Zwangsarbeiter. Zu diesen Verbänden kam die als Hilfspolizei fungierende Stadt- und Landwacht, bewaffnete Einwohner, die in den Dörfern Patrouillendienst versahen und zum Teil mit erheblicher Brutalität gegen Zwangsarbeiter vorgingen, die ihr Lager zur Nahrungsmittelsuche oder bei einem Fluchtversuch verlassen hatten. Auch die Politischen Leiter und Lagerführer waren vielfach mit Schusswaffen und Schlagstöcken ausgerüstet und machten laut Augenzeugen rücksichtslos von beidem Gebrauch.

Neben Fachkräften für den Bau, die oft auch Zwangsarbeiter anzulernen und zu befehligen hatten, beschäftigte die REIMAHG eine beträchtliche Anzahl Deutsche und „Volksdeutsche“ in untergeordneten Tätigkeiten. Sie arbeiteten als Küchenhilfen, medizinisches Personal, in der Verwaltung und als Hilfsarbeiter bei handwerklichen Tätigkeiten. Tariflich waren sie zum Teil nicht besser gestellt als die Ausländer, freilich zog man ihnen vom Lohn zumeist weniger ab und im Schnitt waren ihre Arbeitszeiten oft etwas kürzer. Für die anlaufende Flugzeugproduktion griff man auf AGO-Angestellte zurück, die nach Kahla versetzt wurden. Andere Fachkräfte kamen aus den Gustloff-Werken in Weimar und Suhl. Gelernte Bergarbeiter (Hauer), von denen mehrere hundert im Einsatz bei der REIMAHG waren, ließ Fritz Sauckel über das Gauarbeitsamt aus anderen Thüringer Bergwerken dienstverpflichten, wobei er wiederholt den Dienstweg umging. Andere Bergleute kamen aus dem Saarland.

Nicht alle Deutschen waren freiwillig bei der REIMAHG. Wie viele deutsche Zwangsarbeiter für das Werk in Kahla arbeiteten, lässt sich nicht mit Sicherheit sagen. Die Organisation Todt setzte in begrenzter Zahl deutsch-jüdische Zwangsverpflichtete bei der REIMAHG ein. Die Männer galten nach den



absurden NS-Rassegesetzen als „Mischlinge 1. Grades“ oder „jüdisch versippt“. Sie waren zwar vorläufig von Deportation und Ermordung ausgenommen, mussten aber ab 1944 unter oft schweren Bedingungen vor allem im Bau arbeiten. Möglicherweise kam auch eine kleinere Zahl von Gefängnisinsassen bei der REIMAHG zum Einsatz, doch berichten dies nur vereinzelte Zeitzeugen. Nicht als Zwangsarbeiter im engeren Sinne sind die vielen deutschen Dienstverpflichteten zu betrachten, auch wenn ihnen bei Nichtbefolgung Konsequenzen drohten. Im Einsatz wurden sie genauso behandelt wie jene, die sich freiwillig zur REIMAHG gemeldet hatten. Zudem konnte man vom Einsatz durchaus profitieren. Da das Vorhaben als kriegswichtig galt, waren die Beschäftigten relativ sicher vor der Einberufung zur Wehrmacht. Die Bezahlung war zum Teil überdurchschnittlich, es winkten Sonderprämien und Zusatzrationen. Wer die Ziele des Regimes teilte, und das waren auch 1944/45 nicht wenige, steigerte sein Selbstwertgefühl durch die Mitarbeit bei einem angeblich für den „Endsieg“ bedeutsamen Projekt. Zudem gab es auch informelle Wege, durch den Einsatz Gewinn zu machen. So beteiligte sich eine Anzahl Deutsche an der systematischen Unterschlagung von Lebensmitteln auf Kosten der Zwangsarbeiter oder verkaufte Nahrungsmittel zu vollkommen unverhältnismäßigen Preisen an die Hungernden. In einigen Fällen wurden Wertsachen auch ganz einfach geraubt. Wer Befehlsgewalt über Zwangsarbeiter erhielt, konnte sich zudem ungestraft als „Herrenmensch“ aufspielen.

Freilich steht außer Frage, dass der Terror des Regimes sich auch gegen deutsche Angestellte richten konnte, wenn auch weitaus seltener als gegen die Ausländer. Strafandrohungen wegen möglichen „Geheimnisverrates“ oder Überstellung in ein Arbeitserziehungslager bei angeblich unzureichenden Leistungen betrafen alle bei der REIMAHG Beschäftigten. Körperliche Übergriffe etwa gegen Jugendliche, die versuchten sich ihrer Abkommandierung zu entziehen, kamen sehr vereinzelt vor. Zeitzeugen berichten, dass in einigen wenigen



Fällen Deutsche kurzzeitig verhaftet wurden, weil sie nach Meinung ihrer Vorgesetzten einen zu kameradschaftlichen Umgang mit den Zwangsarbeitern pflegten oder sich sonstiger „Verstöße“ schuldig gemacht hatten.

Obwohl nicht frei von Zwängen, Bedrohungen und Beschränkungen, war die Situation der Deutschen jedoch bei weitem besser als die fast aller ihrer ausländischen „Kollegen“. Die Mehrzahl der deutschen REIMAHG-Angestellten wohnte in Privatquartieren zur Untermiete, vermutlich allein in Kahla deutlich über 1.000. Dazu kamen weitere in benachbarten Orten wie Freienorla, Eichenberg, Klein- und Großeutersdorf, aber auch Orlamünde, Rudolstadt, Jena, Lobeda und Winzerla. Die für das deutsche Personal des Flugzeugwerkes gedachten vier großen Massivbauwohnlager in der Umgebung von Kahla und Bibra wurden nicht mehr fertig gestellt, einige der Gebäude dienten als Quartier für hunderte Jugendliche. Im Stadtgebiet von Kahla gab es mindestens zwei Lager für deutsches Personal der Betriebsgruppe bzw. unterstützende externe Organisationen. Die alte Porzellanfabrik diente als Quartier für mindestens 150 Personen, in Quellen taucht auch die „chemische Fabrik“ auf. In der Hindenburgschule waren wohl zeitweise rund 160 Deutsche untergebracht. In Großeutersdorf war die Gaststätte „Zum Grünen Baum“ zeitweilig Quartier für Wehrmachtsangehörige. Einige Personen, namentlich Angehörige des Lagerpersonals, wohnten offenbar innerhalb der Zwangsarbeiterlager. Generell aber ist festzustellen, dass die große Mehrheit der Deutschen unter weit besseren Bedingungen als die Ausländer lebte. Sie waren in ihrer Bewegungsfreiheit kaum eingeschränkt, ihre Quartiere in besserem Zustand, meistens warm und trocken, die sanitären Bedingungen Welten von denen der Zwangsarbeiter entfernt. Theoretisch waren sie in Bezug auf die Verpflegung nicht sowjetischen Zwangsarbeitern gleichgestellt. Doch auch hier waren die tatsächlichen Bedingungen weit besser. Deutsche konnten viel leichter Zusatzverpflegung erwerben, sie waren zumeist unabhängig von den oft miserablen Lager-



küchen, wussten wesentlich besser als die Zwangsarbeiter was ihnen eigentlich zustand, und konnten ihr Recht auch tatsächlich durchsetzen. Generell gab es Bestrebungen, auch bei der Nahrungseinnahme Zwangsarbeiter und Deutsche zu trennen, was im Zweifelsfall auf Kosten der Ausländer ging, denen etwa bestimmte Lokalitäten verboten wurden. Bei Prämienszahlungen und Sonderzuteilungen wurden die Deutschen vielfach bevorzugt. Natürlich wurden auch Deutsche Opfer von Unfällen, gegen die auch sie nicht ausreichend geschützt waren, oder erkrankten vereinzelt an gefährlichen Infektionen wie Typhus. Ihre medizinische Versorgung war jedoch deutlich besser. Als Deutscher wurde man vielfach schon mit Beschwerden behandelt oder stationär aufgenommen, mit denen Ausländer weiterarbeiten mussten oder in Lagerrevieren bei halbierter Ration vor sich hin vegetierten. Dennoch starben insgesamt vermutlich etwa 20 bis 30 deutsche Angestellte der Betriebsgruppe an den Folgen des Einsatzes, darunter mindestens drei zum Arbeitseinsatz abkommandierte Hitlerjungen. Damit lag die Sterblichkeit der Deutschen unter einem Prozent, was zwar viel ist, aber nicht ansatzweise einem Vergleich mit dem Schicksal der ausländischen Zwangsarbeiter und Kriegsgefangenen standhält. Zudem konnten die Hinterbliebenen zumindest mit einer angemessene Beisetzung ihres Toten rechnen, zum Teil auch auf finanzielle Unterstützung.

Eine Besonderheit der REIMAHG war der Masseneinsatz deutscher Jugendlicher. Zwar war die Mobilisierung von Hitlerjungen für Hilfsdienste in der Kriegswirtschaft reichsweit längst Alltag, er lässt sich aber in dieser Form bisher bei keinem vergleichbaren Vorhaben nachweisen. Spätestens ab August 1944 wurden einige Jugendliche, etliche von ihnen aus Gotha, für Transportaufgaben eingesetzt. Vermutlich gab es noch einige weitere Kleinkommandos, etwa als Boten oder Bürohilfskräfte. Für den 2. – 15. November wurde über das Ministerium für Volksbildung dann ein erster Masseneinsatz männlicher Schüler der Thüringer Jahrgänge 1928 – 1930



angeordnet. Die Jungen, es mögen ca. 1.000 gewesen sein, reisten in der Mehrheit mit Sonder- und regulären Zügen zu Tageseinsätzen an, einzelne übernachteten vor Ort. Wohl aufgrund organisatorischer Probleme, schlechter Leistungen und vielleicht auch elterlicher Proteste wurde der Einsatz nach vier Tagen abgebrochen. Ende Januar 1945 erfolgte eine zweite Großaktion. Diesmal sollten die Jungen vor Ort untergebracht werden, wofür man unter anderem die erst halbfertigen Massivbaulager für die deutsche Belegschaft und Quartiere in den Stollen des Walpersberg nutzte. Anlässlich eines Appells am 25. Januar notierte ein Jugendlicher, dass knapp 2.800 Hitlerjungen antraten. Die REIMAHG war mit dem sehr kurzfristig angeordneten Einsatz, Versorgung und Unterbringung so vieler Jugendlicher vollkommen überfordert, so dass man fast alle zwischen dem 26. und 31. Januar wieder nach Hause schickte. Zurück blieb eine Restmannschaft, die die Massivbaulager für einen weiteren Einsatz vorbereiten sollten. Ende der ersten Februarwoche begann dieser. Betroffen waren diesmal wohl etwa 1.000 Jungen, die teils in Stollenquartieren, teils in Steingebäuden untergebracht wurden. Es scheint, als ob Mitte bis Ende Februar weitere kleinere Abkommandierungen folgten. Unterbringung und Verpflegung waren jetzt besser organisiert, wenn auch immer noch zum Teil behelfsmäßig. Die Mehrzahl der Jungen blieb bis kurz vor Kriegsende in Kahla, als man die 1929 geborenen zur freiwilligen Meldung zum Kriegseinsatz aufforderte. Außer den Hitlerjungen, überwiegend Jungen der Jahrgänge 1929 und 1930, wurde in diesem Einsatz eine Anzahl Angehörige des Bund deutscher Mädel zur REIMAHG versetzt, die in der Verwaltung, als Reinigungs- und Küchenpersonal arbeiteten. Insgesamt dürften rund 3.000 oder mehr Jugendliche im Zuge der drei Einsätze mobilisiert worden sein, vermutlich mehr als 1.000 von ihnen über einen längeren Zeitraum. Während der ersten beiden Einsätze bestand die Arbeit der Jugendlichen vor allem aus Erd- und Räumarbeiten, zumeist an der Startbahn. Beim dritten übernahmen sie zunehmend auch leichte Transportauf-



gaben, arbeiteten in der Verwaltung, beim Startbetrieb und wohl auch in der anlaufenden Fertigung. Zudem übernahmen spätestens ab Ende Januar einige die Aufsicht über kleinere Arbeitskommandos von Kriegsgefangenen und Zwangsarbeitern, wobei sie zum Teil auch Gewalt anwandten, andere fungierten als Wachposten. Auch bei Lagerkontrollen und als Spitzel ist ihr Einsatz belegt, ebenso in Patrouillen, die in den umliegenden Dörfern regelrecht Jagd auf Zwangsarbeiter machten, die ihr Lager verlassen hatten. Augenzeugen warfen ihnen Festnahmen, Misshandlungen und einzelne Morde vor. Ob es sich dabei um einheimische oder abkommandierte Jugendliche handelte, ist unklar. In mindestens einem Fall bewachte für den Kriegseinsatz mobilisierte Hitlerjugend eine Marschkolonne Italiener während der Zwangsevakuierung der REIMAHG-Lager, wobei die Zwangsarbeiter die Jugendlichen noch mehr fürchteten als die „üblichen“ Bewacher.





Die ausländischen Kriegsgefangenen und Zwangsarbeiter der REIMAHG

Woher und wie sie nach Kahla kamen

Gut 80 Prozent der bei der REIMAHG eingesetzten Arbeitskräfte waren ausländische Zivildeportierte und Kriegsgefangene. Natürlich war nicht jeder Ausländer bei der Betriebsgruppe ein Zwangsarbeiter, wenn man der Definition des Historikers Mark Spoerer folgt, der mit „Zwangsarbeit unter dem Hakenkreuz“ eine umfassende Untersuchung zum Thema veröffentlichte. Nach Spoerer befand sich ein Zwangsarbeiter in einem Arbeitsverhältnis, dessen Unauflöslichkeit über einen nicht absehbaren Zeitraum rechtlich institutionalisiert war. Er hatte nur geringe Chancen, nennenswerten Einfluss auf sein Schicksal zu nehmen, auch wenn sich die konkreten Lebensumstände erheblich unterscheiden konnten. Nicht als Zwangsarbeiter im engeren Sinne können deshalb die ausländischen Angehörigen des Wachpersonals gelten, ebenso einige Experten wie etwa leitendes medizinisches Personal. Sie genossen Bewegungsfreiheit, wurden gut bezahlt und versorgt und kaum anders behandelt als ihre deutschen Kollegen, denen sie vertraglich gleichgestellt waren. Dies galt freilich nur für eine kleine Minderheit.

Die ersten REIMAHG-Zwangsarbeiter trafen Anfang April 1944 in Kahla ein. Eine Übersicht vom 6. Mai nannte für das Vorhaben bei 73 deutschen Beschäftigten 187 Italiener, 237 männliche und 153 weibliche „Ostarbeiter“, d. h. Zwangsarbeiter aus der Sowjetunion. Bereits im Juli/August war die Gesamtzahl anscheinend auf 3. – 4.000 Ausländer und ca. 700 Deutsche gestiegen, im Oktober/November auf 9.500 – 10.000 Ausländer und 1.500 – 1.800 Deutsche. Sehr wahrscheinlich waren die fast 1.400 slowakische Kriegsge-



fangenen, die vermutlich im November zur REIMAHG verlegt wurden, damit nicht einmal berücksichtigt. Die Höchstzahl der Zwangsarbeiter und Kriegsgefangenen bei der REIMAHG in Kahla dürfte um die Jahreswende 1944/45 etwa 12.000 betragen haben, doch gab es über den ganzen Zeitraum Neuzugänge und Abgänge, etwa durch Versetzung zu anderen Einsatzorten, dem Abtransport Kranker, Verhaftungen und Todesfälle. Andere Zwangsarbeiter flohen aus den Lagern, einige meldeten sich für die Streitkräfte der Deutschen. Zahlreiche Beschwerden der Behörden und interner Schriftverkehr belegen, dass die REIMAHG oft Monate brauchte, um Neuzugänge anzumelden, und mitunter nicht einmal selber wusste, wo wer gerade arbeitete und wohnte. Dazu trug die geforderte Hektik beim Aufbau des Werkes wie die zunehmend chaotischen Zustände im letzten Kriegsjahr bei. Insgesamt betrug die Zahl der Zwangsarbeiter und Kriegsgefangenen beim REIMAHG-Werk in Kahla vermutlich mindestens 13. – 14.000 Männer, Frauen, Kinder und Jugendliche, bei den Nebenwerken mindestens 1.500 bis 2.000 (davon mehr als die Hälfte Polen, einige hundert „Ostarbeiter“ und eine kleinere Zahl Zwangsarbeiter anderer Nationalitäten). Einzelne Schätzungen gehen von 15. – 18.000, möglicherweise gar über 20.000 Zwangsarbeitern allein beim Hauptwerk aus, es gibt aber keine Belege, die dies bestätigen.

Eine der größten Gruppen unter den Zwangsarbeitern des Hauptwerkes bildeten die Italiener, vermutlich 3.300 – 3.500 Männer und männliche Jugendliche sowie einige Dutzend Frauen und Kinder. Einige hundert waren Italienische Militärinternierte (IMI), die Mehrzahl aber Zivilisten. Womöglich noch zahlreicher als die Italiener waren die sowjetischen Zwangsarbeiter, schätzungsweise 3.300 – 3.700. Vielleicht ein Fünftel bis ein Viertel von ihnen waren Frauen und Kinder. Neben einigen wenigen ehemaligen Kriegsgefangenen überwogen auch bei ihnen die Zivildeportierten. Die Zahl der polnischen Zwangsarbeiter beim Hauptwerk lag bei mindestens 1.200, wahrscheinlich eher rund 1.500, davon gut 20



Prozent Frauen und Kinder. Bei den gut 1.400 slowakischen Kriegsgefangenen, die für die REIMAHG arbeiten mussten, handelte es sich ausschließlich um Männer. Sie unterstanden organisatorisch weiterhin dem Stammlager IX C in Bad Sulza und tauchen in den REIMAHG-Meldeunterlagen und Lohnlisten nicht auf. Westeuropäer bildeten eine Minderheit. Weit über die Hälfte, mindestens 1.300 – 1.600, vielleicht auch bis zu 1.800, stammten aus Belgien, dazu kamen vermutlich 500 – 700 Franzosen. Angehörige beider Nationalitäten arbeiteten in großer Zahl in der anlaufenden Flugzeugfertigung, weibliche Zwangsarbeiter aus diesen Ländern sind nur wenige belegt. Außer Belgiern und Franzosen setzte die REIMAHG etwa 100 – 150 Niederländer ein. Zu den genannten Nationalitäten kamen einige Personen aus dem Baltikum, Bulgarien, Jugoslawien, Rumänien, Spanien und Tschechien.

Für einige Zwangsarbeiter war die REIMAHG nur eine Station auf ihrem zumeist leidvollen Weg durch die Lager und Einsatzorte. So kam eine Anzahl Zwangsarbeiter, besonders einige in der Flugzeugmontage eingesetzten, aus Werken der AGO. Andere hatten zuvor in den Gustloff-Werken gearbeitet, einige auch in Jena oder anderen Städten. Allein von Carl Zeiss, Jena wurden sowohl Polen als auch Belgier, Franzosen, Italiener, Niederländer und Tschechen zur REIMAHG überstellt. In den meisten Fällen bedeutete diese Versetzung eine deutliche Wendung zum Schlechteren. Ein Sonderfall stellten etwa 60 oder mehr Niederländer und möglicherweise eine Anzahl Franzosen dar. Sie waren zuvor Häftlinge des KZ-Buchenwald gewesen, wurden Ende 1944 pro forma aus der Haft entlassen und als zivile Zwangsarbeiter zur REIMAHG ins Lager E überstellt. Laut mehreren Berichten waren die Bedingungen für sie dort noch schlechter als im KZ. Auch einige Italiener waren zumindest kurzzeitig in Dachau oder Buchenwald in Haft gewesen, die ehemaligen IMI befanden sich mehrheitlich wohl seit September 1943 in deutscher Gefangenschaft. Der größte Teil der REIMAHG-Zwangsarbeiter aber gehörten zu jenen, die erst in der letzten Kriegsphase



und unter extremer Gewaltanwendung verschleppt wurden. Dies galt besonders für jene aus Osteuropa und Italien.

Sowohl ein Teil der Polen als auch viele Russen, Weißrussen und Ukrainer waren entweder beim deutschen Rückzug zwangsweise und unter Androhung der Todesstrafe evakuiert und in die Zwangsarbeit verschleppt worden, oder wurde bei Großaktionen zur Partisanenbekämpfung gefangengenommen. Die deutsche Strategie richtete sich dabei niemals nur gegen bewaffnete Gegner. Dörfer wurden geplündert und niedergebrannt, Zivilisten kollektiv als verdächtig deklariert und zu tausenden als Zwangsarbeiter verschleppt oder gleich ermordet. Einige REIMAHG-Zwangsarbeiter verloren auf diese Weise ihren Besitz, Zuhause, Angehörige oder Bekannte. Ähnliche Erfahrungen machten zahlreiche Einwohner Warschaus, von denen wahrscheinlich einige hundert in den Haupt- und Nebenwerken der REIMAHG arbeiten mussten. Sie wurden im Zuge der Niederschlagung des Warschauer Aufstandes der polnischen Heimatarmee im August bis Oktober 1944 gefangen genommen und deportiert. Die Deutschen und ihre Verbündeten ermordeten während des Aufstandes etwa 180. – 225.000 Polen und verschleppten mehr als 150.000 in Konzentrations- und Zwangsarbeiterlager. Nahezu zeitgleich gingen deutsche und mit ihnen verbündete Truppen in der Slowakei gegen einen Aufstandsversuch vor, der sich gegen das „Dritte Reich“ und das ihm hörige slowakische Regime von Jozef Tiso richtete. Auch in diesem Fall wurden tausende Menschen ermordet oder verschleppt, die gefangengenommenen aufständischen Soldaten und Partisanen mussten Zwangsarbeit leisten. Formal galten sie nicht als Kriegsgefangene, sondern als Militärinternierte, wurden aber vielfach sehr schlecht behandelt. Rund 1.400 von ihnen kamen über das Stammlager IX C Bad Sulza zur REIMAHG.



Búri, Štefan

* 30.7.1918 Nová Baňa, Slowakei

Štefan Búri stammte aus einer armen Familie und musste frühzeitig für Mutter und Schwester sorgen. Er erlernte das Malerhandwerk. Nachdem er bereits ab Mitte der 1930er Kontakte zur kommunistischen Bewegung geknüpft hatte, unterstützte er deren konspirative Arbeit während des Zweiten Weltkrieges, ohne Parteimitglied zu sein. Štefan nahm ab August 1944 am Slowakischen Nationalaufstand teil und wurde Anfang Oktober bei Badín von der Wehrmacht gefangengenommen. Unter katastrophalen Bedingungen wurde er über Wien ins Stammlager IX C Bad Sulza transportiert, von dort vermutlich im Verlauf des Novembers in das Kriegsgefangenenlager Kleindembach. Das Quartier, eine ehemalige Porzellanfabrik, war vollkommen überbelegt. Zusammen mit der Mehrzahl seiner Kameraden musste Štefan fortan für die REIMAHG bei vollkommen unzureichender Versorgung auf dem Walpersberg Bauarbeiten verrichten. Misshandlungen waren an der Tagesordnung, Gefangene wurden unter nichtigen Vorwänden erschossen. Ab Dezember 1944 starb eine wachsende Zahl an Hunger, Erschöpfung und Krankheiten. Štefan überlebte auch dank der Hilfe und Fürsprache einzelner Deutscher zwei Arreststrafen. In der zweiten Aprilwoche 1945 wurden die noch marschfähigen Gefangenen in mehreren Kolonnen unter Bewachung Richtung Tschechien/Österreich getrieben. Wer nicht mehr weiter konnte, wurde erschossen. In Hof (Saale) gelang Štefan während eines Luftangriffs die Flucht, er schlug sich auf eigene Faust nach Hause durch.

In den meisten Fällen wurden die osteuropäischen Zwangsarbeiter und die Slowaken für die oft tagelange Fahrt in Güteroder Viehwaggons gepfercht und durften diese selten oder gar nicht verlassen. Die Waggons waren zumeist



vollkommen überfüllt, als Toilette stand günstigenfalls ein Loch im Boden zur Verfügung, vielfach nicht einmal das. So musste Kot in Papier gewickelt und aus dem Fenster geworfen werden, Urin durch Ritzen im Boden ablaufen. Der Gestank in den Wagen war unbeschreiblich. Im Winter gab es keine Heizung, im Sommer keine ausreichende Lüftung. Essen und Wasser wurde nur in einigen wenigen Fällen halbwegs regelmäßig ausgeteilt. Bei Fluchtversuchen kam es wiederholt vor, dass erbarmungslos das Feuer eröffnet wurde. Viele Zivilzwangsarbeiter wurden durch das Ausländererfassungslager Erfurt geschleust, wo sie fotografiert, registriert und zum Teil medizinisch untersucht wurden, bevor man sie auf die Einsatzorte verteilte. Bereits die Durchgangslager waren vielfach verdreckt und voller Ungeziefer. Es war zwar nicht beabsichtigt, doch die Widerstandskraft der Deportierten wurde so bereits vor Beginn ihres Zwangsarbeitseinsatzes deutlich geschwächt. Spätestens jetzt hatten die meisten von ihnen gelernt, dass die Deutschen sie mit einer Mischung aus Gewalt, Verachtung und Gleichgültigkeit gegenüber ihrem weiteren Schicksal behandelten.

Die Bedingungen, unter denen die westeuropäischen Zwangsarbeiter der REIMAHG erfasst und deportiert wurden, unterschieden sich von diesen Erfahrungen in einigen Punkten. „Reguläre“ westeuropäische Zwangsarbeiter wurden in Folge der „Rassehierarchie“, die das Verhalten des NS-Regimes und vieler Deutscher prägte, normalerweise besser behandelt und bezahlt als Polen und Sowjetbürger, und hatten deshalb deutlich höhere Überlebenschancen. So war das Schicksal der früheren AGO-Zwangsarbeiter anscheinend halbwegs erträglich gewesen, bevor man sie zur REIMAHG verlegte. Die Belgier, Franzosen und Niederländer der Betriebsgruppe waren zumeist nicht im Zuge von Kampfhandlungen deportiert worden. Ein Teil hatte sich vermutlich „freiwillig“ gemeldet, da Arbeit für die Besatzer eine der wenigen Möglichkeiten bedeutete, ausreichend Geld und Lebensmittel zu erhalten. Andere waren dienstverpflichtet worden oder



wurden strafweise zur REIMAHG geschickt, weil sie sich der Arbeit für die Deutschen hatten entziehen wollen. Einige verhaftete man bei Razzien, die als Vergeltung für Aktionen des einheimischen Widerstandes erfolgten, doch gingen die Besatzer in Westeuropa selten so brutal vor wie in der Sowjetunion und Polen. Infolge dessen waren nur wenige Westeuropäer bereits vor ihrer Ankunft bei der REIMAHG misshandelt worden oder hatten längere Zeit Not gelitten. Sie hatten auch bessere Möglichkeiten, potenziell lebensrettende Tauschwaren wie etwa Tabak mitzunehmen. Ihr Transport erfolgte zumindest in einem Teil der Fälle mit Personenwaggons, die Fahrtzeit war deutlich kürzer als für die Osteuropäer und die Betreuung alles in allem etwas besser. Allerdings drohte auch ihnen bei Fluchtversuchen der Tod. Das Schicksal der „freigelassenen“ KZ-Häftlinge bei der REIMAHG unterschied sich deutlich von dem der Zivildeportierten. Sie hatten in den Monaten ihres Aufenthaltes in Buchenwald zum Teil in besonders schlechten Arbeitskommandos wie etwa im Steinbruch arbeiten müssen, und hatten ihre Erfahrungen mit der im Lager herrschenden Brutalität gemacht.

Die Situation der Italiener als Bürger eines formell mit Nazideutschland verbündeten Staates war eine besondere. Vor dem am 8. September 1943 in Kraft tretenden Waffenstillstand zwischen den Alliierten und der neuen italienischen Regierung, die nach dem Sturz des faschistischen Diktators Benito Mussolini eingesetzt worden war, hatten mehrere hunderttausend italienische Zivilisten im Deutschen Reich gearbeitet. Sie waren zumeist gut behandelt worden und nicht als Zwangsarbeiter anzusehen. Die italienische Kapitulation änderte dies dramatisch. Sie, und ebenso die Italiener die später nach Deutschland kamen, wurden in ihrer Bewegungsfreiheit nun drastisch eingeschränkt, Behandlung und Versorgung verschlechterten sich zumeist deutlich. Die Italiener wurden von vielen Deutschen als „Veräter“ beschimpft und schikaniert, was in Misshandlungen gipfeln konnte. Ähnlich schlecht erging es den italienischen



Soldaten, die von der Wehrmacht nach der Kapitulation ihrer Regierung interniert wurden, wobei die Deutschen mehrere tausend Gefangene ermordeten. Zwar galten die Soldaten nicht als Kriegsgefangene, ein Entgegenkommen gegenüber dem von den Deutschen eingesetzten Marionettenregime der faschistischen Republik von Salò unter Mussolini. Doch die IMI wurden vielfach vollkommen unzureichend versorgt und mit äußerster Brutalität behandelt. Diese Haltung wurde von nicht wenigen deutschen Zivilisten unterstützt und bestand trotz anderslautender offizieller Anweisungen vielfach bis Kriegsende fort. Das deutsche Auftreten gegenüber den Italienern wurde zum Ventil der Frustration über die sich abzeichnende Niederlage, für die die Italiener als Sündenböcke herhalten mussten. Zugleich ging die Wehrmacht in Italien überaus brutal gegen jeden tatsächlichen und vermeintlichen Widerstand vor. Gleichzeitig eskalierte der Kampf zwischen faschistischen und antifaschistischen Italienern. Einige der Italiener bei der REIMAHG hatten sich vermutlich auf Anweisung der italienischen Behörden zum Arbeitsdienst gemeldet, weil sie den Gang in die Illegalität scheuten. Viele andere aber wurden im Zuge von großangelegten und oft von Übergriffen und Morden begleiteten Razzien verhaftet, mit denen die Besatzer ihr Hinterland „sicherten“ und, wie sie es selber ausdrückten, neue Sklaven jagten. Manche Männer wurden direkt vom Feld weggeholt oder aus ihren Häusern verschleppt, ohne Möglichkeit, sich für den monatelangen Einsatz im Ausland vorzubereiten. Die Transportbedingungen ähnelten vielfach denen der Osteuropäer, doch war ihr Weg nach Deutschland deutlich kürzer. Erste Erfahrungen mit dem brutalen Auftreten der Deutschen, aber auch Begegnungen mit vollkommen abgemagerten und zerlumpten Zwangsarbeitern anderer Nationalität gaben einen düsteren Ausblick, was sie im Land des „Verbündeten“ erwartete.



Wo sie leben mussten

Anders als die deutschen Beschäftigten musste die Mehrzahl der ausländischen Arbeitskräfte der REIMAHG in Lagern leben. Nur ein kleiner Teil konnte, mitunter gemeinsam mit ihren Angehörigen, zur Untermiete in deutschen Privathaushalten, Gästezimmern von Hotels und Herbergen wohnen. Binnen eines halben Jahres entstand ein Mikrokosmos aus Lagern im näheren und weiteren Umkreis um den Walpersberg, so dass die Bevölkerung der Region sich praktisch verdoppelte. Bezüglich Aufbau und Funktion lassen sich bei der REIMAHG mehrere Lagertypen unterscheiden.

In großer Zahl wurden bereits bestehende Massivbauten, vor allem Gasthöfe, zu Lagern umfunktioniert. Dies geschah oft überhastet, mitunter auch nur zeitweilig, so dass die folgende Liste nicht unbedingt vollständig ist. Die Quartiere waren zwar meist in relativ gutem baulichen Zustand, doch oft vollkommen überbelegt und die sanitären Einrichtungen für so viele Insassen völlig unzureichend.

Name, Aufbau, Lage	Insassenzahl und Nationalitäten	Anmerkungen
Rosengarten, Saal der Gaststätte, Kahla	August 1944 600 Insassen, hier viele Italiener.	Erstes REIMAHG-Lager, diente bereits zuvor als Lager. Ihm unterstanden u. a. die Lager Bibra, Rieseneck, Thüringer Hof und Großpürschütz.
Thüringer Hof, Gaststätte, Kahla	Ca. 200 – 300 Insassen.	Bereits zuvor als Lager genutzt, unterstand Lager Rosengarten.
(Zum) Schwan, Saal und zwei Gaststuben, Freienorla	180 Insassen im November 1944.	Eigens Abortbaracke errichtet, unterstand Lager Stern.



Bezeichnung unbekannt, Gaststätte Goldener Hirsch, Hummelshain	Ca. 85 Insassen, vermutlich zumeist „Ostarbeiter“.	Wohl nur beim Aufbau des Betriebskrankenhauses belegt, Spätsommer 1944.
Betriebskrankenhaus Hummelshain, Neues Schloss, Hummelshain	Vermutlich nur einige wenige ab Ende 1944.	Quartier eines Teils des medizinischen Personals, auch Zwangsarbeiter.
Stern, Gasthaus, Orlamünde, Saal und Zimmer	Keine Details bekannt.	Ihm unterstanden die Lager in Freienorla, Zeutsch, Rathaus Orlamünde und Niederkrossen.
Gaststätte Saaletal o. Saaletallager, Gaststätte, Orlamünde	Keine Details bekannt.	
Zum Schützenhaus, Gaststätte, Orlamünde	Keine Details bekannt.	
Rathaus Orlamünde	Verm. vor allem „Ostarbeiter“.	Unterstand Lager Stern.
Grüne Linde, Gaststätte, Zeutsch, Saal 1. Stock	Verm. vor allem „Ostarbeiter“.	Unterstand Lager Stern.
Niederkrossen, Gaststätte, Niederkrossen	Geschätzt 200 – 250, zumeist „Ostarbeiter“, zeitweilig auch Italiener.	Unterstand Lager Stern.
Rothenstein, öffentliches Gebäude, Rothenstein	Verm. zumeist „Ostarbeiter“.	Unterstand Zeltlager Bibra.
Bibra, Gasthaus, Bibra	Verm. zumeist „Ostarbeiter“.	Unterstand Lager Rosengarten.
Großpüschütz, Baracke o. Scheune neben Gasthaus, Großpüschütz	Vor allem Westeuropäer, aber auch Italiener, ca. 100 – 150 Insassen.	Unterstand Lager Rosengarten.



Stern, Naschhausen	Keine Details bekannt.	
Gumperda, Saal, Gumperda	Geschätzt bis zu 250 Insassen.	Unterstand Zeltlager Bibra.
Rieseneck, Gaststätte, Kleineutersdorf	Zunächst wohl ca. 50 zumeist westeuropäische Insassen, später etwa 100 Italiener.	Unterstand Lager Rosengarten.
Jägersdorf, Saal, Jägersdorf	Zeitweilig 100 – 200 Insassen, überwiegend Belgier, ab Juli 1944 viele „Ostarbeiter“ und Italiener, einige Belgier, Franzosen, Polen.	
Kleindembach, ehemalige Porzellanfabrik, Kleindembach	Zunächst 100 – 300 Belgier, verm. ab November 1944 1.400 slowakische Kriegsgefangene.	Bereits zuvor als Lager genutzt. Die Sterblichkeit unter den Slowaken war sehr hoch.

Die Massivbaulager überwogen zwar zahlenmäßig, doch mit Ausnahme der Lager Kleindembach und Rosengarten waren sie nur von kleinerer bis mittlerer Größe. Spätestens ab Herbst 1944 war die Mehrzahl der REIMAHG-Zwangsarbeiter in Baracken untergebracht, der Bau weiterer Barackenquartiere setzte sich bis Kriegsende fort. Wie das gesamte Baugeschehen fand der Lagerbau unter hohem Zeitdruck statt, was sich auf die Bauqualität auswirkte. Oft wurde mit der Nutzung begonnen, lange bevor die Arbeiten abgeschlossen waren. Trinkwasserversorgung, ausreichend feste Quartiere, angemessene Sanitäreinrichtungen – all dies war in den Augen der Verantwortlichen nachrangig, wenn man nur die Ausländer schnell irgendwie unterbringen und zur Zwangsarbeit einsetzen konnte. Bereits im August 1944 warnte der zuständige Arzt, die herrschenden Bedingungen würden mit Einbruch der kalten Jahreszeit auf eine Katastrophe zusteu-



ern. Die Probleme wurden jedoch nicht nur nicht abgestellt, stattdessen wurden übereilt mit den Lagern im Leubengrund und Lager E fünf weitere Massenquartiere geschaffen. Bei Jahresende 1945 nutzte die REIMAHG fünf Barackenlager im Umfeld des Walpersberges und vier im Leubengrund. Besonders in den neuen Lagern VII und E bewahrheitete sich die Voraussage vom Sommer in schrecklicher Art und Weise.

Name, Aufbau, Lage	Insassenzahl und Nationalitäten	Anmerkungen
Lager I, angelegt als Lager mit über 20 Gebäuden, Parnitzberg bei Kahla	Rund 1.000 Insassen, zumeist Italiener, aber auch Belgier u. andere.	Erstes Barackenlager der REIMAHG, Standort einer von drei Großküchen.
Lager II, insgesamt ca. 30 Gebäude, Dehnatal bei Großeutersdorf	Rund 1.000 Insassen, darunter Frauen u. Kinder, hier vor allem Polen u. „Ostarbeiter“.	Standort einer Großküche und Entlausungsbaracke, die Krankenbaracke nahm auch Patienten anderer Lager auf.
Lager III, ca. 25 Gebäude geplant, rund 1 Kilometer südwestlich von Lager II	Rund 1.000 Insassen, darunter Frauen u. Kinder, vor allem Polen u. „Ostarbeiter“, aber auch etliche Italiener u. einige Belgier.	Relativ früh errichtet.
Lager IV, Leubengrund (Taleingang)	Ca. 400 – 450 Insassen, Polen u. „Ostarbeiter“ (auch Familien), Niederländer, Franzosen, einige Belgier.	Ab Ende August errichtet, Insassen vor allem Angehörige der Produktionsabteilung.
Lager V, acht Wohnbaracken und drei Sanitärgebäude, Leubengrund	Geschätzt 400 – 500 Männer, 300 Frauen, Polen, Italiener, „Ostarbeiter“ u. einige Belgier.	Ab Ende August errichtet, Insassen vor allem Angehörige der Produktionsabteilung.



Lager VI, einige wenige Baracken, Leubengrund	Etwa 200 Männer, Italiener, Belgier, Polen, Franzosen u. „Ostarbeiter“.	Ab Ende August errichtet, Insassen wohl zumeist Angehörige der Produktionsabteilung.
Lager VII, verm. bis zu 30 Baracken, Leubengrund (unterhalb Linzmühle)	Im November 1944 800 – 900, später vermutlich bis zu 2.000 Insassen, vor allem Italiener u. Belgier, aber auch Franzosen u. „Ostarbeiter“.	Ab Ende August errichtet, Insassen in der Mehrheit Bauarbeiter. Diente bei Kriegsende zum Teil als Krankenlager, eines der Lager mit der höchsten Sterblichkeit.
Lager VIII o. Zeltlager (Bibra), zunächst Zelte, später schrittweise durch Gebäude ersetzt, bei Bibra	Vermutlich ca. 1.000 Insassen, vor allem „Ostarbeiter“, aber auch Italiener u. Polen.	Relativ früh errichtet. Ihm unterstanden die Lager in Rothenstein und Gumperda.
Lager E, ca. 20 Gebäude, bei Eichenberg	Verm. 1.500 Insassen, eventuell mehr, viele Belgier, aber auch Polen, Italiener, „Ostarbeiter“ sowie Franzosen u. Niederländer.	Ab Ende August errichtet, Insassen in der Mehrheit Bauarbeiter. War eines der Lager mit der höchsten Sterblichkeit.

Die Belegung eines Lagers war dabei nicht statisch oder konstant. Da mit der Nutzung zum Teil bereits während des Aufbaus begonnen wurde, stieg die Zahl der Insassen im Zuge des Baufortschritts nichts selten erheblich. Auch die nationale Zusammensetzung der Insassen konnte sich ändern, so war etwa Lager E Ende 1944 Sammelpunkt für viele belgische Insassen anderer Lager.

Teil des Lagersystems und doch von ihm getrennt waren einige Sonderfälle. So ist belegt, dass zumindest im Sommer 1944 Zwangsarbeiter der Bauabteilung auch der Produktionsabteilung über einige Wochen oder länger in den Stollen des



Walpersberges schlafen mussten. Diese Quartiere hatten anscheinend keine offizielle Bezeichnung oder Verwaltung. Da selbst die Unterbringung deutscher Jugendlicher in den Stollen Anfang 1945 unter zum Teil sehr unbequemen Umständen erfolgte, lässt sich ausmalen, was für Zustände herrschten, als es noch keine Heizung, Wasserversorgung und sanitäre Einrichtungen gab.

Zur Unterbringung besonders der ausländischen Wachleute diente das aus zwei bis drei Baracken bestehende „Werkschuttlager“ bei Großbeutersdorf rechts der Bahnlinie Kahla/Orlamünde. Interessanterweise waren einige Wachleute zeitweilig in Weimar einquartiert, in einem Lager des Reichsarbeitsdienstes, dem Lager „Armbrust“ und dem Kreishaus Weimar.

Die REIMAHG unterhielt zudem nacheinander zwei Straflager am Walpersberg. Das erste, „Lager O“, lag laut Berichten in der Umgebung von Bibra und bestand aus einigen mit Stacheldraht umzäunten Zelten. Später übernahm ein Stollengefängnis, auch bezeichnet als Bunker oder SS-Gefängnis, seine Aufgabe. Es lag vermutlich an der Südseite des Berges. Die Insassen wurden für oft geringfügige „Vergehen“ für eine Woche, zum Teil auch deutlich länger ins Straflager überwiesen und dort von den SS-Wachen erbarmungslos misshandelt, schikaniert und zu schwerster Zwangsarbeit herangezogen. Wer überlebte, kehrte zumeist in sein altes Lager zurück. Wahrscheinlich durchliefen einige hundert Gefangene diese Straflager.



Zwangsarbeit für das „Dritte Reich“

Zwangsarbeit war für die ausländischen Zivildeportierten und Kriegsgefangenen bei der REIMAHG weit mehr als nur eine aufgezwungene Tätigkeit. Welche Arbeit man zugeteilt bekam, wie gut man diese in den Augen der Vorgesetzten erledigte und wie diese sich verhielten, war eine Frage von Leben und Tod. Die meisten Zwangsarbeiter verbrachten mehr als die Hälfte des Tages mit Arbeit und dem Weg zum und vom Einsatzort. Bei ihrem Einsatz wurde nur selten auf die körperliche Verfassung und mögliche Vorkenntnisse Rücksicht genommen. Waren ursprünglich für die Bauarbeiten drei achtstündige Schichten pro Tag geplant gewesen, ging man davon schnell wieder ab. Die normale Arbeitszeit betrug zumeist zehn bis elf, oft auch zwölf oder mehr Stunden, wobei zumeist nur ein oder zwei Sonntage pro Monat arbeitsfrei waren. Zwar wurde Ende 1944 aus Tarnungsgründen oder weil angesichts der großen Zahl an Zwangsarbeitern das Aufsichtspersonal nicht ausreichte die oberirdische Nachtarbeit eingeschränkt. Vor allem im Stollenbau wurde der Schichtbetrieb aber fortgesetzt. Die Ausländer waren nur zum Teil dauerhaft einem Kommando zugeteilt, so dass man mal leichte Handwerksarbeit in einem „guten“ Kommando verrichtete, mal unter den Schlägen des Vorgesetzten Schienen oder Zementsäcke schleppen musste. Mitunter vollzog sich die Einteilung nach einem Ritual, das die Ausländer an einen antiken Sklavenmarkt erinnerte. Vertreter der bei der REIMAHG tätigen Firmen bestimmten nach kurzer Musterung, zum Teil auch nach prüfendem Abtasten, wen sie für ihr Kommando wollten. Die Zwangsarbeiter hatten auf ihre Einteilung geringen Einfluss, abgesehen davon, dass sie versuchten mal stärker, mal schwächer zu erscheinen, je nachdem wie sie den „Arbeitgeber“ einschätzten. Zu Identifikationszwe-



cken wurden vielfach Marken ausgegeben. Ein Großteil der Zwangsarbeiter, um den Jahreswechsel vermutlich 8. – 9.000, gehörte zum Baukommando, das die Bezeichnung „Ost“ trug, wobei die Nationalität anscheinend kaum eine Rolle für die Einteilung spielte.

Der Arbeitstag der Tagschicht begann meist zwischen vier und sechs Uhr. Das Wecken durch Wachmannschaften und Lagerpersonal vollzog sich unter Geschrei, Piffen, Schlägen gegen die Fenster und Wände der Zwangsarbeiterquartiere. Mitunter wurden vermeintliche Nachzügler verprügelt, mit kaltem Wasser übergossen oder Hunde auf sie gehetzt. Einen regulären Appell gab es nur in wenigen Lagern. Nach dem Aufstehen blieb meist nur Zeit für ein kurzes Frühstück, bestehend aus Kaffee oder etwas Suppe. Dann begann der Marsch zum Arbeitsplatz, was je nach Lager oft eine Strecke von mehreren Kilometern bedeutete, bei Wind und Wetter und mit oft miserablen Schuhwerk, vielfach in bewachten Kolonnen. Wer zurückblieb, dem drohten Schläge. Am Einsatzort übernahmen die Politischen Leiter und zivile Vorgesetzte, die Meister, das Kommando. Die Zwangsarbeiter mussten ihre Ausweise abgeben, was ein unerlaubtes Entfernen erschwerte – wer ohne Ausweis angetroffen wurde, riskierte Bestrafung. Die Arbeit vollzog sich teils in Kolonnen, teils in kleinen Gruppen, die nicht selten einen „internationalen Charakter“ hatten. Besonders in den letzten Kriegsmonaten gab es pro Schicht nur eine halbstündige Pause. Tag- und Nachtschichten wechselten in Intervallen zwischen einer Woche und einem Monat. Feststehende Normen gab es selten und sie ließen sich wohl auch nur schlecht kontrollieren, doch die deutschen und ausländischen Vorgesetzten konnten jederzeit für „unzureichende“ Leistungen die Ration für den Folgetag halbieren oder ganz streichen lassen. Dafür mussten sie nur die Essenmarken, die bei Arbeitsende ausgegeben wurden, halbieren oder einbehalten. Da es quasi keine Beschwerde- und Kontrollinstanzen gab, war der Willkür und vermutlich auch der Korruption Tür und Tor geöffnet. Der Rückmarsch vollzog sich



oft in kleinen Gruppen, die erschöpften Männer und Frauen wollten vielfach einfach nur noch ins Lager, um sich dort für das Abendessen anzustellen und dann schlafen zu gehen. Es scheint nicht, als ob sich der Arbeitsalltag eines West- von dem eines Osteuropäers oder Italieners unterschied, wenn sie zum gleichen Kommando gehörten. Auch Frauen und Jugendliche mussten vielfach in den Stollen sowie bei schweren Verlade- und Erdarbeiten schuften. Eine Ausbildung für qualifizierte Tätigkeiten fand nur in Ausnahmefällen statt. Normalerweise wurde, wie Vertreter der REIMAHG anlässlich einer Inspektion zur erheblichen Verwunderung des Besuchers erklärten, darauf gesetzt, dass der Arbeitsprozess die Zugeteilten schon zwingen würde, ihre Aufgaben ordnungsgemäß durchzuführen. Auf Sicherheitsstandards wurde wenig Rücksicht genommen, Schutzausrüstung gab es kaum. Vor allem beim Stollenbau ereigneten sich immer wieder schwere Unglücksfälle. Deckenabbrüche, Stromschläge und andere Unfälle töteten und verstümmelten zahlreiche Zwangsarbeiter, nur ein Bruchteil der Vorfälle wurde amtlich gemeldet.

In seinen Reden hatte sich Sauckel dafür ausgesprochen, dass die ausländischen Arbeitskräfte streng aber korrekt behandelt werden sollten. Statt Geschrei und Misshandlungen sollte eher auf Erklärungen und Vorbildfunktion gesetzt werden, gute Arbeiter dürften nicht schlecht behandelt werden. Er entwertet diese Aussprüche freilich sofort wieder, indem er das Überlegenheitsgefühl der Deutschen und unterschwellige Ängste vor den Ausländern schürte. Die Maxime „streng aber gerecht“ entsprach der Verordnungswirklichkeit im vorletzten und letzten Kriegsjahr. Misshandlungen von Zwangsarbeitern und Kriegsgefangenen waren untersagt. Die Wahrheit freilich sah ganz anders aus. Rassistische Vorurteile und Geringschätzung gegenüber den Rechten der Ausländer waren weit verbreitet und Misshandlungen namentlich der „Ostarbeiter“, Polen und Italiener geradezu endemisch zu nennen. Bestraft wurden die Übergriffe generell nur sehr milde, wenn überhaupt.



Das war bei der REIMAHG nicht anders. Zwar gab es Vorgesetzte, die sich an den Wortlaut der Vorschriften hielten oder gar zugunsten der Zwangsarbeiter darüber hinausgingen. Sie sahen weg, wenn die Arbeiter zusätzliche Pausen machten, gebärdeten sich nur dann verbal als Antreiber, wenn andere Deutsche in der Nähe waren, und versuchten ihren Untergebenen zu helfen. Es waren meist kleine Gesten – ein freundliches Wort, das Mut machen sollte, eine Zigarette, eine Schnitte Brot – doch für die Zwangsarbeiter bedeuteten sie viel. Vor allem einige ältere Vorgesetzte verhielten sich menschlich, einzelne von ihnen waren selber im Ersten Weltkrieg Gefangene gewesen. Mitunter war das Verhältnis geradezu freundschaftlich zu nennen. Dies waren jedoch Ausnahmen, und solche Vorgesetzten mussten achtgeben, dass ihr Verhalten nicht auffiel. Viele Aufsichtspersonen trieben ihre Untergebenen hingegen mit Flüchen, Fußtritten und Schlägen mit der Faust, Knüppeln und Peitschen an. Schon kleinste „Regelverstöße“, ein falscher Blick, ein Fehler bei der Arbeit konnten schwere Misshandlungen „provozieren“. Zwar wurde nicht jeder Zwangsarbeiter der REIMAHG-Opfer oder auch nur Zeuge von Übergriffen, für viele sowjetische, polnische und italienische Deportierte ebenso wie die slowakischen Kriegsgefangenen waren sie jedoch Teil des Alltags. Unter den Italienern kursierten bezeichnende Spitznamen für einige Vorgesetzte: „Bestie“, „Besessener“ oder „Terror-Kolonnenführer Gift“. Auch Westeuropäer konnten brutal misshandelt werden, doch geschah dies anscheinend etwas seltener. Das Klima der Angst vor Essensentzug und Gewalt war wohl nicht bis ins letzte von höchster Stelle aus angeordnet worden, hatte aber zweifellos System. Der Druck auf schnellste Fertigstellung und Höchstleistungen, der systematisch aufgebaut wurde, musste unter den Rahmenbedingungen und nach inzwischen fünf Jahren des Zwangsarbeitereinsatzes im „Dritten Reich“ fast zwangsläufig schreckliche Konsequenzen haben. Da ein großer Teil der Zwangsarbeiter in den Augen vieler Deutsche



sowieso als „Untermenschen“, „Verräter“ oder „Kriminelle“ galten und ihre Rechte kaum geschützt waren, bedurfte es nur der geringen, eher unausgesprochenen „Ermutigung“, damit viele Kolonnenführer, Politische Leiter und Meister mit äußerster Brutalität vorgingen. Die Verantwortung dafür ist auf allen Ebenen zu suchen, denn auch wenn die Leitung der REIMAHG, insbesondere Fritz Sauckel, die Rahmenbedingungen schuf, lag es in ganz erheblichem Ausmaß in der Hand des Einzelnen, wie er konkret auftrat. Ein simpler Verzicht auf Übergriffe und Schikanen hätte für niemanden Nachteile oder gar ein echtes Risiko bedeutet.

Die Zwangsarbeiter, die in der Produktionsabteilung die Flugzeugfertigung übernehmen sollten, gehörten, ebenfalls ungeachtet ihrer Nationalität, zur Abteilung „West“. Die Zahl der deutschen Arbeiter war hier etwas höher als bei den Bauarbeiten, doch zwei Drittel bis drei Viertel der Beschäftigten waren Zwangsarbeiter, zum Teil „Veteranen“, die zuvor bei der AGO arbeiten mussten. Andere waren bei den Gustloff-Werken angelernt worden, doch vielfach wurden auch Frauen und Männer ohne Fachkenntnis eingeteilt. Dies hätte zu einer hohen Fehlerquote geführt, wäre die Massenfertigung je angelaufen. Es hat den Anschein, als ob die Angehörigen des Kommandos „West“ etwas besser behandelt wurden als die Bauarbeiter. Misshandlungen oder Kürzung der Rationen kamen deutlich seltener vor, einige Vorgesetzte griffen zugunsten der Arbeiter ein. Allerdings vollzogen sich das Wecken und der Marsch zur Arbeit oft unter ähnlichen Bedingungen wie für die Bauarbeiter, nur eine Minderheit der Produktionsarbeiter wurde gefahren. Im Einsatz wurde Präzision erwartet, und einige Aufgaben wie der Transport von Material waren körperlich anstrengend. Wenigstens waren die Arbeiter vor der Witterung geschützt, da sie in Bunkern oder Stollen eingesetzt wurden. Allerdings war die Luft oft schlecht und die Arbeitssicherheit mangelhaft.

Einige Gruppen von Zwangsarbeitern lassen sich nicht ohne weiteres einem der Hauptkommandos zuordnen. Dies



galt etwa für die sogenannte Lagerkolonne. Zu ihr müssen neben Küchen- und Reinigungspersonal auch Angehörige der Lagerverwaltung, Lagerhandwerker, Angehörige des medizinischen Pflegepersonals, Friseure und Aufsichtspersonal für die Kleinkinder unter den Deportierten gezählt werden, insgesamt vermutlich hunderte Männer und Frauen. Sie arbeiteten zehn Stunden täglich oder mehr, doch waren ihre Aufgaben meist körperlich nicht so anstrengend wie Bauarbeiten. Nicht jeder kam im eigenen Lager zum Einsatz, so dass einige täglich lange Fußmärsche zu bewältigen hatten. Auf der anderen Seite waren sie besser vor der Witterung geschützt und hatten vielfach die Möglichkeit, frühzeitig zur Essensausgabe vor Ort zu sein oder sich etwas dazuzuverdienen. Auch die Reinigungskräfte für die Fertigungsstellen hatte eine Sonderposition inne. Diese Aufgabe mussten zumeist polnische und sowjetische Frauen übernehmen. Auf Anweisung Fritz Sauckels war ein größeres Kommando für diese Aufgabe geschaffen worden, ein Schreiben vom 26. November 1944 nannte die Zahl von 150 Personen. Sie mussten wie die Bauarbeiter jeden Tag zur Arbeit marschieren und arbeiteten in Schichten bis zu zwölf Stunden unter den schlechten Bedingungen, die in den Stollen herrschten. Ebenfalls als besonderes Kommando muss die Arbeit als Totengräber betrachtet werden. Unter den mehreren Dutzend dafür eingeteilten Zwangsarbeitern waren auch Mädchen im Alter von 15 Jahren. Totengräber bei der REIMAHG zu sein war Schwerstarbeit und bedeutete, dass man nicht selten mit nicht eingesargten, halbverwesten Leichen voller Läuse zu tun hatte.

Demjantschuk-Szalapaj, Antonina (Tonja)

* 13.6.1929 Hodowytschi, Wolhynien, Ukraine

Antonina Demjantschuk lebte mit ihren Eltern, Bruder und Schwester in Wolhynien, das vor dem Zweiten Weltkrieg zu Polen gehörte. 1939 wurde das Gebiet von der Sowjetunion



annektiert, 1941 besetzte die deutsche Wehrmacht ihre Heimat. Das Haus der Familie und ihr ganzer Besitz fiel im Sommer 1944 Artilleriebeschuss von der nahen Front zum Opfer, kurz darauf wurde die Familie deportiert. In stinkenden, überfüllten Waggons kamen sie in der dritten Juliwoche über das Ausländererfassungslager Erfurt nach Kahla in ein Lager der REIMAHG. Obwohl Tonja gerade einmal fünfzehn Jahre alt war, musste sie wie ihre Angehörigen hart arbeiten, mitunter auf dem Feld, als Totengräberin und bei anderen Erdarbeiten. Wie alle Zwangsarbeiter ihres Lagers litt sie unter Hunger und den schlechten hygienischen Bedingungen. Tonja wurde mehrfach Zeugin von Misshandlungen, zahlreiche Gefangene starben vor ihren Augen an Hunger und Krankheiten. Kurz von Ankunft der Amerikaner flohen die Wachmannschaften des Lagers. Tonjas Familie ging mit den amerikanischen Truppen nach Bamberg und entschied sich gegen eine Rückkehr in ihren nun zur UdSSR gehörenden Heimatort. Nach dem Krieg lebte Tonja in England, doch ihr Vater starb früh an den Spätfolgen der Gefangenschaft. Erst 1992 konnte Tonja ihre Heimat wieder besuchen. Sie verarbeitete ihre Erinnerungen an die Gefangenschaft in Gedichten, 2009 wurde Tonja bei den Arbeiten für den Film „Fritz Sauckel. Hitlers Mann in Thüringen“ aus der Reihe „Geschichte Mitteldeutschlands“ am Ort ihres Zwangsarbeitereinsatzes interviewt.

Die große Zahl von Zwangsarbeitern verschiedenster Nationalitäten und das Durcheinander der Kommandos boten mitunter auch gewisse Chancen. Man konnte sich verstecken oder wegschleichen, um der Arbeit zu entgehen oder in den umliegenden Ortschaften nach Lebensmitteln zu suchen. Eine lückenlose Überwachung war den Deutschen und ihren Handlangern nicht möglich, doch jeder Versuch sich der Arbeit zu entziehen bedeutete ein Risiko.



Die deutsche Propaganda sicherte den Zwangsarbeitern der REIMAHG – wie den Zivildeportierten im Deutschen Reich generell – eine angemessene Bezahlung zu. Tatsächlich erhielten Zwangsarbeiter außer den Polen und „Ostarbeitern“ theoretisch denselben Lohn wie Deutsche, zuzüglich der üblichen Zuschläge für Überstunden, Schwerst- und Feiertagsarbeit. Davon wurden bei einer Unterbringung in Lagern ein Betrag für Kost und Logis abgezogen, ebenso Sozialversicherungs- und Steuerbeträge. Natürlich war es eine Absurdität, dass Zwangsarbeiter Beiträge für das Winterhilfswerk, die Deutsche Arbeitsfront etc. zu leisten hatten, und obwohl sie wie Deutsche Sozialabgaben zahlten, profitierten sie so gut wie nie davon. Zudem wurden Überweisungen in die Heimatländer oft zu betrügerischen Wechselkursen abgewickelt. Polen und Sowjetbürger mussten praktisch bis Kriegsende Sonderabgaben leisten. Eine Anzahl REIMAHG-Zwangsarbeiter berichteten, sie hätten niemals oder nur sehr selten Lohn ausgezahlt bekommen. Es gibt Hinweise, dass tausende Reichsmark unterschlagen wurden. Der chaotische Zustand der Verwaltung führte zumindest in einigen Fällen dazu, dass sich die Auszahlung monatelang verzögerte. Lohnunterlagen der REIMAHG sind nur für einen Teil der Angestellten erhalten, vor allem für die ersten drei Monate des Jahres 1945. Laut diesen scheint bei der Betriebsgruppe beim Bruttolohn kaum ein Unterschied zwischen Ost- und Westeuropäern gegolten zu haben, das Lohnniveau schwankte vor allem abhängig von der jeweiligen Aufgabe. Doch auch innerhalb eines „Berufszweiges“ gab es enorme Schwankungen, die sich nicht ohne weiteres erklären lassen. So erhielten Lagerarbeiter nominal zwischen 22 und 70 Pfennig die Stunde. Am schlechtesten wurden minderjährige Zwangsarbeiter bezahlt, in der Mehrzahl Polen, Sowjetbürger und Italiener zwischen zwölf und siebzehn Jahren. Bei einer Arbeitszeit von zehn oder mehr Stunden blieben ihnen am Monatsende oft nicht mehr als 30-40 Reichsmark netto. Erwachsene Lager- und Hilfsarbeiter erhielten meist etwas mehr. Die besten Lohn-



kategorien blieben nahezu ausschließlich Deutschen vorbehalten. Während diese zumeist sieben bis zwölf Prozent Abzüge für Lohnsteuer und Sozialabgabe zu leisten hatten, lag der Betrag bei nichtsowjetischen Zwangsarbeitern deutlich höher, meist über 15 Prozent, vereinzelt bei über einem Viertel. „Ostarbeitern“ wurden fast immer 20 – 25 Prozent vom Lohn abgezogen. Dazu kam für die meisten Ausländer und einige Deutsche ein Abzug von ein bis zwei Reichsmark täglich für Verpflegung und Unterbringung in einem Lager. Verglichen mit der Qualität der Leistungen bei der REIMAHG erscheint dies im Fall der Ausländer deutlich überteuert. Letztlich erhielten die meisten Zwangsarbeiter maximal ein Drittel ihres Lohns netto ausgezahlt. Je nach Arbeitszeit und Überstunden waren dies zumeist 40 – 80 Reichsmark monatlich, mitunter mehr. Der Lohn wurde freilich dadurch entwertet, dass die Zwangsarbeiter sich nur sehr wenige, oft minderwertige Waren auf legalem Wege kaufen konnten, und die Preise für Lebensmittel und Tabak auf dem Schwarzmarkt vor allem gegen Kriegsende geradezu astronomisch waren. Auch Kleidungsstücke waren sehr teuer.

Dreck, Hunger und Kälte – die Lebensbedingungen in den Lagern

Einige Faktoren, die zu den schlechten Lebens- und Arbeitsbedingungen der Zwangsarbeiter bei der REIMAHG beitrugen, lagen außerhalb menschlicher Einflüsse. Das Wetter im letzten Kriegsjahr war oft ungünstig für lange Arbeiten im Freien oder das Leben in Behelfsunterkünften. Bis in den September 1944 wurden im benachbarten Jena immer wieder Tageshöchstwerte von rund 30 Grad und mehr gemessen. Neben längeren Phasen der Trockenheit gab es mitunter starke Regenfälle von 10, 20, einmal auch 30 Litern pro Quadratmeter. Eine noch schwerere Belastung stellten die niedrigen Temperaturen zwischen November 1944 und März 1945 dar.



In diesem Zeitraum lag der Tagesdurchschnitt an über 70 Tagen maximal bei etwa drei Grad, oft deutlich darunter. Ein Großteil der Probleme war jedoch menschengemacht.

Neben direkter Gewalterfahrung und dem Tod von Kameraden nahm die Lebensmittelversorgung, oder vielmehr deren Mängel, einen zentralen Platz in den Erinnerungsberichten ehemaliger Zwangsarbeiter und Kriegsgefangener der REIMAHG ein. Dies galt auch für die während des Krieges entstandenen Tagebücher. Den propagandistischen Versprechen nach sollten die Ausländer eine vergleichsweise gute Ernährung genießen – freilich war diese Zusicherung stets mit der kaum verdeckten Drohung verbunden, dies gelte nur für „gute“ Arbeiter. Sauckel brachte mehrfach eine absurde Anekdote an, nach dem ein Untergebener in seinem Beisein einer Gruppe Ausländer erklärt habe, der Gauleiter bekäme weniger zu Essen als sie, da er kein Schwerarbeiter sei. Angeblich machte dieser Beweis deutscher Gerechtigkeit tiefen Eindruck.

Auf dem Papier erschienen die vorgesehenen Rationen tatsächlich ausreichend. Nichtsowjetische Ausländer und Deutsche sollten gleich versorgt werden. Anfang 1945 standen ihnen pro Tag theoretisch ca. 340 Gramm Mehl (vermutlich Brot oder Suppenzusatz), 26 Gramm Brotaufstrich, 31 Gramm Zucker, 100 Gramm Fett und Fleisch sowie 710 Gramm Kartoffeln zu. Dazu kamen verteilt auf vier Wochen noch je 125 Gramm Quark und Käse, 70 Gramm Kartoffelstärkeprodukte, 430 Gramm Getreidenährmittel, 290 Gramm Teigwaren, 150 Gramm Kaffeeersatz und 1,75 Liter entrahmte Frischmilch. Schwerarbeiter, und dies waren praktisch alle Angehörigen der Bauabteilung, sollten täglich ca. 50 Gramm Mehl und 40 Gramm Fett und Fleisch zusätzlich erhalten. „Ostarbeitern“ standen pro Tag etwa 240 Gramm Mehl und 75 Gramm Fett und Fleisch zu, wobei die Ausgabe von Pferde- und Freibankfleisch gestattet war, dazu je 25 Gramm Brotaufstrich und Zucker, 710 Gramm Kartoffeln sowie weitere Lebensmittel, wenn auch in geringerem Umfang als Deut-



schen und anderen Ausländern. Als Schwerarbeiter sollten sie täglich ca. 100 Gramm Mehl und 40 Gramm Fleisch und Fett zusätzlich erhalten. Direkt für das Jägerprogramm tätige Personen sollten ebenso wie unter Tage Arbeitende generell weitere Zulagen erhalten. In den Genuss dieser Zulagen hätten tausende Zwangsarbeiter kommen müssen. Eine drastisch reduzierte Zuteilungsliste für einen Großteil der Lager der Bauabteilung von Anfang April 1945 staffelte die Rationen nur noch nach Altersklassen, nicht nach Nationalität. Einem Erwachsenen standen jetzt pro Tag etwas über 50 Gramm Fett und Fleisch, weniger als 250 Gramm Brot und 270 Gramm Kartoffeln sowie 85 Gramm Gemüse (vermutlich Rüben etc.) zu. Dazu kamen zum Teil reduzierte Mengen an Käse, Quark, Zucker oder Marmelade, Kaffeeersatz und Nahrungsmittel. Kinder von 6 – 18 Jahren sollten erhöhte Rationen, Kleinkinder eine etwas bessere, angepasste Ernährung erhalten, doch muss bezweifelt werden, dass sie tatsächlich alle theoretisch zustehenden Lebensmittel bekamen.

Die wenigsten Zwangsarbeiter dürften auch nur die reduzierten Rationen im vollen Umfang erhalten haben. Transportprobleme und Fehler bei der Einlagerung führten dazu, dass Lebensmittel in großer Menge verdarben oder zu spät geliefert wurden. Dazu kam die endemisch zu nennende Unterschlagung durch das Küchen- und Aufsichtspersonal. Die Qualität der ausgeteilten Rationen schwankte vielfach stark. In den meisten Fällen war sie schlecht, was auch an vorgesetzter Stelle bekannt war. Allerdings wurde offenbar nicht das ganze Ausmaß der Probleme weitergemeldet, denn wann immer eine Kontrolle anstand, besserte sich das Essen kurzzeitig. Die ausgeteilte Suppe war selbst laut deutscher Dokumente oft ungenießbar, zu sauer oder angebrannt und musste weggeschüttet werden. Streckungszusätze machten das ausgeteilte Brot oft nahezu ungenießbar, mitunter war es auch angeschimmelt. Einige Neuankömmlinge unter den Zwangsarbeitern verweigerten wie eine Gruppe Belgier im Lager E im Spätsommer 1944 die Verpflegung völlig und



lebten von ihren mitgebrachten Vorräten und dem, was sie eintauschen konnten. Ihre Lagerverpflegung gaben sie an die italienischen und sowjetischen Zwangsarbeiter weiter. Erfahrenere Gefangene warnten die Belgier vor den Folgen ihres Tuns. Das mörderische Arbeitstempo zwang die „Neulinge“ schon bald, die ausgeteilten Rationen bis zum letzten Bissen zu verzehren. Fiel nun ein Suppenkessel beim Transport um, konnte es leicht dazu kommen, dass die Arbeiter ungeachtet der Nationalität die Überreste aus dem Schmutz klaubten, um wenigstens etwas zu Essen zu erhalten. Die tatsächlichen Rationen betrugen bis Jahresende 1944 anscheinend zwischen 375 und 500 Gramm Brot sowie vielleicht 50 Gramm Zulagen pro Tag, die abends ausgeteilt wurden. Morgens gab es meist Kaffee, mittags einen Liter Suppe, der oft aus größerer Entfernung angeliefert und bestenfalls lauwarm war. Manchmal war das Essen von guter Qualität und beinhaltete größere Mengen Fleisch und Kartoffeln, doch kam wohl nur eine Minderheit in diesen Genuss.

Ab Ende November verlegte man die Mahlzeiten in die Freizeit, während der Arbeit wurde bestenfalls Tee oder Kaffee ausgeteilt. Dazu kam, was sich die Arbeiter aus dem Lager mitgebracht hatten. Morgens wurde manchmal etwas Kaffee oder ein wenig Suppe ausgegeben. Abends gab es maximal einen Liter Suppe, oft ein dünnes Gemisch aus Wasser und Kohlrüben ohne Fleischzusatz oder Mehl. Kartoffeln gab es so gut wie gar nicht mehr, nur hin und wieder Kartoffelschalen oder angefrorene Stückchen. Dazu kamen zwischen rund 200 und 300 Gramm Brot und geringe Zusätze in Form von Margarine, Marmelade, Fett, Zucker oder dergleichen. Die bereitgestellten Mengen an Lebensmitteln reichten nicht immer für alle. Wer zu weit hinten in der Schlange stand, ging oft leer aus. Aus geringfügigen Anlässen konnten die oft stundenlang Anstehenden vom Aufsichtspersonal geschlagen werden, manchmal wurden Hunde auf sie gehetzt oder Wartende mit kaltem Wasser überschüttet. Der belgische Leichtathlet Julien Saelens, ein begabter Läufer, dessen Landesrekord von 1938



über 100 und 200 Meter bis 1947 bzw. 1955 Bestand hatte, wurde kurz vor Kriegsende während der Essensausgabe grundlos von einem Wachmann niedergeschossen und starb qualvoll ohne medizinische Hilfe. Er wurde nur 25 Jahre alt.

Wollte man nicht bis zum nächsten Abend hungern, musste man sich etwas von der kärglichen Abendration aufheben, was den entkräfteten Männern und Frauen sehr schwer fiel. Zudem war Diebstahl unter den ausgehungerten Lagerinsassen eine ständige Gefahr. Wer von den Zwangsarbeitern irgendwie unliebsam aufgefallen war, riskierte den Verlust der Zulagen, oft auch eines Teils der übrigen Ration. Kranke in den Lagerlazaretten und Arbeitsunfähige wurden in vielen Lagern auf halbe Ration gesetzt. Eine ohnehin kritische Situation wurde so noch einmal drastisch verschärft. Damit glichen die Zustände bei der REIMAHG zum Teil denen im Hauptlager des KZ Buchenwald. Es hat den Anschein, als ob der Hunger bei der Betriebsgruppe ein Phänomen war, das anders als an vielen anderen Einsatzorten vor allem vom Kommando und Lager abhing, weniger von der Nationalität. Belgische und Italienische Zwangsarbeiter des Baukommandos in den Lager E und VII litten nicht weniger als „Ostarbeiter“, ja sogar noch mehr als sowjetische Zwangsarbeiter des Produktionskommandos „West“.

Der Hunger führte dazu, dass das Essen zu einem zentralen Gesprächsthema wurde, auch zwischen Zwangsarbeitern verschiedener Nationalitäten. Man malte sich das Essen zu Hause aus und was man gerne verzehren würde. Die fast schon ritualisierte Verteilung eines Brotes wurde mitunter nach dem christlichen Abendmahl „Eucharistie“ genannt. Die Rationen, zunächst ein Brot für drei bis vier, später für sechs, acht, zehn oder gar zwölf Personen, wurden mit Hilfe improvisierter Waagen mit großer Sorgfalt, ja Andacht verteilt. In anderen Gruppen hatte ein Zwangsarbeiter das Brot in Rationen aufzuteilen. Dann trafen alle anderen ihre Wahl, er selber als letzter. So sollte eine ungerechte Verteilung vermieden werden. Ein weiteres Verfahren bestand darin, dass



ein Zwangsarbeiter auf ein Stück Brot zeigte, und ein anderer, der mit dem Rücken zu ihm saß, bestimmte, wer es bekam. Auch Kartoffeln wurden auf diese Weise verteilt. Zu Feiertagen wie Weihnachten gab es für die meisten Zwangsarbeiter nur eine geringfügig erhöhte Ration. Angesichts dieser Zustände wuchs die Bereitschaft, jede noch so geringe Chance zu nutzen, um sich etwas zusätzliches Essen zu beschaffen. Neben Arbeit für deutsche Zivilisten in der Freizeit,

Schwarzmarktgeschäften, Betteln und Mundraub von Lebensmitteln und Kleinvieh durchsuchten Zwangsarbeiter Abfälle und verzehrten selbst angeschimmelte oder von Tieren angenagte Nahrungsreste. Andere sammelten und kochten das Zeitungspapier, in das die bei der REIMAHG eingesetzten Hitlerjungen ihre Kaltverpflegung einwickelten, um die leicht fettige und von Druckerschwärze verunreinigte „Brühe“ zu trinken. Einige nagten Baumrinde, aßen Gras oder Löwenzahn, um den Hunger irgendwie zu bekämpfen, verzehrten Frösche, Schnecken, Vögel, Ratten und Mäuse. Der Verzehr eines Katers avancierte zum Fest für die ganze Stube. Auch die Wasserversorgung der Lager und Arbeitsplätze war schlecht organisiert, sodass im Sommer 1944 viele Zwangsarbeiter aus unkontrollierten Bächen oder Quellen sowie aus Brunnen tranken, deren Wasser nur für Arbeitszwecke gedacht war. In einigen Lagern wie Lager E wurden diese Probleme bis Wintereinbruch nur partiell gelöst.

Der Hunger führte dazu, dass zahlreiche Zwangsarbeiter stark abmagerten und zehn, zwanzig oder mehr Kilogramm Gewicht verloren. Bald traten erste Hungerödeme auf. Die Körper schwellen durch Einlagerungen von Gewebsflüssigkeit in Bauch, Gesicht und Beinen stark an. Die wachsende Verelendung der Zwangsarbeiter fiel auch deutschen Augenzeugen auf und war natürlich für die Verantwortlichen nicht zu übersehen. Von 280 im Betriebskrankenhaus Hummelshain behandelten Ausländern, deren Unterlagen Angaben zum Ernährungszustand machten, waren mehr als 40 Prozent stark unterernährt, teils bis aufs Skelett abgemagert. Ein in



Rudolstadt obduzierter slowakischer Kriegsgefangener war stark verlaust und wies praktisch kein Bauchfett mehr auf. Obwohl die Zustände und ihre Folgen offensichtlich waren, geschah wenig, um die Lage zu bessern. Die Lebensmittelversorgung blieb bei der REIMAHG bis Kriegsende sehr mangelhaft und war zweifelsfrei ein wesentlicher Grund für die hohe Sterblichkeit. Vorhandene Reserven wurden von der Betriebsgruppe zum Teil nicht ausgeteilt, denn die alliierten Truppen fanden beim Einmarsch große Mengen Reis, Suppenpulver und Fleischwaren vor, deren frühzeitige Ausgabe sicher Leben gerettet hätte.

Doch nicht nur in Bezug auf die Ernährung litten viele Zwangsarbeiter der REIMAHG Not. Die Versorgung besonders der polnischen und sowjetischen Zwangsarbeiter mit angemessener Bekleidung war vielfach auch an anderen Einsatzorten sehr mangelhaft und von alltagsrassistischen Vorurteilen geprägt. Wenn es um die Frage ging, was als tragbar bzw. ausreichend galt, wurden Deutsche konsequent bevorzugt – so lange sie nicht selber aus der NS-Volksgemeinschaft ausgestoßen wurden, etwa wegen ihrer jüdischen Herkunft oder als KZ-Häftlinge. Im Fall der REIMAHG wurde die Lage noch dadurch verschärft, dass sehr viele Zwangsarbeiter gewaltsam und in großer Hast deportiert worden waren, ohne zu ahnen, was ihnen bevorstand. Wer das Pech hatte, im Sommer 1944 verschleppt zu werden, hatte oft nicht mehr als die dünne Sommerkleidung, die nach Monaten der Zwangsarbeit bei Wintereinbruch schon deutlich Abnutzungserscheinungen zeigte. Die Betriebsgruppe gab nur geringe Kontingente an Kleidung aus, so dass nur wenige Zwangsarbeiter eine halbwegs angemessene Ausstattung besaßen. Kleidungsstücke zu bekommen, erforderte zumeist stundenlanges Anstehen, „natürlich“ in der knappen Freizeit. Manchmal reagierten die Vorgesetzten auf Forderungen nach Kleidung, indem sie wie Lagerleiter Karl Schmidt in Lager VII ihre Knüppel gebrauchten. Das wenige, was es gab, war oft in schlechtem Zustand und überteuert. Ein Paar primitive Holzschuhe kostete zehn,



ein Kleid elf, Unterwäsche dreieinhalb und ein Kopftuch etwas über eine Reichsmark. Wie miserabel die Lage war, war durchaus bekannt. Bereits im August 1944 hatte ein Bericht des leitenden Lagerarztes gemeldet, die meisten Arbeiter hätten nur eine Garnitur Unterwäsche. Vier Monate später meldete sein Nachfolger, hunderte Arbeiter hätten nur ihre dünne Oberkleidung, und keinerlei Möglichkeit, die Wäsche zu wechseln. Es überrascht nicht, dass die Zwangsarbeiter die Kleidung von verstorbenen Kameraden unter sich teilten, oft gleich nach deren Tod. Mitunter wurden auch Gräber geplündert. Als notdürftiger Behelf dienten Decken, die man um die Schultern trug. Vor allem aber griffen die Zwangsarbeiter auf einen Notbehelf zurück, der auch von KZ-Häftlingen bekannt war. Sie verwendeten leere Zementsäcke als Fußklappen, Wattierung für Jacken und Hosen oder behelfsmäßige Hemden. Bei Nässe verwandelte sich das Papier schnell in eine feuchte Masse ohne jeden Nutzen. Auch die Versorgung mit Schuhwerk war mangelhaft. Einige Zwangsarbeiter mussten sogar im Winter barfuß zur Arbeit marschieren oder konnten ihre Füße nur mit Lumpen oder Zementsäcken umwickeln.

*Galaj, Jerzy, Fragebogen
vermittelt von der Fundacja
„Polsko-Niemieckie Pojednanie“,
Stiftung „Polnisch-Deutsche
Ausöhnung“*

„Typen der REIMAHG“, Skizze von Jerzy Galaj, angefertigt nach dem Krieg. Der Uniformierte ist vermutlich ein SA-Mann oder Politischer Leiter. Der linke Zwangsarbeiter trägt offenbar Holzschuhe und eine Decke über den Schultern, bei den Gamaschen könnte es sich um Zeitungspapier handeln.





Die in recht großer Zahl von der REIMAHG ausgegebenen Schuhe, die entweder ganz aus Holz bestanden oder hölzerne Sohlen hatten – ein Kleidungsstück, das sonst vor allem an „Ostarbeiter“ und Polen ausgeteilt wurde – führten mangels geeigneter Fußlappen oder Strümpfe bei den langen Märschen zur Arbeit oft zu Fußverletzungen. Da an Waschen, Schonung oder Behandlung nicht zu denken war, bildeten sich daraus großflächige Wunden und Geschwüre. Das Klappern der Holzsohlen machte die Zwangsarbeiter akustisch kenntlich und blieb auch deutschen Augenzeugen mitunter über Jahre in Erinnerung. Glück hatten die wenigen Zwangsarbeiter, die durch Tauschgeschäfte oder Pakete von zu Hause Nachschub beschaffen konnten. Es scheint, als ob die schlechte Versorgung mit Kleidung bei der REIMAHG sowohl Ost- als auch Westeuropäer und Italiener gleichermaßen betraf.

Die Baracken in den relativ früh errichteten Lagern wie I und II waren anscheinend zumeist in halbwegs akzeptablem Zustand. Die Gebäude im Leubengrund und Lager E hingegen waren oft ungenügend isoliert, die Wände zu dünn oder feucht, zudem fehlte es an Dachpappe, so dass Regen und Schnee mitunter ungehindert eindringen konnten. Die ehemalige Porzellanfabrik in Kleindembach, die als Lager für die Slowaken diente, war feucht, die Gefangenen mussten auf schmutzigem Stroh oder Holzwolle schlafen. Auch andere Massivbaulager verfügten nicht über ausreichend Betten. Die ohnehin spärliche Ausstattung mit Möbeln und Bettwäsche, die für Zivilzwangsarbeiter vorgesehen war, wurde bei der Betriebsgruppe offenbar nur in wenigen Fällen zur Verfügung gestellt. Selbst die üblicherweise bessergestellten Westeuropäer mussten unter Bedingungen leben, die die Deutschen sonst vor allem „Ostarbeitern“ oder sowjetischen Kriegsgefangenen zumuteten. Es konnte Monate dauern, bevor Tische zur Verfügung gestellt wurden. Die Beleuchtung der Baracken war dürftig, da die Elektrifizierung der Lager weit hinter den Plänen zurückblieb. Bei Einbruch der Dunkelheit



bestand eigentlich Befehl, aus Tarnungsgründen das Licht zu löschen. Da viele Zwangsarbeiter den ganzen Tag über arbeiteten, schränkte sie das zusätzlich ein. Viele Deportierte erhielten nur eine Decke pro Person und mussten auf bloßem Stroh oder Holzwolle schlafen, oder auf Säcken, die damit gefüllt waren. Da die Unterlagen so gut wie nie gewechselt werden konnten, waren sie oft verschmutzt und wimmelten von Ungeziefer. Dabei verfügte die REIMAHG über erhebliche Reserven an Strohsäcken und Kleidungsstücken, gab diese aber nicht an jene weiter, die deren am dringendsten bedurften. So wurden große Mengen an den Volkssturm ausgeteilt oder bei Kriegsende in den Magazinen vorgefunden. Die meisten Zwangsarbeiter schliefen auf zwei- oder dreistöckigen Holzpritschen, die dicht an dicht standen. Die Belegung schwankte nach Zimmergröße, doch rund 24 Personen in einem Zimmer von 50 Quadratmetern waren keine Seltenheit. Einige Zwangsarbeiter brachten noch die Kraft auf, über die Zustände Witze zu reißen. Die sowjetischen Insassen des Zeltlagers Bibra taufte ihre Quartiere „Hundehütte für 15 Menschen“. Eine Trennung nach Geschlechtern oder Familien erfolgte in den Lagern mit gemischter Belegung nur in wenigen Fällen, mitunter wohnten auch Angehörige unterschiedlicher Nationalitäten in einem Raum. Auch die Ausstattung mit Geschirr und Besteck war noch schlechter als in Zwangsarbeiterlagern ohnehin üblich. Die wenigsten Zwangsarbeiter erhielten mehr als einen Löffel und eine Schüssel minderer Qualität. Wurde etwas beschädigt, war es schwer, Ersatz zu bekommen. Rostige Konservendosen dienten nicht selten als improvisierte Essnäpfe.

Nur wenige Baracken waren gut geheizt und verfügten über Heizspiralen. Die meisten Zwangsarbeiter in den Barackenlagern mussten mit kleinen oft erst sehr spät gelieferten oder selbst gebastelten Öfen auskommen. Außerdem gab die Lagerverwaltung meist viel zu wenig Holz und Kohle aus. In ihrer Not gingen die Deportierten dazu über, die Betten ihrer verstorbenen Kameraden zu verheizen oder suchten in der



knappen Freizeit nach Brennmaterial. Wenn man Kohle oder Holz „mitgehen“ ließ, durfte man sich jedoch nicht erwischen lassen, sonst riskierte man Schläge. Ein brennender Ofen war überlebenswichtig, auch weil er es ermöglichte, zusätzliche Nahrung zuzubereiten, die Kleidung auszukochen um Ungeziefer zu vernichten, oder nasse Sachen zu trocknen.

Sowohl am Walpersberg als auch in vielen Lagern standen nicht annähernd genügend Latrinen zur Verfügung, obwohl Durchfallerkrankungen grassierten. Im Dezember 1944 waren in einigen Lagern die Toilettenanlagen noch weit von der Fertigstellung entfernt, meist handelte es sich um primitive Gruben, die provisorisch überdacht waren. Notgedrungen nutzten viele Lagerinsassen das gesamte Umfeld der Lager und Arbeitsplätze, das so stark verschmutzt war, dass eine ungehinderte Bewegung kaum möglich schien. Im Februar 1945 verfügte nicht einmal das Betriebskrankenhaus über ausreichend Toilettenpapier. Da die Lagerbelegung zunahm und die Insassen immer schwächer wurden, erreichten viele Durchfallkranke die Latrinen nicht rechtzeitig. Auf den Lagerstraßen, zum Teil auch im Eingangsbereich der Baracken lagen gefrorene Exkreme. Die einzige Gegenmaßnahme, die den Lagerleitungen einfiel, war der Versuch, die „Ordnung“ durch brutale Strafen aufrechtzuerhalten. Wer es nicht zur Latrine schaffte, konnte zusammengeschlagen werden, das Wegräumen der Exkreme musste zum Teil mit bloßen Händen erfolgen. Auch Geldstrafen oder Bunkerhaft wurden angedroht.

Die Waschmöglichkeiten waren in den meisten Lagern nur rudimentär zu nennen. Einige Lager verfügten nur über wenige Wasserhähne, oder die Zwangsarbeiter mussten sich in einem Bach waschen – bei schlechtem Wetter entfiel diese Möglichkeit. Es gab für Frauen auch kaum eine Möglichkeit, sich ungesehen zu säubern. Ein wenig besser war die Situation in den zuerst errichteten Lagern wie I und II, wo Wasserversorgung und Waschmöglichkeiten im Laufe der Zeit verbessert wurden. Die Kleidung zu waschen oder zu



entlausen war nur wenigen halbwegs regelmäßig möglich. Wer zudem nur eine Garnitur Kleidung besaß, hatte im Winter kaum eine Möglichkeit, diese zu säubern. Nacktheit konnte leicht Krankheit und Schlimmeres bedeuten. Es war wenig verwunderlich, dass sowohl neu im Lager angekommenen Zwangsarbeitern als auch den Zivilisten der umliegenden Ortschaften vielfach zuerst der Gestank und Dreck auffiel. Läuse, Flöhe und Wanzen waren eine ständige Plage für die Lagerinsassen. Der belgische Zwangsarbeiter Marcel van den Steen erwähnte in seinem Tagebuch die Läuse immer wieder, nicht ohne eine Portion Galgenhumor. Die Deportierten wetteiferten, wer die meisten Läuse knacken konnte, wobei 50 pro Person keine Seltenheit waren. All diese Probleme waren bis in die oberste Führungsebene der REIMAHG bekannt. Sie wären zweifellos zu beheben gewesen, und die geringfügigen Verbesserungen, die in einigen Lagern eintraten, hatten oft eine große Auswirkung auf die Lebensqualität. Doch die Verbesserung der Lebensbedingungen hatte in den Augen der Verantwortlichen nie Priorität vor dem Baufortschritt, die schrecklichen Konsequenzen nahm man wissentlich in Kauf.

Zusammenleben unter Extrembedingungen

Zusätzlich zu den schlechten Lebensbedingungen und der oft rücksichtslosen Behandlung durch Wach- und Lagerpersonal und zivile Vorgesetzte sahen sich viele der Zwangsarbeiter vor das Problem gestellt, eine neue Art des Zusammenlebens zu meistern, auf die sie nicht vorbereitet waren. Sie mussten in überfüllten Lagern leben – ohne Privatsphäre, mit ihnen fremden Menschen, deren Sprache sie vielfach nicht verstanden. An Stelle klassischer Formen des Miteinanders trat eine aufgezwungene Lagerordnung, die mit teils brutalen Strafen durchgesetzt wurde. Sie zu brechen oder zu umgehen war aber unter den herrschenden Bedingungen überlebenswichtig. Auch im Verhältnis zu den Mitgefangenen lösten sich



traditionelle Moralvorstellungen in einigen Fällen auf. Es fällt schwer, die vielfach halb verhungerten, in Lumpen gehüllten Zwangsarbeiter zu verurteilen, die ihren Kameraden Essen, Kleidung, Tabak oder Geschirr stahlen, doch für die Opfer der Diebstähle war dies natürlich ein schwerer Verlust mit möglicherweise tödlichen Folgen. Es kam vor, dass ganze Zimmer oder Baracken in Abwesenheit der Bewohner geplündert wurden, und selbst innerhalb einer Zimmerbelegschaft kam es zu Diebstählen und zum Teil gewaltsamen Auseinandersetzungen. Während das Bestehlen von Deutschen verständlicherweise als legitim galt, ob es sich nun gegen Zivilisten oder die Vorräte der Betriebsgruppe richtete, war der Diebstahl von Leidensgenossen verpönt und wurde nicht selten erbarmungslos bestraft. Diebe wurden brutal verprügelt, in Einzelfällen mit tödlichen Folgen. So wurde anscheinend im Lager „Rosengarten“ ein Italiener so schwer von seinen Mitgefangenen geschlagen, dass er starb. Die Lagerverwaltungen gingen nur sehr zögerlich gegen diese Formen von Selbstjustiz vor. Geradezu archaisch muten einzelne Berichte aus Lager E an, die von brutalen Boxwettkämpfen um ein wenig Essen berichten, auch dies offenbar mit Billigung oder auf Anordnung der Lagerleitung. Konflikte entlang nationaler oder ethnischer Linien scheint es bei der REIMAHG hingegen kaum gegeben zu haben, möglicherweise, weil das Schicksal des Einzelnen in erster Linie vom Lager und Arbeitskommando, weniger von der Nationalität abhing. Eine Ausnahme bildeten gewisse Spannungen zwischen einem Teil der Ukrainer und den polnischen Zwangsarbeitern. Dieser rührte wohl zum Teil daher, dass eine Anzahl Ukrainer in den Wachmannschaften diente. Es war auch eine Fortsetzung von Konflikten im Westen der heutigen Ukraine. Dort hatten der Terror ukrainischer Nationalisten gegen alle Nichtukrainer und einige Gegenangriffe polnischer Partisanen zum Tod von zehntausenden Zivilisten geführt.

Es wäre jedoch falsch würde man annehmen, dass unter den Zwangsarbeitern der REIMAHG vor allem eine Wolfsmoral



geherrscht hätte. Es gibt zahlreiche Berichte über Solidarität, nicht selten über Sprachgrenzen hinweg. Man half einander mit Geld aus, um sich von drohenden Prügelstrafen freizukaufen, unterstützte einander bei der Essenbeschaffung oder teilte die kargen Rationen mit jüngeren, schwächeren Kameraden. Vielfach erfolgte die Hilfeleistung ohne irgendwelche Aussicht auf Belohnung. Besonders bei Gruppen, die aus demselben Ort kamen und sich schon länger kannten, blieb der Zusammenhalt vielfach auch im Lager erhalten, doch wurden in der Gefangenschaft auch neue Freundschaften geknüpft. In einigen Fällen entwickelten sich zwischen ledigen Frauen und Männern offenbar auch Beziehungen. Dies betraf vor allem polnische und sowjetische Deportierte, unter denen relativ viele Frauen waren. Dabei fanden sich auch Paare über Landesgrenzen hinweg. An eine mögliche Eheschließung war freilich zumeist erst nach Kriegsende zu denken.

Für eine individuelle Freizeitgestaltung im Lager gab es nur geringe Möglichkeiten, und nur wenige brachten überhaupt die Energie dafür auf. Man spielte Karten oder Würfel, zum Teil um erhebliche Beträge des fast wertlosen Lohns, einige sangen oder musizierten. Zu Weihnachten wurde in einigen Stuben eine improvisierte Weihnachtsfeier mit eigenem Baum abgehalten. Öffentliche kulturelle Veranstaltungen gab es so gut wie nie, und wenn sie stattfanden, dienten sie primär Propagandazwecken, der Werbung von Kollaborateuren oder der Steigerung der Arbeitsleistung. Um eine nennenswerte zerstreuende Wirkung zu haben, waren sie ohnehin viel zu selten. Eine geregelte religiöse Betreuung fehlte, doch fanden einige Zwangsarbeiter in mitgebrachten Heiligenbildern oder im Gebet Trost.

Auch wenn die Zwangsarbeit und die im Lager zugebrachte Zeit das Leben der Zwangsarbeiter bestimmten, endete ihre Welt nicht am Lager- oder Werkszaun. Viele Deportierte hatten Angehörige oder Freunde in der Heimat oder anderen Lagern. Der Kontakt zu ihnen war ein Relikt des zivilen, nor-



malen Lebens und deshalb nicht nur materiell, sondern auch psychologisch von großer Bedeutung. Die Voraussetzungen waren freilich in den meisten Fällen denkbar schlecht. Die Post von Zwangsarbeitern wurde grundsätzlich zensiert, auch wenn nicht jeder Brief kontrolliert werden konnte. Wollte man die deutsche Überwachung umgehen, musste man Hilfe vor Ort finden, die einem Briefmarken, Stifte und Papier beschaffte und die Briefe aufgab. Pakete aus der Heimat, die wertvolle Lebensmittel, Rauchwaren oder Kleidungsstücke enthalten konnten, wurden bei der REIMAHG oft verspätet ausgegeben und nicht selten vorher geplündert. Vor allem viele sowjetische Zwangsarbeiter hatten keine Möglichkeit, in die bereits befreite Heimat zu schreiben, da zwischen dem Deutschen Reich und der Sowjetunion kein geregelter Postverkehr stattfand. Nur wenige „Ostarbeiter“ erhielten gelegentlich Briefe, selten einmal ein Päckchen. Den belgischen Zwangsarbeitern ging es etwas besser, auch wenn so mancher Brief oder Päckchen unterwegs verloren ging, gestohlen oder von der Zensur einbehalten wurde. Ein italienischer Zwangsarbeiter erhielt von fünfzehn abgeschickten Paketen gerade einmal fünf. Kam doch einmal ein Paket an, war dies ein denkwürdiges Ereignis, das lange im Gedächtnis haften blieb.

Sendungen von Hilfsorganisationen erreichten nur wenige REIMAHG-Zwangsarbeiter. Das Rote Kreuz war teilweise in den Post- und Paketverkehr besonders der westeuropäischen Zwangsarbeiter eingebunden. In geringem Umfang lieferte die faschistische italienische Regierung Kleidungsstücke für ihre Bürger. Stets bestand der Verdacht, dass Teile der Lieferungen für das Deutsche Reich abgezweigt wurden. Eine Beurlaubung in die Heimat scheint es bei der REIMAHG nicht gegeben zu haben, nicht zuletzt, weil sicher viele die Gelegenheit ergriffen hätten, unterzutauchen. Sonderurlaube vor Ort wurden zwar in Aussicht gestellt, da sie aber an die Erfüllung der zumeist utopischen Arbeitsziele geknüpft waren, dürften nur wenige in den Genuss dieser „Vergünstigung“



gekommen sein. Zudem konnten Ausländer auch an freien Tagen zur Arbeit im Lager herangezogen werden.

Die Situation beim täglichen Ausgang war eine etwas andere. Zwangsarbeiter konnten schon aus Überwachungsgründen nicht ausschließlich auf Lager und Arbeitsplatz beschränkt werden. Dies unterschied sie von Kriegsgefangenen und KZ-Häftlingen. Freilich begrenzte die lange und anstrengende Arbeit die Freizeit ganz erheblich, zudem durften sich die Arbeiter nicht zu weit von ihrem Einsatzort entfernen. Besonders den Polen und „Ostarbeitern“, die spezielle Kennzeichen tragen mussten – ein „P“ respektive ein Aufnäher mit dem Wortlaut „OST“ – wurden bestimmte Lokale und Örtlichkeiten vielfach verwehrt. Für sie galten zudem nächtliche Sperrstunden. Übertretungen konnten empfindliche Geldstrafen, mitunter auch Misshandlungen oder die Einweisung in ein Straflager zur Folge haben. Vor allem in den ersten Monaten nutzten einige Zwangsarbeiter, etwa Italiener oder Belgier, die Gelegenheit, in Kahla und Jena ein Kino zu besuchen. Diese Möglichkeiten konnten aber durch die Verlegung in ein anderes Lager verloren gehen. Andere nutzten die Freizeit vor allem, um durch zusätzliche Arbeit für Zivilisten Nahrungsmittel zu verdienen, die wenigen Dinge einzukaufen, die für sie frei verfügbar waren, oder sich durch Tausch, Betteln und Mundraub etwas Essen zu verschaffen. Besuche in anderen Städten, etwa bei Kameraden die in Jena behandelt wurden oder zur Beerdigung eines Bekannten, waren nur mit Sondergenehmigung möglich, die von den Vorgesetzten willkürlich gewährt oder verweigert wurde. Generell scheint es, als ob die Bewachung und Einzäunung der Lager im Laufe der Zeit deutlich ausgebaut und verschärft wurde, vor allem ab Ende 1944. In den Lagern E und VII war die Situation anscheinend auch in dieser Hinsicht schlechter als in anderen Unterkünften.



Überlebensstrategien

Die Lebensbedingungen in den Lagern der REIMAHG waren für die meisten Insassen in physischer wie psychischer Hinsicht extrem belastend. Die Möglichkeiten, das eigene Schicksal zu beeinflussen, waren beschränkt. Dennoch wäre es falsch zu glauben, dass die Zwangsarbeiter ihr Schicksal nur passiv hinnahmen.

Die Bedingungen bei der REIMAHG – eine große Zahl zumeist unterversorgter Menschen, die auf engstem Raum und unter großen Beschränkungen lebten, und nur sehr begrenzten Zugang zu Waren hatten – musste zwangsläufig das Entstehen eines Schwarzmarktes fördern.

van den Steen, Marcel

* 1.1.1921 Wetteren, Flandern, Belgien, † 2006

Marcel van den Steen arbeitete in der Baumschule seines Vaters und war zu Beginn des Zweiten Weltkriegs Soldat der belgischen Armee. Nach kurzer Kriegsgefangenschaft wurde er Ende Juli 1940 entlassen. Um dem Arbeitseinsatz für die deutschen Besatzer zu entgehen, lebte er in der Illegalität. Marcel wurde am Dienstag dem 8. August 1944 von deutschen Polizisten nahe seines Heimatortes verhaftet. Am 12. August kam er mit einer Gruppe Landsleute in das noch im Aufbau befindliche Lager E bei Eichenberg. Zunächst waren die Lebensbedingungen der Belgier noch erträglich, doch sie verschlechterten sich bald. Marcel hatte das Glück, dass er zumeist etwas leichtere Arbeiten übernehmen konnte und im Vergleich zu vielen seiner Kameraden bessergestellt war. Er hielt sich zudem durch Geschäfte auf dem Lager-schwarzmarkt über Wasser, auf dem er u. a. „Tabak“ aus getrockneten und geschnittenen Obstblättern verkaufte. Marcel führte Tagebuch und notierte sich nicht nur Angaben über die Arbeit und über das Essen, sondern auch über die



Überlebensstrategien der Zwangsarbeiter und die Grausamkeiten, deren Zeuge er wurde. Ab Anfang Dezember starben immer mehr der Lagerinsassen an Krankheiten und Hunger, oft mehrere pro Tag. Auch mehrere seiner Bekannten überlebten nicht. Als Marcel hörte, dass das Lager geräumt werden sollte, floh er am 4. April 1945 und versteckte sich bis zur Ankunft der Amerikaner gut eine Woche auf Bauernhöfen. Er schlug sich auf eigene Faust nach Hause durch und erreichte sein Ziel Ende April 1945.

Gehandelt wurde sowohl innerhalb der Betriebsgruppe, zwischen Deutschen und Ausländern wie zwischen den Zwangsarbeitern, aber auch mit ortsansässigen Zivilisten. Ein Teil der Waren stammte mit Sicherheit aus Unterschlagungen, andere aus Paketsendungen oder dem Besitz der Einheimischen. Es scheint, als ob im Laufe der Zeit zusätzlich zum Tausch im Kleinen so etwas wie ein inoffizieller Marktplatz oder eine Tauschbörse entstand, die entweder auf dem Rücken des Walpersberges, vielleicht aus Witterungsgründen zeitweilig auch in einem Stollen stattfand. Beteiligt waren Angehörige nahezu aller Nationalitäten, auch wenn das Angebot ärmlich war. Während Geld zunehmend an Wert verlor, waren vor allem Lebensmittel und Tabak die entscheidenden Währungen und gewissermaßen krisensicher. Die besondere Bedeutung des Tabaks rührte daher, dass viele Zwangsarbeiter an den Genuss gewöhnt waren, zudem eignete sich die Droge bestens, das nagende Hungergefühl zu betäuben. Die Versorgung mit Tabakwaren funktionierte nur schlecht, Teile der zustehenden Rationen wurden unterschlagen. Dies steigerte den Wert der vorhandenen, zum Teil von zu Hause mitgebrachten Vorräte. Kleinere Mengen kamen von Einwohnern, die gelegentlich Kippen für die Zwangsarbeiter auslegten, auch durchsuchten die Lagerinsassen die Aschenbecher in Gaststätten und behielten stets Straßen und Gehwege im Blick, ob sich ein möglicherweise lebensrettender Ziga-



rettenstummel finden ließ. Für Tabak konnte man nicht nur Lebensmittel eintauschen, sondern auch Vorgesetzte bestechen oder Arbeitserleichterungen erkaufen. Die Sucht nach Tabak konnte aber auch tödliche Konsequenzen haben, denn manche Raucher tauschten zu viel von ihren Essensrationen ein, wurden immer schwächer und starben schließlich. Die Not machte erfinderisch, und so streckten viele Zwangsarbeiter – ob zum Eigengebrauch oder für den Tausch – ihre Tabakvorräte mit bis zu 90 Prozent getrockneten und kleingeschnittenen Blättern. Wie dramatisch die Lage bei der REIMAHG war, belegt die Entwicklung der Schwarzmarktpreise, die sich anhand von Erinnerungsberichten nachvollziehen lässt. Zunächst konnte man Zigaretten für eine Reichsmark das Stück kaufen, im Oktober war der Preis bereits auf zwei bis fünf, gegen Jahresende gar auf gut zehn Mark gestiegen. Brot wurde für 80 bis 150 Mark pro Laib gehandelt, auch hier stiegen die Preise. Besonders in den letzten Monaten war eine Brotration – etwa ein halbes Pfund – 50 bis 70, eine Portion Suppe bis zu 25, eine Zwiebel bis zu fünf, ein Kilogramm Kartoffeln bereits Anfang Januar gut 30 Reichsmark wert. Ein toter Kater konnte mit gut 50 Mark zu Buche schlagen. Dies bedeutete, ein Monatslohn hatte Anfang 1945 bestenfalls den Gegenwert von einer Portion Brot und einem Schlag Suppe, einem halben Dutzend Zigaretten, oder aber den eines möglicherweise schon leicht beschädigten Anzugs. Die Preise auf dem Schwarzmarkt der REIMAHG lagen oft ein Mehrfaches über denen an Orten wie Gera oder Berlin. Die deutsche Belegschaft, sowohl Erwachsene als auch abkommandierte Jugendliche, nahm regen Anteil an den Geschäften. Vermutlich landete ein erheblicher Teil des Bargeldes der Zwangsarbeiter letzten Endes in deutschen Händen. Gold und andere Wertsachen wurden in kleineren Mengen gehandelt, doch verfügten nur wenige Zwangsarbeiter darüber. Es konnte vorkommen, dass die Zwangsarbeiter von ihren deutschen „Geschäftspartnern“ ausgeraubt wurden. Möglichkeiten zur Gegenwehr gab es kaum.



Von Anfang an gab es bei der REIMAHG Bestrebungen, Zwangsarbeiter für die Wachtruppen oder als Kanonenfutter für den Kriegseinsatz zu werben. Obwohl der Betriebsgruppe so arbeitsfähige Männer entzogen wurden, scheint es, als hätten die Verantwortlichen die Bemühungen der SS, Wehrmacht und der Verbündeten des Deutschen Reiches unterstützt. Die Anwerbung für die Wachtruppen erfolgte oft direkt vor Ort. Mitunter begannen die Aufrufe kurz nach der Ankunft, und die unvollständig erhaltenen Lohnunterlagen belegen, dass dabei gewisse Ergebnisse erzielt wurden. Spitzelberichte der Jenaer SD-Hauptaußenstelle mit Sitz am Löbdergraben 28 und einzelne Erinnerungsberichte beweisen, dass zudem Informanten geworben wurden. Dies geschah vermutlich durch eine Mischung aus Druck und Bestechung. Die Zahl der Denunzianten scheint aber relativ gering gewesen zu sein.

Die Werbung von Zwangsarbeitern zum Kriegseinsatz begann im Fall der belgischen Zwangsarbeiter bereits kurz nach der Ankunft. Zunächst fanden sich kaum Freiwillige. Als sich die Lebensbedingungen immer mehr verschlechterten, ergriff ab Ende 1944 eine wachsende Zahl von Männern in Lager E diesen vermeintlichen Ausweg. Auch im Fall der Werbung sowjetischer Zwangsarbeiter stellten selbst die SD-Berichte einen Zusammenhang zwischen den Lebensbedingungen und der Bereitschaft zur Meldung als „Freiwilliger“ fest. Zweifellos teilten einige Männer die Ideologie der Deutschen, sei es den Antibolschewismus oder Antisemitismus, oder fürchteten, wegen ihres Arbeitseinsatzes im Deutschen Reich ohnehin als Verräter zu gelten. Einige ukrainische oder weißrussische Nationalisten glaubten vermutlich die Propagandalügen von einer möglichen „Befreiung“ ihrer Länder von der sowjetischen Kontrolle. Viele meldeten sich jedoch vor allem, um aus den überfüllten Lagern herauszukommen, der Zwangsarbeit und den Misshandlungen zu entgehen und endlich genug zu essen, anständige Kleidung und etwas zu rauchen zu erhalten. Angesichts des Massensterbens bei der



Betriebsgruppe erschien der Kriegseinsatz wohl als kleineres Übel. Es überrascht nicht, dass die meisten Ergebnisse zu einer Zeit erzielt wurden, als das Elend in den Lagern den Höhepunkt erreichte. Aus Lager III wurden im März 1945 über 60 Sowjetbürger an ein „SS-Bataillon REIMAHG“ überstellt, sicher gab es schon vorher Meldungen. Unter den italienischen Deportierten erzielten Aufrufe zur Meldung für die faschistischen italienischen oder deutschen Streitkräfte vor allem ab Wintereinbruch eine gewisse Resonanz. Viele „Freiwillige“ waren jedoch schon so schwach, dass sie zurückgewiesen wurden oder zum Zeitpunkt der Einberufung bereits verstorben waren. Es ist anzunehmen, dass sich insgesamt vermutlich jeweils rund 100 sowjetische und italienische Zwangsarbeiter für die Repressionsorgane und Militäreinheiten des Deutschen Reiches und ihrer Verbündeten meldeten, dazu kamen vielleicht 50 bis 100 Männer anderer Nationalitäten. Eine nennenswerte militärische Rolle spielten sie mit Sicherheit nicht, doch einige unterstützten den deutschen Repressionsapparat vor Ort aktiv. Auch bei Berücksichtigung ihrer Notlage darf man nicht vergessen, dass viele Kameraden die unter denselben schlechten Bedingungen lebten, eine Zusammenarbeit mit den Deutschen weiterhin ablehnten.

Ist schon die Quellenlage für das Ausmaß der Kollaboration von Zwangsarbeitern mit den Deutschen schwierig, so fällt es noch schwerer, den Umfang des aktiven Widerstandes einzuschätzen, den andere leisteten. Angst vor Sabotage war bei den Deutschen zweifellos vorhanden. Der Gauleiter drohte höchstpersönlich jedem Saboteur oder Spion mit dem Tode. Sowohl der Schrägaufzug auf den Bergrücken als auch die fertigen Flugzeuge wurden durch Wachposten „gesichert“. Diese Angst mag freilich auch Ergebnis der allgemeinen deutschen Paranoia gewesen sein, nicht unbedingt Folge konkreter Ereignisse. Zudem wurde der Begriff „Sabotage“ von den Deutschen sehr weit gefasst und konnte bereits auf gänzlich unpolitische Handlungen angewandt werden, wenn Zwangsarbeiter sich bemühten, ihre Belastung gering zu



halten und deshalb das Arbeitstempo verringerten oder ihre Arbeitsgeräte geringfügig beschädigten. Der bloße Verdacht eines Vorgesetzten konnte schwere Konsequenzen haben. Als Arbeitsverweigerung konnte bereits gelten, wenn man einfach nicht mehr die Kraft zum Arbeiten hatte. Anscheinend gab es aber in der Tat immer wieder kleine Sabotageakte. Zwangsarbeiter mischten dem Zement zu viel Sand bei, ließen hin und wieder die Lokomotive oder Waggons der Feldbahn entgleisen, beschädigten Betonmischer und dergleichen mehr. Vor allem machte man sich gegenseitig Mut und behielt besonders brutale Aufseher in Erinnerung, in der Hoffnung, diese nach der Befreiung bestrafen zu können. Eine organisierte Widerstandsbewegung gab es aber bei der REIMAHG allem Anschein nach nicht. Die schlechten Lebensbedingungen, die häufigen Verlegungen zwischen Lagern und Kommandos und die Heterogenität der Zwangsarbeitergemeinschaft machten weitergehende Aktionen sehr schwierig.

Fast von Anfang an versuchten Zwangsarbeiter zu fliehen. Ohne ausreichend Sprachkenntnisse, weit entfernt von der Heimat und ständig in Gefahr, von Zivilisten verraten oder durch Polizeistreifen aufgegriffen zu werden, hatten jedoch die wenigsten eine wirkliche Erfolgchance. Jeder Versuch war ein Wagnis. Ein Mitglied des Gendarmerieeinsatzkommandos Orlamünde ermordete am 22. Juli 1944 den Italiener Josef Guzzit, als dieser zu fliehen versuchte. Er war nicht der einzige, dessen Flucht mit einer deutschen Kugel im Rücken endete. Wer wieder aufgegriffen wurde, musste nicht selten körperliche Misshandlungen erdulden. Eine verbreitete Strafe war es, einen Tag lang an einem Pfahl mit erhobenen Händen zu stehen. Gerüchte sprachen davon, dass im Wiederholungsfall die Einweisung in das KZ Buchenwald drohte, andere Flüchtige wurden in einen Bunker oder Straflager der Betriebsgruppe gesperrt. Besonders gegen Kriegsende nahm die Zahl der Fluchtversuche erheblich zu, so meldete Lager II Ende Januar 1945 sieben, Lager III einen Monat darauf insgesamt 28 Flüchtige. Teilweise setzten sich unmittelbar vor



Ankunft der Amerikaner ganze Gruppen ab. Einige Flüchtige erhielten Hilfe von Einheimischen, die ihnen Unterschlupf gewährten, und damit ein hohes Risiko eingingen.

Die Zwangsarbeiter und die deutsche Zivilbevölkerung

Ein Zusammentreffen zwischen den Zwangsarbeitern der REIMAHG und deutschen Zivilisten war unvermeidbar. Nicht nur befanden sich einige Lager direkt in oder in unmittelbarer Nähe der Städte und Dörfer, und auch aus den abgelegenen Lagern kamen Zwangsarbeiter auf der Suche nach Nahrungsmitteln in die Ortschaften. Täglich marschierten tausende Ausländer zur Arbeit, und die Bauarbeiten am und um den Walpersberg waren nicht zu übersehen. Eine völlige Kontrolle von offizieller Seite war nicht durchführbar, doch bemühte man sich, den Kontakt möglichst zu reglementieren und zu begrenzen. Diesem Zweck dienten auch die Bewegungseinschränkungen für die Ausländer. Zudem nahm der NSDAP-Kreisleiter von Jena-Stadtroda die Einwohner in einem Rundschreiben Ende Oktober 1944 gewissermaßen in die Pflicht, die Zwangsarbeiter mit Argwohn zu behandeln. Nicht konformes Handeln sei anzuzeigen und „nötigenfalls“ gewaltsam zu unterbinden. Das Bild der „Anderen“ das vermittelt wurde, war vor allem das eines Feindes, auch wenn das Schreiben ein Lippenbekenntnis zur korrekten Behandlung der Ausländer enthielt. Auch Deutschen, die sich „falsch“ verhielten wurde mit Strafe gedroht, vor allem jeder Zweifel am deutschen Sieg und intime Beziehungen zu Ausländern auf das Schärfste verurteilt. Der totalitäre Staat traute offenbar seinen Bürgern nicht zur Gänze. Zugleich war er willens, sie als Spitzel und „nötigenfalls“ als Schlägergarde fungieren zu lassen, eine Aufforderung, der viele Deutsche bereitwillig folgten. Die Mehrheit der Zivilisten scheint eine Haltung der misstrauischen Gleichgültigkeit an den Tag gelegt zu haben. Man war auf die eigenen Probleme angesichts des sich



abzeichnenden alliierten Sieges, Versorgungsengpässen und der Sorge um die in der Wehrmacht dienenden Angehörigen fixiert und ignorierte das unübersehbare Leid der Ausländer weitestgehend. Nach Jahren des Zwangsarbeitereinsatzes im Deutschen Reich und des Vorgehens gegen ausgegrenzte Gruppen von Deutschen war man das Wegschauen gewöhnt, hatte Mitleid und Empathie vielfach verlernt. Einige Deutsche gingen noch weiter. Überlebende Zwangsarbeiter berichteten, dass sie von Zivilisten mit Ablehnung behandelt, beschimpft, angespuckt, mit Steinen oder Tierkot beworfen und mitunter aus nichtigen Anlässen misshandelt wurden. Schon ein in den Augen der Deutschen nicht angemessenes Verhalten wie etwa nicht Platz zu machen konnte genügen. Zwangsarbeiter, die um Lebensmittel bettelten oder zu tauschen versuchten, wurden mit Knüppeln oder Hunden verjagt, der Polizei und den Wachmannschaften ausgeliefert. In einigen Fällen schossen Einwohner gezielt auf Ausländer, die sie des Haus- oder Felddiebstahls verdächtigten. Dies galt im besonderen Maße für die Landwacht – Einwohner, die als Hilfspolizei mobilisiert wurden und bewaffnet patrouillierten. An den Übergriffen beteiligten sich auch deutsche Jugendliche, die zum Teil regelrecht Jagd auf Ausländer machten, auch auf Kinder.

Steć, Jan

* 8.4.1933 Włodzimierz Wołyński (heute Wolodymyr-Wolynskyj), Ukraine

Der Vater von Jan Steć arbeitete in einer Mühle, seine Mutter war Hausfrau. Zur Familie gehörten zudem die Geschwister Stanisław (* 1928), Teresa (* 1930) und Maria (* 1941). Włodzimierz Wołyński lag in dem Teil Polens, der 1939 von der Roten Armee besetzt wurde. Die Familie entging den Repressionen der sowjetischen Behörden, doch im Sommer 1941 wurde ihre Heimatstadt von der Wehrmacht besetzt. Nun drohte nicht nur die Deportation zur Zwangs-



arbeit, sondern auch Angriffe ukrainischer Nationalisten, die zum Teil mit den Besatzern kollaborierten. An einen Schulbesuch war nicht zu denken. Mitte Juli 1944 wurde die Bevölkerung im Zuge des deutschen Rückzugs deportiert, die Familie Steć kam über das Ausländererfassungslager Erfurt zur REIMAHG ins Lager II. Jan und Maria waren von der Zwangsarbeit befreit, Vater und Bruder mussten Schwerstarbeit leisten, Teresa betreute die Kleinkinder von Zwangsarbeitern bzw. arbeitete in der Küche, die Mutter bei Aufräum- und Transportarbeiten. Jan war frühzeitig gefordert auf Maria aufzupassen oder in umliegenden Ortschaften Essen zu erbetteln. Sein Vater verlor durch einen Arbeitsunfall den rechten Zeigefinger, wurde arbeitsunfähig und erhielt fortan nur die halbe Ration, was vollkommen unzureichend war. Manche deutsche Zivilisten oder Wachleute halfen gelegentlich Zwangsarbeitern, andere schikanierten sie erbarmungslos. Jan und seine Kameraden mussten sich in den Dörfern zudem vor der Hitlerjugend in Acht nehmen, die Jagd auf Ausländer machte. Die Familie floh während der Zwangsräumung der Lager im April 1945 aus der Marschkolonne und kehrte Ende September nach Polen zurück, ihre nun sowjetische Heimatstadt war jedoch unerreichbar. Gut 30 Jahre nach Ende des Krieges besuchte Jan Steć mit Frau und Kindern sein ehemaliges Lager, auch 2015 war er Gast bei den Gedenkfeierlichkeiten.

Die Motive der Zivilisten lassen sich vielfach nur erraten. Zweifellos sahen viele die Ausländer als Bedrohung, wegen möglicher Diebstähle und weil sie diffuse Ängste vor einem möglichen Zwangsarbeiteraufstand hegten. Nach Jahren unter dem Einfluss der Diktatur und „Erfahrungen“ mit dem Einsatz von Zwangsarbeitern waren einige Deutsche abgestumpft und verroht, sahen in den Deportierten bestenfalls Menschen zweiter Klasse. Auftreten und Aussehen vieler Zwangsarbeiter – oft zerlumpt, ungewaschen, stets auf



der Suche nach Nahrung – fungierte als Bestätigung lange gehegter Vorurteile. Dies war freilich nur möglich, solange man sich konsequent weigerte, die wahren Schuldigen für diese Zustände zu benennen. Die vielfach verbreiteten Propagandaparolen von den polnischen und sowjetischen „Untermenschen“, den „verräterischen“ Italienern und Slowaken taten ein Übriges. Das Schreiben des Kreisleiters und das Agieren der REIMAHG-Wachmannschaften vermitteln ein Gefühl der Handlungsfreiheit, in der Grenzüberschreitungen leicht fielen. Dabei ist zu betonen, dass niemals ein regelrechter Zwang existierte, Zwangsarbeiter zu demütigen und zu misshandeln. Diese Handlungsoption wurde offen oder verdeckt nahegelegt, aber ob man ihr folgte, lag in der Hand des Einzelnen. Übergriffe, die es in beträchtlicher Zahl gab, waren dann auch nur eine, wenngleich wesentliche Facette der Kontakte zwischen den Lagerinsassen und Anwohnern. Daneben gab es mal mehr, mal weniger ausgewogene Geschäftsbeziehungen – sei es Tauschhandel, sei es, dass Zwangsarbeiter in ihrer Freizeit für Anwohner arbeiteten, wofür sie meistens nur mit etwas Essen, vielleicht auch einigen Kleidungsstücken belohnt wurden. Diese Beziehungen waren vielfach nicht frei von Ausbeutung, denn die Deutschen profitierten von der Notlage der Ausländer. Der Geldwert der Entlohnung war gering, und in einigen Fällen behandelten die „Arbeitgeber“ ihre Hilfsarbeiter sehr schlecht. In anderen Fällen ging man auch nach gegenseitiger Einschätzung gerecht miteinander um, und für die Zwangsarbeiter konnten die zusätzlichen Nahrungsmittel lebensrettend sein. Einige deutsche Zivilisten gaben ohne jede Gegenleistung Lebensmittel an bedürftige Zwangsarbeiter weiter, manchmal auch Medikamente. Mitunter entwickelten sich zwischen Ausländern und deutschen Erwachsenen und Jugendlichen aufrichtige Freundschaften, die teilweise weit über das Kriegsende hinaus Bestand hatten. Aus Angst vor möglichen sozialen oder rechtlichen Nachteilen erfolgten viele der Hilfeleistungen nur im Verborgenen. Nicht nur Polizei und Wachmannschaften



musste man fürchten, auch missgünstige oder „linientreue“ Nachbarn waren ein Risiko. Zwar ist nicht belegt, dass wegen Hilfeleistungen Strafen gegen Deutsche verhängt wurden, doch gibt es Berichte über polizeiliche Verhöre und Verwarnungen. Die große Spannbreite an Verhaltensweisen zeigt, dass besonders in der zunehmend chaotischen Situation des letzten Kriegsjahres erhebliche Handlungsspielräume auch für „ganz gewöhnliche Deutsche“ bestanden, die in sehr unterschiedlicher Weise genutzt wurden.

Das Verhalten des Lager- und Wachpersonals und die Strafpraktiken der Betriebsgruppe

Nicht nur am Arbeitsplatz, auch in den Lagern waren die deportierten Männer, Frauen und Kinder permanent mit der „Obrigkeit“ und ihren Vorschriften konfrontiert. Generell hatten Aufseher und Unternehmen gegenüber den Zwangsarbeitern im Deutschen Reich großen Spielraum beim Einsatz von Bestrafungen, angefangen von Verwarnungen, Lohn- und Essensentzug bis zur Übergabe an die Gestapo und NS-Justiz.

Mitunter zeigten auch Lagerführer und Wachleute der REIMAHG Anzeichen von Mitgefühl. Sie sahen weg, wenn Zwangsarbeiter sich Brennmaterial beschafften, zumindest so lange es keine Zeugen gab, steckten einem Hungernden etwas zu Essen zu oder halfen sogar jemandem, der eine Haftstrafe zu verbüßen hatte. Dies waren Ausnahmen, die für die betroffenen Zwangsarbeiter freilich von großer Bedeutung waren. Sie beweisen zudem, dass Entscheidungsspielräume existierten und zum Teil auch genutzt wurden.

Bei der REIMAHG wurden für geringfügige „Vergehen“ oft Geldstrafen zwischen zwei und fünf Reichsmark verhängt, unerlaubtes Entfernen von der Arbeit konnte rund 20 Mark kosten. Angesichts der schlechten Bezahlung war das viel Geld, doch wer mit einer Geldstrafe „davonkam“, konnte sich noch glücklich schätzen. Tatsächlich erschien man-



chen Deutschen diese Art von Bestrafung unzureichend. So wünschte der Carl Gustav Vogel Verlag als Eigentümer des Neuen Schlosses in Hummelshain für so „schwere“ Verbrechen wie die Beschädigung von Bäumen, um aus den Wurzeln kleine Flechtarbeiten zu machen, die Verhängung „wirksamerer“ Strafen, ohne das klar wurde, was genau gemeint war. Seinem Ansinnen wurde von Seiten der Betriebsgruppe offenbar nachgekommen. Angesichts der bei der REIMAHG üblichen Praxis dürften Essensentzug, Strafarbeit oder Misshandlungen gemeint gewesen sein. Die Versetzung zu einem Schwerstarbeitskommando oder Verhängung zusätzlicher Arbeiten war eine Strafe, die wiederholt praktiziert wurde. Manchmal waren die Einsätze pure Schikane wie das Stemmen von Steinen oder Graben von Löchern, nur um sie wieder zuzuschütten. Es fällt auf, dass es bei der REIMAHG anscheinend keine Kontrollinstanz gab, die das Strafmaß zentral überwachte. Noch viel weniger gab es geregelte Möglichkeiten, Beschwerde einzulegen.

In mehreren Berichten von Überlebenden wurden Strafen wie das Scheren der Haare oder stundenlanges Stehen am Pfahl erwähnt. Noch häufiger sind körperliche Misshandlungen belegt. Bereits einfache Wachleute hatten offenbar weitgehende Handlungsfreiheit, Regelverstöße eigenmächtig zu bestrafen. Sie agierten vielfach als Ankläger, Richter und Vollstrecker in einem. Dies fing mit einzelnen Ohrfeigen, Schlägen und Tritten an und reichte bis zu Fällen, bei denen Gefangenen besinnungslos geprügelt oder schwer verletzt wurden. Ein falscher Blick, eine falsche Bemerkung genügte oft als Vorwand für Übergriffe. Mitunter hetzte man auch Hunde auf Zwangsarbeiter. Berichte von verhängten Prügelstrafen mit einer festen Zahl von Schlägen klingen mitunter eher wie Übergriffe in einem KZ-Außenlager. In einigen Fällen bot das Lagerpersonal den Deportierten an, sich zum Preis von einer Reichsmark pro Schlag von den Bestrafungen freizukaufen, sicher eine von den Wachleuten gerne genutzte Form der Bereicherung. Besonders brutal wurden neben



den kriegsgefangenen Slowaken anscheinend die sowjetischen und italienischen Zwangsarbeiter behandelt, wie auch andere Zwangsarbeiter in ihren Erinnerungen festhielten. Geprügelt wurden aber auch westeuropäische Deportierte, insbesondere in Lager E. Die Zwangsarbeiter konnten sich zu keinem Zeitpunkt sicher fühlen, denn jederzeit konnte eine Razzia stattfinden. Gesucht wurden alliierte Flugblätter, vor allem aber „illegale“ Nahrungs- und Brennstoffvorräte, die ohne genaue Untersuchung als „gestohlen“ bezeichnet und beschlagnahmt wurden. Ebenso wurde nach Zwangsarbeitern gesucht, die der Arbeit zu entgehen versuchten, weil sie zu krank oder schwach waren. Schläge, Beschimpfungen oder längeres Warten in Wind und Wetter waren während der Razzien an der Tagesordnung.

Im Fall der polnischen und sowjetischen Deportierten trafen die Misshandlungen auch Frauen und Jugendliche. Es gibt zudem Berichte, wenngleich zum Teil nur aus zweiter Hand, dass Zwangsarbeiterinnen Opfer von sexuellen Belästigungen und Übergriffen durch Wachleute wurden. Diese waren zwar untersagt, die Rechtlosigkeit der Frauen minimierte jedoch das Risiko der Täter, bestraft zu werden. Zudem scheint es, als ob einige Frauen keinen anderen Ausweg sahen, als sich etwa für Lebensmittel zu prostituieren.

Zwar waren Misshandlungen nicht allgegenwärtig, denn ein Teil der Überlebenden machte damit nach eigener Aussage wenig oder keine Erfahrungen und war auch nicht Zeuge von Übergriffen. Die Angehörigen der Produktionsabteilung waren keineswegs vollkommen sicher, wurden aber deutlich seltener misshandelt als Zwangsarbeiter der Bauabteilung. Für die Mehrheit der Zwangsarbeiter war die Möglichkeit, Opfer von Misshandlungen zu werden, jedoch offenbar zumindest latent ständig gegenwärtig, und eine permanente psychische Belastung. Die Zustände waren auch an vorgesetzter Stelle bekannt, doch abgesehen von leeren Versprechungen hatte dies kaum Folgen. Ein nur fragmentarisch erhaltener Bericht an den SD belegte für die Lager II, Niederkrossen und das



Zeltlager praktisch tägliche Misshandlungen und sprach von „übertriebenem Prügeln“ – was nahelegte, dass es in den Augen der Deutschen auch „angemessene“ Misshandlungen gab. Dabei erschien den Zwangsarbeitern das Auftreten der ausländischen Wachleute, vor allem der Flamen und Ukrainer, mitunter als ebenso schlimm wenn nicht schlimmer als das der Deutschen. Allerdings handelten die Kollaborateure vielfach auf deutsche Anweisung und „Ermutigung“. Wenn überhaupt eine Untersuchung erfolgte, wie im Falle eines in Lager E zu Tode geprügelten Belgiers, dann wurde diese meist recht schnell eingestellt.

In der Regel ebenfalls mit schweren Misshandlungen, Hungerrationen und Strafarbeit verbunden war die Einweisung in das Straflager der REIMAHG. Die Insassen mussten ihre oft wochenlangen Haftstrafen unter primitivsten Bedingungen verbringen und wurden fast täglich geschlagen. Als Luigi Poggioli vermutlich Anfang 1945 im „Strafstollen“ eintraf, war fast das erste was er sah die bereits angeschwollene Leiche eines Landsmanns. Die Einweisung in das Stollengefängnis oder seinen Vorgänger, Lager O, galt bei den Zwangsarbeitern als halbes Todesurteil.

Poggioli, Luigi

* 22.2.1927 Farini (Emilia-Romagna), Italien

Im Sommer 1944 lernte Luigi Poggioli an der Technischen Oberschule in Piacenza, ca. 40 Kilometer von seinem Heimatort entfernt. Er wurde während einer deutschen Razzia gefangengenommen, da er zu krank war um sich zu verstecken. Zusammen mit anderen Männern aus Farini wurde er zunächst in das Lager „Rosengarten“ in Kahla deportiert, nach anderthalb Wochen dann in das Lager I, später verlegte man ihn ins Lager VII. Das Leben in Lager VII bestand vor allem aus Hunger – Luigi magerte auf knapp 40 Kilogramm ab – Schmutz und harter Arbeit beim Bunkerbau, dazu



kamen bald die ersten Toten unter seinen Kameraden. Er erfuhr mehrfach Hilfe von deutschen Vorgesetzten und Zivilisten, doch erlebte ebenso wie Hitlerjungen auf Ausländer Jagd machten oder Zwangsarbeiter von ihren Vorgesetzten brutal zusammengeschlagen wurden. Während eines Streifzugs zur Nahrungssuche einige Kilometer außerhalb von Jena von einer Zivilistin denunziert, überstand er mit viel Glück eine kurze Haftstrafe im „Stollengefängnis“ der REIMAHG. Kurz vor Ankunft der Amerikaner konnte Luigi, dessen Gruppe wieder ins Lager I verlegt worden war, mit zwei Kameraden fliehen. Über Meiningen und Eisenach kehrte er schließlich nach Hause zurück. Von den 14 Männern aus Farini starben vier oder fünf in der Gefangenschaft, drei weitere fielen kurz nach dem Krieg den Spätfolgen zum Opfer.

1991 besuchte Luigi den Ort seiner Gefangenschaft, eine Entschädigung aus Deutschland erhielt er nie. 2006 veröffentlichte er seine Erinnerungen in Buchform (Lager 7. Storia della mia giovinezza interrotta – Lager 7. Die Geschichte meiner unterbrochenen Jugend).

Es scheint zudem, als ob mehrere Lager über eigene Strafbunker verfügten. In mehreren Fällen wurden Zwangsarbeiter anscheinend direkt ermordet, obwohl es soweit bekannt keine offizielle Ermächtigung für die Vertreter der Betriebsgruppe gab, Todesurteile zu verhängen oder zu vollstrecken. Die Morde wurden wahrscheinlich als angebliche „Not-“ und „Gefahrenabwehr“ kaschiert oder falsche Todesursachen angegeben. Allein aus den Reihen der slowakischen Kriegsgefangenen wurden laut Berichten Überlebender mindestens sieben erschossen, weitere erschlagen. Auch Morde an Gefangenen anderer Nationalitäten sind belegt, sie betrafen sowohl sowjetische als auch italienische und belgische Zwangsarbeiter. Augenzeugen berichteten von mindestens einem Fall, in dem Wind und Wetter als Henker fungierten.



Opfer waren „freigelassene“ Buchenwaldhäftlinge, wohl Niederländer und Franzosen, die angesichts der Bedingungen bei der REIMAHG ihre Rückkehr ins Konzentrationslager forderten. Man ließ sie die Nacht über im Schnee stehen, am Morgen waren die meisten erfroren.

Bei der Betrachtung der Strafpraxis der REIMAHG ist zu berücksichtigen, dass die Betriebsgruppe nicht im luftleeren Raum existierte. Zu den brutalen internen Strafen kam die Drohung, der Gestapo überstellt zu werden, was zumeist Haft in einem KZ, Arbeitserziehungslager oder anderen Lager bedeutete. Diese Drohung machte auch unter den Zwangsarbeitern die Runde. Eine Reihe von Verhaftungen und Überstellungen zur Gestapo Weimar ist belegt, sowie in einigen Fällen eine Gefangenschaft ehemaliger REIMAHG-Zwangsarbeiter im KZ Buchenwald oder einem der SS unterstehenden Arbeitskommando in Bad Sulza, einzelne Zwangsarbeiter wurden offenbar zu „regulären“ Haftstrafen verurteilt. Vor allem aber wurden Männer in das Arbeitserziehungslager Römhild im Landkreis Hildburghausen überstellt, das wegen seiner Brutalität berüchtigt war. Nur von etwa 30 – 40 Prozent der vermutlich 4 – 500 Männern, die während der Haft oder der Zwangsräumung des Lagers starben, sind die Namen bekannt, und selbst von diesen kennt man nicht bei allen den vorherigen Einsatzort. Zweifelsfrei waren unter den Toten fünf Zwangsarbeiter von Firmen, die für die REIMAHG arbeiteten, mit Sicherheit gab es neben diesen Opfern noch andere.

Alle Strafen dienten der „Disziplinierung“ der Zwangsarbeiter durch Terror, obwohl Herrenmenschenattitüden, Sadismus und Habgier ebenfalls eine Rolle spielten.

Medizinische Versorgung

Die Voraussetzungen für eine angemessene medizinische Betreuung der REIMAHG-Zwangsarbeiter waren von vorneherein sehr schlecht. Die Behandlung kranker Ausländer stand



grundsätzlich weit unten auf der Prioritätsliste der Deutschen. Die für sie vorgesehenen medizinischen Einrichtungen waren 1944 mit den bereits in der Region eingesetzten Zwangsarbeitern anderer Betriebe weitgehend ausgelastet. Krankmeldungen von Ausländern standen zudem vielfach unter dem Generalverdacht, diese wollten sich nur vor dem Arbeitseinsatz drücken – eine Geisteshaltung, die von großen Teilen des deutschen medizinischen Personals und der Lagerverwaltungen geteilt wurde. Auch bei der REIMAHG waren solche Vorurteile weit verbreitet. „Simulanten“ sollten ausgesiebt werden. Wohl auch deshalb benötigte man oft die Genehmigung eines Politischen Leiters oder Meisters, um sich krank zu melden. Die nicht medizinisch geschulten Männer, deren Aufgabe es war, aus den Zwangsarbeitern so viel Arbeitsleistung herauszuholen wie irgend möglich, hatten damit einen erheblichen Einfluss darauf, wer überhaupt eine Chance auf Aufnahme im Krankenrevier hatte. Aufgrund des übereilten Aufbaus der Betriebsgruppe dauerte es zudem Monate, bis so etwas wie ein Gesundheitssystem zumindest in Ansätzen existierte. Es scheint so, als ob Angehörige der Produktionsabteilung bevorzugt behandelt werden sollten, doch ist unklar, in welchem Umfang dies umgesetzt wurde. Die Basis der medizinischen Versorgung bildeten die Krankenreviere in den größeren Lagern. Diese erwiesen sich bereits im August 1944 als überlastet, als erstmalig ernste Erkrankungen in größerer Zahl auftraten. Eine Weitergabe der Schwerkranken an normale Krankenhäuser verzögerte sich aus Platzgründen erheblich. Demzufolge waren die Reviere überfüllt, was die ambulante Behandlung leichter Fälle erschwerte und die Infektionsgefahr erhöhte. Die Versorgung mit Sanitätsmaterial war mangelhaft. Das geplante Betriebskrankenhaus war noch Monate von der Fertigstellung entfernt. Der zuständige Lagerarzt machte deutlich, dass die Zustände auf eine Katastrophe zusteuern würden, wenn nicht umfassende Gegenmaßnahmen erfolgten. Ein Bericht des neuen leitenden Betriebsarztes von Anfang Dezember enthüllte jedoch, dass



das Betriebskrankenhaus noch immer nicht voll einsatzbereit und die Versorgung der Reviere weiterhin mangelhaft war. Man hatte also kaum etwas gegen die bekannten Missstände unternommen. Die Schaffung weiterer Massenlager bei Eichenberg und im Leubengrund, das schlechtere Wetter und die Folgen der monatelangen Zwangsarbeit und Unterernährung verschärften die Lage dramatisch. Lager VII erhielt erst eine Krankenbaracke, als gut 800 – 900 Personen in dem halbfertigen Barackenkomplex hausten, der erste Sanitärer traf ein, als es bereits zahlreiche Fälle von Ruhr und Diphtherie gab. Auch in anderen Lagern war die Situation schlecht, in Lager E mussten die Kranken zeitweilig auf dem Boden oder Tischen liegen. Die vielfach verwendeten Revierbaracken mit einer Kapazität von ca. 20 Betten erwiesen sich als zu klein. Die Ausstattung mit Medikamenten war schlecht, viele Reviere hatten Probleme mit Ungeziefer. Infizierte wurden kaum isoliert. Zahlreiche Kranke wurden rigoros zurückgewiesen oder viel zu spät als krank anerkannt. Sie mussten tage- oder wochenlang in den Wohnquartieren bleiben, ohne jede Hilfe und ständig in Gefahr, ihre Kameraden anzustecken oder wegen nachlassender Arbeitsleistung bestraft zu werden. Zum Teil wurden die Insassen mehrerer Lager im selben Revier behandelt, so fungierte die Krankenbaracke von Lager II als Sammelstelle. Mindestens 32 Patienten, vermutlich deutlich mehr, starben in dem Revier, das primär der Versorgung eines Lagers von gerade einmal 1.000 Personen diente. Lager VII wurde kurz vor Kriegsende Abschiebeort für Schwerkranke. Berichte sprechen von Dutzenden Toten, die dort nach Ende des Krieges geborgen wurden. Laut amerikanischen Berichten kurz nach Kriegsende starben in den Lagern im Leubengrund bis zu zehn Kranke täglich. Meistens verfügten die größeren Lager über einen schlecht bezahlten ausländischen Revierarzt, einen deutschen Sanitärer, der zugleich als „Aufpasser“ fungierte, und einige Frauen und Männer als Hilfspersonal. Besonders die ausländischen Ärzte und Pfleger taten oft alles, um den Kranken zu hel-



fen, doch waren ihre Möglichkeiten sehr begrenzt. Sich auf eigene Faust Medizin zu beschaffen, war für Zwangsarbeiter nur selten möglich, denn dass die deutschen Apotheken sie bedienten war nicht garantiert. Manchmal gaben hilfsbereite Deutsche Medikamente weiter oder kauften im Auftrag der Ausländer ein.

Die schlechte medizinische Versorgung der Zwangsarbeiter wirkte sich auch auf jene Frauen aus, die in den Lagern schwanger wurden oder bereits schwanger deportiert worden waren. Schriftverkehr mit der Universitätsklinik Jena belegt, dass es bereits im Oktober 1944 erhebliche Probleme bei der Betreuung gab. Die angebotenen Sprechstunden in Jena wurden zudem später eingeschränkt. Die Geburt von Kindern in den Lagern, offenbar ohne nennenswerte ärztliche Betreuung, ist belegt. Sowohl vor als auch nach ihrer Befreiung wurde eine Anzahl schwangerer Frauen im Betriebskrankenhaus wegen drohender Fehlgeburten behandelt, einige aufgrund starker Blutungen zur Frauenklinik Jena überstellt. Wahrscheinlich gab es infolge der schlechten Lebensbedingungen und mangelnden Betreuung eine Reihe von Fehlgeburten. Mindestens zwei REIMAHG-Zwangsarbeiterinnen wurden zur Abtreibung in das städtische Krankenhaus Weimar überstellt, ein Eingriff nachweislich durchgeführt. In wie weit dabei wie in vergleichbaren Fällen Druck auf die Frauen ausgeübt wurde, dem Eingriff zuzustimmen, lässt sich nicht mit Sicherheit sagen.

Selbst wenn man als krank oder schonungsbedürftig anerkannt wurde, waren die eingeräumten arbeitsfreien Zeiten oft zu kurz, und vielfach wurde während dieser Zeit die ohnehin dürftige Ration gnadenlos halbiert. Diese menschenverachtende Haltung wurde in vielen Lagern und gegen Gefangene aller Nationalitäten praktiziert. Sinn- und Aussprüche, nach denen derjenige, der nicht arbeite, auch nicht essen solle, blieben vielen Überlebenden über Jahrzehnte in Erinnerung. Zahlreiche Kranke meldeten sich nicht sofort, weil sie zwischen der Reduzierung der Ration und der zwei-



felhaften Fürsorge des Lagerreviers abwägen mussten. Viele kamen dementsprechend viel zu spät und in sehr schlechtem Zustand zur Behandlung. Es konnte zudem vorkommen, dass Patienten misshandelt wurden, vor allem wenn die Deutschen ihnen unterstellten zu simulieren oder die Reviere überfüllt waren. Einige Augenzeugen berichten, dass Kranke in den Lagern mitunter direkt durch Injektionen, im Fall der slowakischen Kriegsgefangenen durch Schüsse ermordet wurden, doch lässt sich der Umfang solcher Verbrechen nicht genauer einschätzen. Der 14-jährige Nikolaj Fedorowitsch Baj, der im Zeltlager Bibra im Lazarett arbeitete, war Zeuge, als anlässlich einer Kontrolle ein an Lungenentzündung leidender, nur wenige Jahre älterer Kamerad namens Mischa zu einem nahegelegenen Bach laufen musste. Dort musste er sich ausziehen und wurde zweimal mit Eiswasser übergossen. Lachend erklärte der verantwortliche Deutsche, nachdem er auch Nikolaj mit Eiswasser übergossen hatte, dies sei die richtige Heilungsmethode. Mischa überlebte die Folgen der „Behandlung“ nicht.

Erst Ende November konnte mit der Nutzung des Betriebskrankenhauses im Neuen Schloss in Hummelshain begonnen werden. Die typische schlechtere Behandlung von Ausländern wirkte sich auch in dieser Einrichtung aus. Während das Schlossgebäude vor allem für deutsche Patienten genutzt wurde, deren Stationen oft freie Betten aufwiesen, wurde die Mehrzahl der kranken Zwangsarbeiter in überhastet errichteten Baracken im Schlosspark einquartiert. Die insgesamt acht Gebäude sollten als Krankenquartiere, Küchenbaracke und Leichenhalle dienen, doch wurde mindestens eines der Gebäude bis Kriegsende nicht fertiggestellt. Vor allem die Baracke I – IV waren voll belegt, wobei Baracke IV als Quartier für Fälle mit schweren Infektionskrankheiten diente. Die Gebäude waren zum Zeitpunkt ihrer Nutzung vielfach noch nicht fertig, die Beheizung schlecht organisiert. Trotz Nachfrösten wurden die Baracken zeitweise nicht geheizt, nur das deutsche Personal erhielt Pelzwesten. Die meisten



Berichte überlebender Zwangsarbeiter bescheinigen dem Krankenhaus, dass das Personal die Kranken zumeist korrekt behandelte und die Zustände hier deutlich besser waren als in den Lagerrevieren, so konnte man sich gründlich waschen. Die Sterblichkeit war dennoch hoch. Die Belegschaft des Betriebskrankenhauses setzte sich aus mehreren deutschen und ausländischen Ärzten, Schwestern des Deutschen Roten Kreuzes, Pflegekräften und Hilfspersonal zusammen. Etwa die Hälfte waren Ausländer. Wie im Fall des medizinischen Personals der Lager gab es deutsche und ausländische Männer und Frauen, die sich engagiert, ja aufopferungsvoll für die Kranken einsetzten, doch galt dies keineswegs für alle. Zudem wurden Kranke vielfach verfrüht entlassen, mindestens 30 ehemalige Patienten starben nach ihrer Rücküberstellung in die Lager.

Da für die Lagerlazarette kaum verlässliche Zahlen vorliegen, lässt sich der Gesamtkrankenstand der REIMAHG nicht abschätzen. Die offiziellen Zahlen – Ende November bis 15 Prozent, im Dezember laut des neuen Betriebsarztes angeblich etwa fünf – sind wenig aussagekräftig, da viele Kranke nicht anerkannt wurden. So galt etwa in Lager E laut Berichten der Grundsatz, es „dürfe“ nur einen Krankenstand von fünf Prozent geben. Die wahren Zahlen lagen weit darüber. Etwa ab Jahresende grassierten insbesondere in den Lagern VII und E Ruhr, Typhus bzw. Fleckfieber und Tuberkulose. Zu den Infektionskrankheiten kamen Verletzungen, Hungerödeme und Hautkrankheiten, oft in Folge der schlechten sanitären Bedingungen. Die häufig gestellte Diagnose „Allgemeine Schwäche“ stand für die Folgen von Unterernährung und Zwangsarbeit. Allein im Betriebskrankenhaus wurden deutlich über 1.000 REIMAHG-Zwangsarbeiter behandelt, dazu kamen sicherlich weit über 1.000 Fälle in den Lagerlazaretten. Hunderte Zwangsarbeiter wurden trotz Verletzungen oder Krankheiten überhaupt nicht eingewiesen und überlebten oder starben auf sich allein gestellt. Der Prozentsatz der schwerkranken Zwangsarbeiter war bezogen



auf die Gesamtzahl weitaus höher als bei den Deutschen, von denen viel weniger wegen Ruhr, Typhus und Tuberkulose behandelt wurden, wesentlich mehr wegen vergleichsweise geringfügiger Beschwerden.

Zu den Kranken bei der Betriebsgruppe kamen noch jene, die gewissermaßen „exportiert“ wurden. In den ersten Monaten war die Überweisung in externe Krankenhäuser die einzige Möglichkeit, schwerere Fälle zu behandeln. So kamen vermutlich einige hundert Ausländer nach Jena, Rudolstadt und Stadtroda, mehrere Dutzend verstarben dort. Zudem versuchte die Betriebsgruppe 1945 mindestens zweimal, eine größere Zahl von Kranken abzuschieben. Laut Augenzeugen wurden einige hundert vermutlich italienische Kranke, vor allem aus Lager VII, auf Bauernhöfe zwischen Erfurt und Berlin verteilt, nachdem der zunächst geplante Abtransport nach Italien gescheitert war. Ein weiterer Transport kurz vor Kriegsende brachte einen Teil der Kranken nach Meiningen, wo einige trotz ihres schlechten Zustands arbeiten musste. Es scheint, als ob diese Transporte nicht die einzigen waren, insgesamt waren vermutlich etliche hundert Menschen betroffen. Es ist anzunehmen, dass viele nicht überlebten.

Die Toten der REIMAHG

Die Toten der REIMAHG – bei denen es sich zu fast 99 Prozent um ausländische Zwangsarbeiter und Kriegsgefangene handelte – waren der deutlichste Ausdruck, wofür die Betriebsgruppe stand. Nicht für technisch innovative Endprodukte wie die Düsenjäger, auch nicht für beeindruckende Leistungen beim Aufbau eines Werkes unter schwierigen Bedingungen, sondern für die Ausbeutung, Misshandlung und zumindest billigend in Kauf genommene massenhafte Tötung von Menschen aus halb Europa. Die genaue Zahl der Opfer wird sich niemals mit Sicherheit ermitteln lassen. Doch es steht fest, dass es sehr viele waren, mehr als in den meis-



ten anderen Zwangsarbeiterwerken. Spätestens ab Ende der 1960er-Jahre waren rund 1.000 Tote belegt, die standesamtlich verzeichnet sind und der REIMAHG zugeordnet werden konnten. Bei diesen handelte es sich jedoch, wie von Anfang an feststand, nur um einen Teil der Opfer. Die Betriebsgruppe war ihrer Meldepflicht bereits Ende 1944 sehr nachlässig nachgekommen. Die REIMAHG-Verwaltung hatte sogar intern mitunter Schwierigkeiten, Tote zu identifizieren. Mehr als die Hälfte der registrierten Todesfälle ereigneten sich zwischen Januar und März 1945. Es ist davon auszugehen, dass die Betriebsgruppe zu diesem Zeitpunkt noch weit weniger in der Lage oder willens war, genaue Angaben bei den örtlichen Behörden zu machen. Nach dem Krieg schätzten diese, die Betriebsgruppe habe hunderte Tote ohne Anmeldung beisetzen lassen. Tatsächlich lassen sich für nahezu alle eingesetzten Nationalitäten nicht registrierte Opfer nachweisen. Zudem sind zu den Toten in und um den Walpersberg, in den Lagerstandorten und Behandlungszentren wie Jena, Rudolstadt, Hummelshain und Stadtröda noch jene hinzuzurechnen, die an anderen Orten verstarben. Hunderte zum Teil schwerkranke Zwangsarbeiter wurden abtransportiert, ihr Verbleib ist ungewiss. Mindestens einige Dutzend Ausländer wurden zur Bestrafung in Arbeitserziehungs-, Konzentrations- und andere Haftlager der SS, Gestapo und deutschen Justiz überstellt. Auch unter ihnen gab es Tote. Vor allem kamen während der zwangsweisen Räumung der Ausländerlager und den anschließenden Transporten kurz vor Kriegsende, die stellenweise den Todesmärschen der Häftlinge der Konzentrationslager ähnelten, zahlreiche Menschen ums Leben. Zwar ist kein größeres Massaker mit Sicherheit belegt, doch gibt es zahlreiche Hinweise, dass marschunfähige Zwangsarbeiter am Wegesrand erschossen wurden. Anscheinend wurden zwischen Herschdorf und Schlettwein bei Pößneck fünf Italiener ermordet. Im thüringischen Knau blieben nach dem Durchmarsch eines Transportes von REIMAHG-Zwangsarbeitern zehn namenlose Leichen zurück, die vermutlich den



Wachmannschaften und Entbehrungen zum Opfer gefallen waren. Andere Männer und Frauen gerieten während der Transporte in Luftangriffe oder das Kreuzfeuer deutscher und alliierter Truppen. Und selbst wer die Befreiung erlebte, dessen Gesundheit war nicht selten derart ruiniert, dass er Wochen, Monate, vielleicht auch einige Jahre nach dem Krieg an den Spätfolgen der Entbehrungen und Krankheiten starb. Deshalb muss man davon ausgehen, dass insgesamt mindestens 2.000, wahrscheinlich aber eher bis zu 3.000 Zwangsarbeiter und Kriegsgefangene direkt bei der REIMAHG, während der Zwangsräumung der Lager oder nach der Befreiung an den Folgen der Deportation verstarben. Die seit etwa den 1960er-Jahren mehrfach genannten Schätzungen von 5. – 6.000 Toten dürften jedoch zu hoch gegriffen sein, zumal sie sich vor allem auf Todesfälle vor Ort bezogen. Eine derart große Zahl Todesfälle und Beisetzungen lässt sich trotz aller Unsicherheitsfaktoren nicht ansatzweise belegen und kann deshalb ausgeschlossen werden. Doch selbst die „geringere“ Zahl von Opfern unterschied die REIMAHG deutlich von den meisten anderen Einsatzorten für zivile Zwangsarbeiter und nichtsowjetische Kriegsgefangene. Im nahegelegenen Jena kamen während des gesamten Krieges über 14.000 ausländische Zwangsarbeiter und Kriegsgefangene zum Einsatz. Umfangreiche Recherchen der Stadt konnten bisher etwas mehr als 550 Todesopfer nachweisen. Auch in diesem Fall ist mit einer – wenngleich weitaus geringeren – Dunkelziffer zu rechnen. Allerdings zeigt diese Vergleichszahl, dass die Sterblichkeit der Zwangsarbeiter zwar hoch, aber deutlich geringer als bei der REIMAHG war. Dazu kommt, dass Dutzende der in Jena verzeichneten Toten dort behandelte und beigesetzte Ausländer der Betriebsgruppe waren. Von den etwa 1.500 bis 2.000 bei den REIMAHG-Nebenwerken beschäftigten Zwangsarbeitern verstarben vermutlich etwa 100 oder mehr vor Ort oder an den Folgen der Gefangenschaft. Auch in diesem Fall war die Zahl der Opfer erheblich, lag aber weit unter der des Werkes bei Kahla.



Mit weit über 100 standesamtlich belegten und wohl mindestens 100 nicht registrierten bzw. an den Spätfolgen Verstorbenen war die Zahl der sowjetischen Opfer zweifellos hoch. Dies galt auch für die Polen, bei denen von gut 120 – 150 Toten auszugehen ist. Wie schnell die Zwangsarbeit bei der Betriebsgruppe tödlich enden konnte, bewies ein Transport aus dem Gebiet von Iłża in der Woiwodschaft Masowien, der am 27. Januar 1945 im Lager II eintraf. Von rund 90 Männern starben im März und April nicht weniger als zehn, vermutlich gab es nach dem Krieg noch weitere Opfer. Ein knappes Vierteljahr Zwangsarbeit „genügte“ in diesem Fall für eine Sterblichkeit von über zehn Prozent. Die Sterberate der „Ostarbeiter“ und Polen bei der REIMAHG, Angehörige von Nationalitäten, die von vielen Deutschen als „Untermenschen“ diskriminiert und schlecht behandelt wurden, überstieg damit die ihrer Landsleute in vielen anderen Werken im Reichsgebiet. Doch für die Verhältnisse bei der Betriebsgruppe war das noch nicht einmal etwas Besonderes. Auch von den Franzosen, als Westeuropäer normalerweise besser gestellt, starben bei der REIMAHG zwischen fünf und zehn Prozent. Noch einiges über der ohnehin hohen Sterblichkeit dieser Nationalitäten lagen die Opferzahlen der Belgier, Italiener, Niederländer und Slowaken. Im Fall der Niederländer waren unter den rund 30 Toten mindestens vier, die zuvor aus dem KZ Buchenwald „entlassen“ worden waren. Von 1.400 nach Kleindembach deportierten Slowaken wurden rund 120 standesamtlich als verstorben erfasst. Beigesetzt wurden jedoch allein in Nähe des Kriegsgefangenenlagers mindestens 140, wahrscheinlich aber 152, laut einzelner Angaben sogar weitaus mehr. Dazu kamen vier Tote in Hummelshain. Es fällt auf, dass nur wenige der Slowaken ins Betriebskrankenhaus kamen, die meisten gingen im Lager oder seinem Krankenrevier zugrunde. Möglicherweise wurden einige Kranke und Verletzte auch mit geringen Überlebenschancen ins Stammlager Bad Sulza zurückgeschickt. Dass die tatsächliche Zahl der Opfer wahrscheinlich deutlich höher war,



belegen Berichte wie auch eine Lokalstudie. Nach Augenzeugenaussagen wurde nach dem Krieg eine unvollständige Liste von 170 Toten erstellt. Von ca. 120 slowakischen Gefangenen aus der Region Levice starben vermutlich mehr als 40 im Lager, während der Zwangsräumung oder kurz nach der Heimkehr. Die meisten von ihnen wurden nicht standesamtlich erfasst. Es ist deshalb davon auszugehen, dass insgesamt mindestens 200, wahrscheinlich aber eher 250 – 300 oder mehr Slowaken an den Folgen der Gefangenschaft bei der REIMAHG starben.

Die meisten Belgier kamen erst im Herbst 1944 zur Betriebsgruppe. Selbst wenn man nur die rund 150 standesamtlich verzeichneten Toten berücksichtigt, muss man davon ausgehen, dass etwa jeder zehnte belgische Zwangsarbeiter nicht überlebte. Eine so hohe Sterblichkeit unter zivilen westeuropäischen Deportierten war extrem selten. Zudem belegen zahlreiche Quellen, Berichte und Detailuntersuchungen, dass viele Tote in den offiziellen Listen fehlten. Der italienische Zwangsarbeiter Ladislao Paglia lernte einen Belgier kennen, der als einziger von acht Verhafteten noch am Leben war. Der Belgier Armand Lemoine war mit elf anderen als Opfer einer Festnahme von Geiseln in das Lager E gekommen. Vier seiner Kameraden starben, und mehrere weitere litten noch lange an den Spätfolgen der Gefangenschaft. Insgesamt dürften bis zu 20 Prozent der belgischen Zwangsarbeiter der REIMAHG zugrunde gegangen sein.

Die Italiener als eine der größten Gruppen hatten die meisten Toten zu beklagen. Allein die ca. 450 standesamtlich erfassten Toten standen für eine Sterberate von über zehn Prozent. Die Wahrheit war jedoch noch weit schlimmer. So nannte ein Bericht des Arztes von Lager VI 40 standesamtlich nicht erfasste italienische Tote, die zumeist im April 1945 starben. Auch wenn sich der Bericht vermutlich auf mehrere Lager des Leubengrunds bezog, ist angesichts der Situation davon auszugehen, dass eine Reihe Tote auch in diesen internen Unterlagen fehlten. Nach dem Krieg gingen bei den deut-



schen Behörden zahlreiche Suchanfragen nach Vermissten ein, deren Spur sich in den Lagern der REIMAHG verlor. Auch Erinnerungsberichte erwähnten oft namentlich bekannte tote Kameraden, die in den offiziellen Listen fehlten. Wie hoch die Sterblichkeit war, belegt das Schicksal einiger Gruppen. Der junge Zwangsarbeiter Furio Gabbrielli überlebte die Zwangsarbeit in Kahla, nicht zuletzt dank der Hilfe deutscher Zivilisten, sein Vater aber starb an den Folgen von Zwangsarbeit und Unterernährung. Von Furios Barackenkameraden überlebte nur jeder Dritte, bis auf die Knochen abgemagert. Afro Vasirani, Gefangener in Lager E, verlor vier Bekannte in den Lagern, vier überlebten. Aus Robecco sul Naviglio, einer Stadt mit etwas über 3.500 Einwohnern in der Lombardei, wurden 35 Männer im REIMAHGLager „Rieseneck“ interniert. Neun von ihnen starben, ein weiterer erlag einige Jahre darauf den Spätfolgen. Angesichts dieser und zahlreicher anderer Beispiele ist davon auszugehen, dass die wahre Opferzahl eher bei 750 – 1.000 lag, was bedeutete, dass mindestens ein Viertel der Italiener die Zwangsarbeit nicht überlebte.

Besonders in der letzten Kriegsphase wurde der Tod in Lagern wie E, VII und Kleindembach zu etwas Alltäglichem. Die Zustände ähnelten denen in einigen KZ-Außenlagern. Augenzeugenberichte und Tagebucheintragen sprachen von mehreren Toten pro Tag, von teils bis zum Skelett abgemagerten Sterbenden. Die halb verhungerten, entkräfteten Zwangsarbeiter, die nur noch einen Schritt vom Tode entfernt waren, konnten mitunter kaum noch Betroffenheit für ihre toten Kameraden aufbringen. Die weitaus meisten Toten waren Angehörige der Bauabteilung. Der Umstand, dass diese zumeist härter arbeiten mussten, ihre Lager und Versorgung oft in schlechterem Zustand waren und sie generell mit noch größerer Brutalität und Menschenverachtung behandelt wurden als ihre Kameraden, verringerte ihre Überlebenschancen erheblich. Unter den Produktionsarbeitern gab es offenbar deutlich weniger Tote, unabhängig von der Nationalität. Bei der Betriebsgruppe hatte die „Rassenhierarchie“ der Nazis,



die normalerweise großen Einfluss auf die Sterblichkeit hatte, an Wirkung verloren. Westeuropäer wie Belgier und Niederländer ebenso wie Einwohner theoretisch noch mit dem Deutschen Reich verbündeter Satellitenstaaten wie die Slowakei und die Republik von Salò starben in gleicher oder sogar größerer Zahl wie Polen und Bürger der UdSSR. In welchem Lager man leben musste und welche Arbeit man zu verrichten hatte, hatte einen größeren Einfluss auf die Überlebenschancen als die Nationalität. Die unvollständigen Unterlagen selbst bei vielen standesamtlich erfassten Toten machen es nahezu unmöglich, die Todesursachen umfassend zu analysieren. Auffällig ist jedoch, dass Schwäche (mitunter mit dem Fachausdruck *Debilitas* bezeichnet), Unterernährung und Ödeme bei etwa 40 Prozent der registrierten Toten als eine oder einzige Todesursache verzeichnet wurden. Die „Diagnosen“ sind mit Sicherheit zumeist auf Unterernährung und harte Arbeit zurückzuführen, wie auch die meisten Toten durch Herzerkrankungen und Herzrhythmusstörungen. In großer Zahl starben Zwangsarbeiter zudem an Infektionskrankheiten wie Diphtherie, Lungenentzündung, Typhus und Tuberkulose, die sich unter den geschwächten Gefangenen in den überfüllten, verdreckten Lagern leicht verbreiten konnten und mit deren Bekämpfung die Lagerreviere vollkommen überfordert waren. In geringerem Umfang trugen zudem Kälte, vor allem aber Arbeitsunfälle zur Sterblichkeit bei. Eine Reihe Zwangsarbeiter sah offenbar keinen anderen Ausweg mehr, als sich umzubringen. Ein sowjetischer Zwangsarbeiter des Lagers Zeusch erhängte sich am 7. Dezember 1944. Zuvor hatte er Kameraden gesagt, es gäbe nur noch halbe Rationen, da wolle er lieber sterben. Auch im Lager E gab es offenbar mehrere Selbstmorde. In einigen Fällen wurden möglicherweise falsche Todesursachen angegeben, um Übergriffe des Wachpersonals zu kaschieren. Einschließlich der Morde während der Zwangsräumung der Lager ist davon auszugehen, dass mindestens einige Dutzend Zwangsarbeiter direkt durch Schläge und Schüsse ermordet wurden.



Es überrascht wenig, dass die Verantwortlichen der REIMAHG und die örtlichen Behörden, die bereits lebende Zwangsarbeiter vielfach bestenfalls mit Gleichgültigkeit behandelten, wenig Respekt im Umgang mit den Toten zeigten. Die Leichen galten eher als logistisches, hygienisches und propagandistisches „Problem“. Von Empathie mit den Toten, deren Kameraden und Familien war nichts zu bemerken. Nur in wenigen Fällen wurde vermerkt, wer in welchem Grab lag. An eine individuelle Kennzeichnung, angemessene Trauerzeremonie oder Grabpflege war zumeist nicht zu denken. Der Umgang mit den Verstorbenen hing von den örtlichen Gegebenheiten ab. In Jena gestorbene REIMAHG-Zwangsarbeiter wurden in Einzelgräbern auf dem Nordfriedhof beigesetzt, neben dem Großteil der toten Zwangsarbeiter der Saalestadt. Die Gräber waren zumeist schmuck- und trostlos, doch in Einzelfällen konnten Kameraden Geld sammeln, um einen einfachen Grabstein in Auftrag zu geben. Einige Gräber von Toten der Betriebsgruppe befanden sich offenbar auf den Friedhöfen von Bibra, Jägersdorf, Kleineutersdorf und Orlamünde, obwohl eine eindeutige Zuordnung nicht immer möglich war. Auf regulären Gräberfeldern in Kahla und Löbschütz liegen ebenfalls einige REIMAHG-Zwangsarbeiter. Auch das Betriebskrankenhaus in Hummelshain nutzte den örtlichen Friedhof. Die Beisetzung erfolgte nachts, ohne kirchlichen Beistand. Wie viele Tote es genau waren, war nicht einmal den Verantwortlichen bekannt, vermutlich etwas mehr als 170. In Kleindembach wurden nur die ersten drei toten Slowaken auf dem Gemeindefriedhof mit kirchlichem Zeremoniell beigesetzt. Ihre Kameraden verscharfte man in Papiersäcke gewickelt oder nackt auf einem eigens angelegten Gräberfeld nahebei. Etwa ein Dutzend Ausländer wurde auf, bzw. neben dem Gemeindefriedhof von Großeutersdorf beigesetzt. Neben dem Friedhof von Kahla entstand eigens eine große Begräbnisstätte. Nur die ersten 30 Toten wurden eingesargt und in Einzelgräbern beigesetzt, dann ging man zu Massengräbern über. Zuletzt wurden die Toten mit Schubkarren zu den Gruben



gebracht und in Decken gehüllt hineingeworfen. Das Sterben nahm solche Ausmaße an, dass das Begräbniskommando der Toten nicht mehr Herr wurde. Nicht eingesargte Leichen blieben mitunter eine Woche oder länger in der Leichenhalle liegen. Bis zum 20. Februar 1945 waren bereits mindestens 400 Leichen verscharrt worden, mehrere Dutzend lagen in der Leichenhalle. Die meist genannte Zahl von ca. 650 Toten auf diesem Friedhof ist vermutlich zu gering angesetzt, da die Beisetzungen bis zum Kriegsende und vermutlich auch darüber hinaus fortgesetzt wurden. Angesichts der großen Zahl der Toten und der Vielzahl der Beisetzungsorte war das Ausmaß des Sterbens bei der REIMAHG auch für die Anwohner unübersehbar. Zumindest in einem Fall rief dies anscheinend deutliche Betroffenheit hervor, die auch artikuliert wurde. Das Schild, welches das Betreten des Gräberfeldes auf dem Friedhof von Kahla untersagte, wurde von unbekannter Hand mit dem Zusatz „unsere Schande!“ ergänzt. Über die Friedhöfe und die in deren Nähe angelegten Gräber hinaus ging man dazu über, die Toten unmittelbar neben den Lagern zu verscharren. Einzelne Beisetzungen fanden in der Nähe der Lager I, III, im Leubengrund und beim Lager „Rosengarten“ statt. Mehrere Augenzeugen berichteten, dass am Rande von Lager VII ein oder mehrere Massengräber mit Leichen gefüllt, diese mit Kalk bestreut und die Gruben zugeschüttet wurden. Möglicherweise befinden sich im Leubengrund bis heute ungekennzeichnete Massengräber. Mindestens zwei Dutzend Tote wurden bei Lager E verscharrt. Eine ähnliche Anzahl von Toten begrub man bei Lager II. Die Beisetzungen erfolgten oft überhastet und anonym. Einzelne Tote wurden vermutlich direkt am Walpersberg in Löchern oder Baugruben begraben. Nachkriegsberichte halten es für möglich, dass es in der Umgebung noch unbekannte Gräber gab. Eine Benachrichtigung der Familien der Verstorbenen erfolgte so gut wie nie, viele individuelle Anfragen nach dem Krieg konnten von den örtlichen Gemeindeverwaltungen nicht beantwortet werden. Erst Jahrzehnte nach dem Krieg hatten einige Angehörige



von Toten und Verschollenen die Möglichkeit, Grabsteine auf dem Friedhof von Kahla errichten zu lassen, ohne dass mit Sicherheit feststand, wo die Verstorbenen beigesetzt worden waren.

Das Ende der REIMAHG und die ersten Nachkriegsjahre

Angeichts des Vormarsches alliierter Bodentruppen war spätestens Anfang April 1945 klar, dass sich das REIMAHG-Werk bald in deren Reichweite befinden würde. Möglicherweise wurde ein Teil der Fertigungsmaschinen und Flugzeugteile für die Evakuierung vorbereitet, ein Abtransport in größerem Umfang kam aber nicht zustande. Teile der technischen und Verwaltungsunterlagen wurden im Berg versteckt, zerstört oder für den Transport verpackt. Bis heute virulente Gerüchte über komplette Düsenjäger, andere „Wunderwaffen“ oder Raubkunst, die im Walpersberg angeblich versteckt wurden, haben jedoch offenkundig keinen wahren Kern. Etwa ab dem 30. März, mitunter auch erst einige Tage später, kamen die Bauarbeiten zum Erliegen. Ein Teil des deutschen Personals begann sich abzusetzen. Sowohl bei Kriegsende als auch danach gab es Gerüchte und Augenzeugenberichte, dass seitens der NSDAP oder des Kampfkommandanten im benachbarten Jena Planungen bestanden, die Zwangsarbeiter der Betriebsgruppe massenhaft zu ermorden. Vergleichbare Überlegungen gab es auch an anderen Orten, so dass ein geplantes Massaker durchaus denkbar ist.

Glücklicherweise kam es nicht mehr dazu, obwohl einzelne, nicht zweifelsfrei belegte Berichte über Gruppenerschießungen vorliegen. Schrittweise wurden die Lager der REIMAHG unter zum Teil chaotischen Zuständen geräumt, Kranke und Schwache im Leubengrund und bei Hummels-hain zusammengetrieben. In bewachten Kolonnen wurde ein großer Teil der noch marschfähigen Zwangsarbeiter zwischen dem 4. und 10. April vor den vorrückenden Alliierten



zwangsevakuiert. In einigen Lagern flohen die Wachmannschaften vorzeitig, sodass die Zwangsräumung unterblieb. Außerdem gelang es vielen Zwangsarbeitern, aus den Lagern oder Kolonnen zu fliehen und sich in der Umgebung zu verstecken. Mitunter halfen ihnen Einheimische. Wer nicht so viel Glück hatte, musste oft ohne geregelte Versorgung tagelang in endlosen Kolonnen aus hunderten erschöpften Männern und Frauen marschieren. Die Zwangsarbeiter wurden von den Flüchen und Schlägen der Wachen angetrieben, stets in der Gefahr erschossen zu werden, wenn sie nicht mehr weiterlaufen konnten. Hauptmarschrichtung war Süden und Südosten. Einige der Transporte kamen bis nach Bayern oder in die Tschechei, bevor die Wachmannschaften schließlich die Sinnlosigkeit ihres Tuns erkannten und desertierten.

Ohne größere Kampfhandlungen besetzten Soldaten der 89. US-Infanteriedivision ab dem Nachmittag des 12. April Kahla und Umgebung. Kurz darauf sicherten sie das Werk. Binnen weniger Tage gelang es, auch die Zwangsarbeiterlager östlich der Saale zu befreien. Auch wenn die Zwangsarbeiter im besseren Zustand waren als etwa die KZ-Häftlinge, welche die 89. in Ohrdruf befreit hatte, waren viele krank und unterernährt, einige lagen im Sterben. Die Amerikaner stellten binnen kurzem sicher, dass sich die Versorgung und Lebensbedingungen für die Befreiten deutlich verbesserten, so dass viele sich recht schnell erholten. Schrittweise begann die Repatriierung der Zwangsarbeiter. Schwerkranke wurden aus den Lagern nach Hummelshain, zum Teil auch nach Jena evakuiert und dort behandelt. In einzelnen Fällen erzwangen die Amerikaner eine Konfrontation der Einwohner mit den in ihrer Nachbarschaft begangenen Verbrechen, indem sie Zivilisten durch das Lager E oder auf den Friedhof von Hummelshain führten. Amerikanische Spezialisten begutachteten in den folgenden Wochen das Werk, laut einigen Augenzeugen wurden mehrere Flugzeuge und Produktionsmaschinen abtransportiert.



In den ersten Tagen nach der Befreiung kam es zu vereinzelten Übergriffen durch Zwangsarbeiter, die sich an REIMAHG-Angestellten oder Zivilisten rächen wollten. In der lokalen Erinnerung an das Kriegsende recht präsent blieben zudem Plünderungen, bei denen sich die Ausländer vor allem Lebensmittel und Kleidungsstücke beschafften. Es kam auch zu Misshandlungen, einzelne Deutsche wurden getötet. Die lokale Überlieferung dieser Übergriffe ignoriert freilich zumeist wesentliche Ursachen der Zwischenfälle. Vor allem die menschenverachtende Haltung, die nicht wenige Deutsche an den Tag gelegt hatten, wurde ähnlich wie die katastrophalen Zustände in den Lagern zum Teil schnell verdrängt. An den Plünderungen, die man allein den Ausländern zuschob, beteiligten sich auch Deutsche.

Am 3. Juli 1945 verließen die letzten Amerikaner Kahla, am Folgetag trafen die Vorauskommandos der sowjetischen Truppen als neue Besatzungsmacht ein, die auch die Verantwortung für das REIMAHG-Werk und die noch anwesenden Zwangsarbeiter übernahm.

Die Heimkehr der befreiten Zwangsarbeiter zog sich mitunter über Monate hin. Viele waren zunächst noch zu schwach für die Heimreise. Teile des Verkehrsnetzes waren zerstört. Was noch einsatzbereit war, war durch den Transport von Millionen von Soldaten, Flüchtlingen und befreiten Häftlingen, Kriegsgefangenen und Zwangsarbeitern überlastet. Deshalb konnten bis zum Besatzungswechsel im Juli nur die meisten der befreiten Westeuropäer und ein Teil der Polen und Sowjetbürger aus Kahla abtransportiert werden. Einige Osteuropäer zogen es vor, die Amerikaner zu begleiten, weil ihr Zuhause in Trümmern lag oder sie ihren Regierungen nicht trauten. Die meisten Polen und Bürger der Sowjetunion kehrten jedoch in ihre Heimat zurück. Die sowjetischen Behörden evakuierten im Juli und August fast alle der noch in und um Kahla verbliebenen über 1.200 Ausländer, unter denen ehemalige REIMAHG-Zwangsarbeiter sicher die Mehrheit bildeten.



Vor allem die sowjetischen Zwangsarbeiter wurden von den Behörden ihres Staates mit Misstrauen behandelt. Arbeit für die Deutschen, auch wenn sie erzwungenermaßen erfolgt war, galt bereits als halber Verrat. Viele REIMAHG-Zwangsarbeiter durchliefen so genannte Filtrierungslager, in denen Kollaborateure ausfindig gemacht werden sollten. Die meisten befreiten Deportierten kehrten recht schnell in die Heimat zurück. Einige wurden zeitweilig, vielleicht sogar längere Zeit inhaftiert. Für das weitere Leben der ehemaligen Zwangsarbeiter bedeutete die Zeit im Lager einen dunklen Fleck in der Biografie, der ihnen noch Jahre später vorgehalten werden konnte und Nachteile mit sich brachte. Überprüfungen, wenn auch weitaus weniger rigoros, richteten sich auch gegen die ehemaligen belgischen Zwangsarbeiter. Das Misstrauen war nicht grundlos, denn vereinzelt versuchten ehemalige Angehörige des Werkschutzes, unter ihren Landsleuten unterzutauchen. Viele Überlebende litten Monate, teilweise Jahre unter den körperlichen und seelischen Belastungen der Gefangenschaft. Sie hatten Freunde und Angehörige, Hab und Gut verloren und mussten sich in der nicht selten stark zerstörten Heimat ein neues Leben aufbauen. Eine Entschädigung erhielt in den Jahren vor 2000 nur eine Minderheit. Nach der Jahrtausendwende kamen über die Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ und deren nationale Partnerorganisationen nachweislich einige Belgier, mindestens 90 Weißrussen, etwa 70 Ukrainer, 50 Polen und 20 Bürger der Russischen Föderation in den Genuss von Zahlungen in Höhe von jeweils einigen tausend Euro. Viele – etwa die IMI, aber auch fast alle italienischen Zivildeportierten – gingen leer aus, was die Überlebenden aus gutem Grund als beleidigend und ungerecht empfanden.

Die Lager der REIMAHG und das Werk waren in den ersten Nachkriegswochen durch Deutsche und Ausländer geplündert, zum Teil auch von den Zwangsarbeitern gezielt verwüstet worden. Sie nutzten die günstige Gelegenheit, die verhassten Symbole ihres Leidens zu zerstören. Lager II, E



und die von der REIMAHG am Zollhügel bei Kahla gebauten Baracken dienten ab Sommer 1945 als Unterkunft für deutsche Flüchtlinge, Vertriebene und Umsiedler, Anfang Oktober waren es bereits 1.200. Versorgungsengpässe und Krankheiten führten zu einigen Todesfällen, doch anders als während der Nutzung als Zwangsarbeiterlager setzte sich die örtliche Verwaltung einschließlich der sowjetischen Behörden für eine Verbesserung der Zustände ein. Natürlich war auch die Behandlung der Lagerinsassen eine weitaus bessere. Erst im März 1946 wurden die Lager endgültig geräumt.

Die sowjetische Besatzungsmacht setzte die Demontage des Werkes fort. Im Herbst 1945 waren bis zu 1.000 Anwohner und Umsiedler damit beschäftigt. Die Arbeit war relativ gut bezahlt aber anstrengend. Viele Deutsche versuchten sich den Einsätzen zu entziehen. Ein Teil der Rohstoffe kam dem Wiederaufbau in der Region zugute, was zum Teil zu Verteilungskämpfen unter den Gemeinden führte, die sich auch um die noch verwendungsfähigen Baracken und Gebäude zankten. Nach Abschluss der Demontage gingen die sowjetischen Dienststellen dazu über, Bunker- und Stollenanlagen sowie die Startbahn zu zerstören. Ab Anfang Februar 1947 fand eine Reihe von Sprengungen statt, die Zerstörung vor allem der unterirdischen Anlagen gelang jedoch nur teilweise.





Nachwirkungen im geteilten und im vereinten Deutschland

Die verbleibenden Stollen stellten eine potenzielle wenn auch begrenzte Gefahr dar, da es mehrfach zu Spaltenbildung und Einstürzen kam. Illegales Betreten ließ sich nie völlig ausschließen. Zum Teil nutzte man die Stollen ab Mitte der 1950er-Jahre zur Einlagerung von Feldfrüchten, später für ein Archiv von Bohrkernen. Nutzungspläne für eine Pilz- oder Hühnerzucht erwiesen sich als undurchführbar. Das Ministerium für Staatssicherheit führte mehrere Probegrabungen durch, fand aber in den bereits gründlich ausgeäumten Stollen wenig Interessantes. Ab 1974 begann der Ausbau der Anlage zum Bestandteil des Komplexlagers 22 der Nationalen Volksarmee der Deutschen Demokratischen Republik. Dafür wurde ein Teil der Stollen mit Spritzbeton befestigt, Zufahrtswege angelegt und Platz für die Lagerung von Munition (sowohl Infanterie- als auch Artilleriegeschosse) und Sprengstoffen geschaffen. Auf mehr als 22.000 Quadratmetern konnten 6.000 Tonnen Material eingelagert werden. Nach der Wiedervereinigung der zwei deutschen Staaten übernahm die Bundeswehr das Areal, ließ es in den Folgejahren räumen und gab die Nutzung schließlich aus Kostengründen auf. Inzwischen ist der „Geschichts- und Forschungsverein Walpersberg“ Besitzer der Anlage. Ob die Stollen künftig dauerhaft für Begehungen zur Verfügung stehen werden, lässt sich noch nicht absehen. Der historische Wert wird zudem dadurch gemindert, dass bestenfalls der Teil begehbar gemacht werden könnte, der im Ausbaurzustand des DDR-Munitionslagers erhalten ist. Vor allem im ersten Nachwendejahrzehnt war der Walpersberg und die Umgebung wiederholt Ziel von Raubgräbern, in den letzten Jahren ließen diese Vorkommnisse jedoch stark nach.



Eine juristische Aufarbeitung der bei der REIMAHG begangenen Verbrechen erfolgte nur ansatzweise. Fritz Sauckel als einer der Hauptverantwortlichen wurde vor allem wegen seiner Verbrechen als GBA in den Nürnberger Prozessen zum Tode verurteilt und hingerichtet, die REIMAHG spielte dabei keine Rolle. Ein weiterer wesentlicher Mittäter, SS-Brigadeführer Pflomm, brachte kurz vor Kriegsende sich und seine gesamte Familie um. Etliche Mitarbeiter der Betriebsgruppe höheren und mittleren Rangs setzten sich in die westlichen Besatzungszonen ab. Ihre Rolle bei der REIMAHG wurde nie genauer juristisch beleuchtet oder gar geahndet. Ebenfalls weniger aufgrund konkreter Taten, sondern in Folge ihres Rangs in der NSDAP wurden wahrscheinlich etliche politische Leiter von den sowjetischen Behörden inhaftiert. Verhaftet wurden auch einige Angehörige des Lagerpersonals, möglicherweise nach Hinweisen ehemaliger Zwangsarbeiter. Die Leiter der Lager II und Rosengarten sowie ein Lagerküchenleiter starben in sowjetischen Lagern, zudem gelten mehrere Angehörige des Lagerpersonals als in sowjetischer Haft verschollen. Es lässt sich nicht in jedem Fall mit Sicherheit sagen, ob die Festnahmen auf konkrete Vorwürfe wegen Verbrechen bei der Betriebsgruppe oder an anderen Einsatzorten zurückgingen. Darüber hinaus ermittelte das Kommissariat 5 der neuen deutschen Polizei, Vorläufer des Staatssicherheitsdienstes der DDR, Ende der 1940er in einer Reihe von Fällen. Einige Anwohner, darunter Angehörige der Landwacht, und ehemalige Angestellte der REIMAHG wurden wegen schweren Übergriffen auf Zwangsarbeiter angeklagt. Auch aufgrund der schlechten Quellenlage – es gab noch keine Voraussetzungen, die ausländischen Zwangsarbeiter als wichtigste Belastungszeugen zu befragen – endeten die meisten Prozesse mit geringen Strafen oder Freisprüchen. Ein Einwohner Kahlas wurde zu anderthalb Jahren Haft verurteilt, weil er zweifelsfrei überführt war, Zwangsarbeiter wiederholt misshandelt zu haben. Im Prozess zeigte er keinerlei Reue über sein Verhalten. Die Ermittlungen erfolgten jedoch stets



nur wegen Einzelvorwürfen, die von deutschen Augenzeugen vorgebracht wurden. Eine systematische Aufarbeitung der Verbrechen bei der Betriebsgruppe unterblieb. Vermutlich entgingen auch viele ausländische Kollaborateure einer Bestrafung.

Bereits kurz nach dem Krieg entstanden auf den Gräberfeldern der Zwangsarbeiter in Großeutersdorf, Hummelshain und Kahla Gedenksteine für die Toten. In Kleindembach betete man die toten Slowaken um, 1958 wurde auf dem neuen Massengrab ein Stein gesetzt. Der Zustand der Friedhöfe wurde freilich wiederholt kritisiert. Bereits in den 1950ern besichtigten vereinzelt ausländische Besucher die Stollen. 1964 erschien der erste längere Beitrag zur REIMAHG, ein Aufsatz von Albert Horst Lange. Im folgenden Jahr weihte man auf dem Walpersberg ein Mahnmal in den Bunkerresten des Rüstungswerkes ein. Es wurden Kontakte mit belgischen, polnischen und italienischen Gemeinden und Personen gesucht. Ende der 1960er-Jahre wurden weitere Lager, unter anderem die im Leubengrund, durch Gedenksteine markiert. Zugleich erschien 1969 das Buch „REIMAHG – Unternehmen des Todes“ von Horst Lange in einer Auflage von 5.000 Stück, das eine recht umfassende Darstellung der Ereignisse bot und wesentliche Quellen und Zeitzeugenberichte auswertete. 1984 folgte eine zweite Auflage. Die erneute Nutzung des Walpersberg für militärische Zwecke machte einer Verlagerung des Mahnmals notwendig. Deshalb wurde im Mai 1974 im Leubengrund auf dem Gelände des ehemaligen Lagers VI ein neues Mahnmal eingeweiht. Die Kosten von gut 80.000 Mark trug die Nationale Volksarmee. Bis 1989 waren Veranstaltungen an dieser Stelle wesentlicher Bestandteil der lokalen öffentlichen Gedenkkultur, mitunter unter Mitwirkung ehemaliger Zwangsarbeiter. Zwischen der Tschechoslowakei und Kleindembach wurden in Erinnerung an das Leiden der slowakischen Kriegsgefangenen Kontakte geknüpft und gepflegt. Durch die Veröffentlichungen, Feiern und Denkmäler blieb das Geschehen im öffentlichen Bewusstsein. Späte-



re Untersuchungen profitierten sehr von den Bemühungen um eine historische Aufarbeitung. Allerdings dienten das Gedenken wie die Aufsätze, Bücher und Zeitungsartikel auch politisch-propagandistischen Zwecken. Die DDR nutzte das Gedenken an die NS-Verbrechen, um sich als das bessere Deutschland zu präsentieren, das die Lehren aus der Vergangenheit gezogen habe, während tatsächliche oder angebliche Versäumnisse in Westdeutschland angeprangert wurden. Der Einsatz für und die Legitimation des staatssozialistischen Deutschlands wurden als einzig mögliche Konsequenz aus den Ereignissen der Vergangenheit dargestellt. Verstörende Aspekte der Geschichte der Betriebsgruppe wie das Verhalten vieler „ganz gewöhnlicher Deutscher“, namentlich in der örtlichen Zivilbevölkerung, wurden weitestgehend ausgeblendet. Besonders in den Zeitungsartikeln wurde das Gedenken wiederholt tagespolitisch instrumentalisiert, was nicht nur Spitzen gegen Westdeutschland, sondern auch die Rechtfertigung der Niederschlagung von Widerstand in sozialistischen Ländern wie 1956 in Ungarn und 1968 in der Tschechoslowakei beinhaltete. Dazu kamen gelegentlich antiisraelische Äußerungen. Vor allem die ehemaligen ausländischen Zwangsarbeiter und ihre Angehörigen zeigten ungebrochene persönliche Verbundenheit und Engagement, wobei besonders der belgische „Vriendenkring der Ontsnaptten van Lager E Kahla“ (Freundeskreis der Überlebenden von Lager E Kahla) immer stärker hervortrat. Viele deutsche Teilnehmer sahen offenbar besonders in den letzten Jahren der DDR die Gedenkveranstaltungen eher als Pflichtübung, jedenfalls beteiligten sich nach der Wiedervereinigung nur noch wenige Einheimische. Es war dem Engagement dieser Anwohner, der Vertreter des Kreises und den ehemaligen Zwangsarbeitern zu verdanken, dass die Gedenktradition nicht abbricht. Die Kreisverwaltung des Saale-Holzland-Kreises zeigt bis heute ihr Engagement bei den Gedenkfeiern im Leubengrund, die jedes Jahr zeitnah zum 8. Mai stattfinden und neben einigen Anwohnern auch immer wie-



der ausländische Besucher anziehen. Vereinzelt kamen nach 1990 in Kahla und Umgebung langlebige, in der DDR jedoch unterdrückte Ressentiments gegen die Zwangsarbeiter hoch. Anderen erschien das Erinnern wegen seiner Indienstnahme in den letzten Jahrzehnten diskreditiert. Der Fokus der öffentlichen Wahrnehmung verlagerte sich teilweise weg vom Schicksal der Zwangsarbeiter hin zu den Themen Bauge-schehen und Me 262. 1995/96 erschienen zwei neue Bücher zur Geschichte der REIMAHG. „Deckname Lachs“ von Willy Schilling und Klaus W. Müller war sehr sorgfältig recherchiert und wurde bis 2005 fünfmal aufgelegt. Es enthielt zu Bau-geschehen und technischen Hintergründen zahlreiche auf-schlussreiche Erkenntnisse, wenngleich wenig neue Details zum Zwangsarbeitereinsatz. Das englischsprachige Werk von Claus Reuter „REIMAHG – From Sandpit to Armament Factory“ hingegen genügte wissenschaftlichen Standards nicht. Es huldigte einer sehr fragwürdigen Technikbegeisterung, die bei der Betriebsgruppe begangenen Verbrechen wurden kleingeredet und mit angeblichen Verbrechen an Deutschen „aufgerechnet“.

Im Frühjahr 2003 gründete sich der Verein „REIMAHG e. V.“, der sich die Schaffung einer Ausstellung und weitere Recherchen zur Aufgabe machte. 2005 kam es jedoch zu internen Konflikten, so dass sich der Verein Ende des Jah-res aufspaltete. In seiner Nachfolge entstanden die Vereine „Mahn- und Gedenkstätte Walpersberg“ und „Geschichts- und Forschungsverein Walpersberg“. Beide führten in den Folgejahren Führungen auf dem historischen Gelände durch und beteiligten sich an den Gedenkfeierlichkeiten. Mehrere Artikel und kleinere Veröffentlichungen wurden publiziert, wobei besonders das Buch von Markus Gleichmann und Karl-Heinz Bock „Düsenjäger über dem Walpersberg“ hervorzu-heben ist. Die Konkurrenzsituation war jedoch unglücklich und für Außenstehende zumeist unverständlich. Im Umfeld beider Vereine entstanden in den letzten Jahren weitere kle-inere Veröffentlichungen und Bildbände. Das thüringische



Kultusministerium förderte ab 2006 ein Promotionsprojekt zur Erforschung der Geschichte der Betriebsgruppe und des Zwangsarbeitereinsatzes, dessen Ergebnisse 2011 in dem umfangreichen Buch „Unter Zurückstellung aller möglichen Bedenken ...“ veröffentlicht wurden.

Im April und Mai 2007 wurden die an den Bunkerresten des Walpersberges angebrachten Gedenktafeln beschädigt oder entfernt. Die genauen Umstände der Straftaten konnten bis heute nicht aufgeklärt werden. Ein rechtsradikaler Hintergrund ist nicht auszuschließen, denn neonazistische Schmierereien sind in Kahla immer wieder im Stadtbild zu finden. Zudem haben rechte Gruppierungen mehr als einmal Interesse an dem Areal gezeigt. In ihren Internetartikeln verdrehten sie historische Tatsachen, verharmlosten die von Deutschen begangenen Verbrechen und begeisterten sich an angeblichen technischen Höchstleistungen.

Nachdem der Förderverein „Mahn- und Gedenkstätte Walpersberg“ mehrere Jahre lange vergleichsweise wenig in Erscheinung getreten war, intensivierte er ab etwa 2019 erneut seine Bemühungen. Der Verein ist auch gegenwärtig noch in der Forschung und Geschichtsvermittlung etwa durch Vorträge tätig und beteiligt sich an den jährlichen Gedenkfeierlichkeiten, die unter anderem im Leubengrund, auf dem Friedhof von Kahla und bei Eichenberg stattfinden.

Der „Geschichts- und Forschungsverein Walpersberg“ blieb bis zum gegenwärtigen Tage sehr aktiv und ist gleichfalls intensiv an den Gedenkfeierlichkeiten beteiligt. Der Verein betreute zudem wiederholt Schülerprojekte. Am 10. Oktober 2007 übernahm er einen großen Teil des Areals am Walpersberg. In dem Vereinshaus in Großeutersdorf besteht eine Ausstellung, die 2012 überarbeitet und seitdem erheblich ausgeweitet wurde. Sie verfügt neben mehrsprachigen Informationstafeln unter anderem über zahlreiche historische Exponate, Medieninstallationen und ein großflächiges Modell des Berges im Zustand von Anfang 1945. Mehrmals jährlich finden Rundgänge auf dem historischen Areal statt. Die Wan-



derausstellung „Nebenan: Zwangsarbeit“ wurde in mehreren italienischen Städten gezeigt.

Unter diesen Rahmenbedingungen scheinen auch dank der Unterstützung durch den Saale-Holzland-Kreis und das Land Thüringen Pflege und Fortbestand der lokalen Gedenk- und Erinnerungskultur im Gedenken an die Zwangsarbeiter der REIMAHG gewährleistet.

Sowohl in Belgien als auch Polen und Italien entstanden in den letzten Jahrzehnten mehrere Forschungsarbeiten, Aufsätze und Veröffentlichungen der Berichte von überlebenden Zwangsarbeitern. Wissenschaftler nahmen zahlreiche Aussagen auf und erforschten das Schicksal von Kleingruppen von Deportierten – Erkenntnisse, die ganz erheblich zum heutigen Wissensstand zum Zwangsarbeitereinsatz beitrugen. Vor allem italienische Gemeinden und Familien wie auch belgische Überlebende und deren Angehörige sowie in kleinerer Zahl Besucher aus anderen Ländern nahmen in den letzten Jahren regen Anteil an den Gedenkfeierlichkeiten, ein Kontakt der sowohl vom Landkreis als auch vom „Geschichts- und Forschungsverein Walpersberg“ gefördert und gepflegt wird. Es ist zu hoffen, dass regionales wie auch internationales bürgerschaftliches und politisches Engagement gemeinsam mit der Arbeit des Geschichts- und Forschungsvereins und der Fachhistoriker dazu beitragen werden, die Ereignisse um den Walpersberg in den Jahren 1944/45 mit ihrer Vorgeschichte und Nachwirkung weiter zu erforschen. Gemeinsam kann und wird es gelingen, das bereits gesammelte umfangreiche Wissen einem breiten Publikum zu vermitteln und dauerhaft ein angemessenes Gedenken zu ermöglichen.





Literatur

Bartuschka, Marc: „Unter Zurückstellung aller möglichen Bedenken ...“ Die NS-Betriebsgruppe „Reichsmarschall Hermann Göring“ und der Zwangsarbeitereinsatz 1944/1945, Göttingen 2011.

Gleichmann, Markus/Bock, Karl-Heinz: Düsenjäger über dem Walpersberg. Die Geschichte des unterirdischen Flugzeugwerkes „REIMAHG“ bei Kahla/ Thüringen, Zella-Mehlis/ Meiningen 2009.

Herbert, Ulrich: Fremdarbeiter. Politik und Praxis des „Ausländer-Einsatzes“ in der Kriegswirtschaft des Dritten Reiches, Neuauflage, Bonn 1999.

John, Jürgen/Möller, Horst/Schaarschmidt, Thomas (Hrsg.): Die NS-Gaue. Regionale Mittelinstanzen im zentralistischen „Führerstaat“, München 2007.

Lange, Horst: REIMAHG – Unternehmen des Todes. Der Aufbau der deutschen faschistischen Luftwaffe. Rolle des Gustloff-Konzerns. Verbrechen an ausländischen Zwangsarbeitern im unterirdischen Flugzeugwerk „REIMAHG“ bei Kahla (1944/1945), überarbeitete Neuauflage, Jena 1984.

Müller, Klaus W./Schilling, Willy: Deckname LACHS. Die Geschichte der unterirdischen Fertigung der Me 262 im Walpersberg bei Kahla 1944/45, 4. Auflage, Zella-Mehlis 2002.

Poggioli, Luigi: Lager 7. Storia della mia giovinezza interrotta [LAGER 7. Die Geschichte meiner unterbrochenen Jugend]. Con un saggio di Carla Antonini: Da Piacenza ai campi di lavoro della Germania nazista. I Rastrellamenti dell'estate 1944 [Mit einem Nachwort von Carla Antonini: Von Piacenza in die Arbeitslager Nazi-Deutschlands. Die Durchsuchungen im Sommer 1944], Piacenza 2006.



Raßloff, Steffen. Fritz Sauckel. Hitlers „Muster-Gauleiter“ und „Sklavenhalter“, 3. Auflage, Erfurt 2008.

Spoerer, Mark: Zwangsarbeit unter dem Hakenkreuz. Ausländische Zivilarbeiter, Kriegsgefangene und Häftlinge im Deutschen Reich und im besetzten Europa 1939 – 1945, Stuttgart/ München 2001.

Tooze, Adam: Ökonomie der Zerstörung. Die Geschichte der Wirtschaft im Nationalsozialismus, München 2007.



Internetadressen

<http://www.walpersberg.com> (Geschichts- und Forschungsverein Walpersberg, Kontaktadressen und bester Ansprechpartner für Fragen und Besuche vor Ort)

<http://www.walpersberg.de> (Webseite des Förderverein „Mahn- und Gedenkstätte Walpersberg“ mit historischen Informationen und Angaben zur Vereinsarbeit)

